Nr. 72. 15. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrirter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1898 unter Nr. 7576. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen, sowie Arbeitsmarkt 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt I, Nr. 1506.
Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. | Sonnabend, den 26. März 1898. | Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.

Unsere Postabonnenten

bitten wir, umgehend das Abonnement zu erneuern, damit im Weiterbezuge keine Unterbrechung eintritt.

Die Expedition.

Die Arbeitszeit in Getreidemühlen.

Die gesetzliche Fürsorge für die Arbeiter ist im deutschen Reiche zurückgestellt. Das zeigt nichts deutlicher, als das langsame Arbeiten der Kommission für Arbeiterstatistik. Es werden bald fünf Jahre, seitdem Erhebungen über die Arbeitszeit in Getreidemühlen veranstaltet wurden. Die amtliche Aufnahme ergab damals das erschreckende Resultat, daß mehr als 50 pCt. sämmtlicher deutscher Mühlenarbeiter über 16, 18 Stunden arbeiten müssen. Angesichts dieses Ergebnisses wäre zu erwarten gewesen, daß eine gesetzliche Regelung der Arbeitszeit im Müllereigewerbe möglichst rasch in Angriff genommen worden wäre. Statt dessen erleben wir, daß erst in den letzten Wochen des vorigen Jahres die übliche Vernehmung von Auskunftspersonen über die in Frage stehende Materie stattgefunden hat. Gut vier Jahre hat es also gedauert, ehe nur die Kommission für Arbeiterstatistik mit ihren vorbereitenden Arbeiten über die Arbeitszeit in Getreidemühlen zum Abschluß gelangte. Und dabei steht heute noch der Bericht der Kommission über die Gesammtergebnisse der Untersuchung aus! Auch bei anderen Gelegenheiten hat sich die Kommission ja hinreichend Zeit gelassen. Die Vorarbeiten zur Regelung der Arbeitszeit im Bäckereigewerbe haben bei einer bureaukratisch-gründlichen Thätigkeit der Kommission nicht weniger als zwei Jahre in Anspruch genommen. Was bedeuten dagegen die vier Jahre angesichts der mindestens ebenso drängenden Regelung der Arbeitszeit in Getreidemühlen? Die Verzögerung zeigt, mit wie wenig Eifer die Regierung einer Weiterbildung der Arbeiterschutz-Gesetze sich annimmt, wie diese Gesetzesmaterie ein Rührmichnichtan geworden ist.

Aber diese Tempoveränderung des sozialpolitischen Regierungskurses zu ungunsten der Arbeiter ist noch das kleinere Uebel gegenüber der Methode, mit der die Kommission für Arbeiterstatistik durch ihren neuen Vorsitzenden beglückt worden ist. Wer unbefangen das eben erschienene Protokoll über die Vernehmung von Auskunftspersonen über die Arbeitszeit in Getreidemühlen liest, dem wird ein starker Gegensatz gegen die bisher übliche Vernehmungsart sofort auffallen. Mit dem neuen Vorsitzenden, dem Unterstaatssekretär Fleck, ist ein Mann in die Kommission eingetreten, der ganz zu dem neuesten Kurse Posadowsky paßt. Die Art und Weise, wie Herr Fleck auf der einen Seite die Unternehmer, auf der anderen Seite die Arbeitervertreter auszufragen beliebt, ist bezeichnend für die ganze Tendenz, in der die Vernehmungen geführt werden. Während die Unternehmervertreter nach Herzenslust mit einem resoluten non possumus jede Arbeitszeitbeschränkung kurzerhand abweisen, ohne daß der Vorsitzende sich die Mühe nähme, die Herren in ein eingehenderes Verhör zu nehmen, versteht es Herr Fleck ganz wohl, die Arbeitervertreter auf Widersprüche hinzuweisen, ihre Behauptungen anzuzweifeln, sie zu unterbrechen, sie auf Unmöglichkeiten aufmerksam zu machen. Es ist hier nicht der Raum, eine Blumenlese dieser verschiedenartigen Behandlung zu geben. Nur ein bezeichnendes Beispiel für viele. Ein Müllerei-Arbeiter deponirte, die Arbeit in der Mühle sei bei dem herrschenden Uebermaß gesundheitsschädlich. Daraufhin meinte der Vorsitzende wörtlich: „Ihr Aussehen spricht zwar nicht für eine übermäßig schwere Arbeit; es ist aber wohl zu glauben, daß Sie angestrengt arbeiten." Diese Bemerkung zeigt die ganze Auffassung des jetzigen Vorsitzenden der Kommission für Arbeiterstatistik von Arbeiterfragen. Er ist ängstlich bestrebt, den kleinen Müllern ja nicht nahetreten zu lassen. Er scheint gar nicht zu wissen, daß Arbeiter, die 18, 24, ja 36 Stunden fortgesetzt zu arbeiten haben, wohl einen Anspruch zum mindesten auf ein gewisses soziales Mitempfinden haben, daß er alles aufzubieten hätte, um den Unternehmern klar zu machen, daß diese Müllerei-Arbeiter von erechtigtes Streben nach Verkürzung der Arbeitszeit bekunden. Wäre nicht der badische Fabrikinspektor Dr. Wörishoffer gewesen, die Unternehmer wären durch unbequeme Fragen überhaupt nicht behelligt worden. Aber Herr Wörishoffer kennt seine Pappenheimer. Er ließ sich weder durch den Herrn Vorsitzenden noch durch die zuversichtlich gewordenen Unternehmer in seinen Kreuz- und Querfragen stören. Ihm ist es zu verdanken, wenn der schwache Standpunkt der Mühlenbesitzer bei der Vernehmung überhaupt aufgedeckt wurde. Es half dem Vorsitzenden nichts, daß er den Arbeitgebern gelegentlich beizuspringen versuchte, Herr Wörishoffer ließ nicht ab, auf die Widersprüche der Herren Mühlenbesitzer hinzuweisen.

Diese bedauerliche Stellung des Vorsitzenden beruht, wie wir gerne konstatiren, keineswegs auf einer bewußten Voreingenommenheit des Unterstaatssekretärs Fleck. Vielmehr ist an der guten Absicht des Vorsitzenden, die Verhandlungen unparteiisch zu leiten, nicht zu zweifeln. Aber dem jetzigen Vorsitzenden fehlt eben jene Liebe, jedes innigere Verständniß für sozialpolitische Fragen. Er wurde wohl mit Bedacht an seine Stelle gesetzt, zu der er sich sicherlich nicht gedrängt hat. Daß unter einem solchen Vorsitz die Arbeiterinteressen, zu deren Schutz und Wahrung die Kommission für Arbeiterstatistik doch eingesetzt wurde, ganz natürlicherweise zu kurz kommen müssen, ist nicht verwunderlich.

Wenn trotzdem das Resultat der Vernehmungen durchaus zu gunsten einer Verkürzung der Arbeitszeit in Getreidemühlen ausfiel, so gebührt dafür neben der geschickten Fragestellung des Fabrikinspektors Wörishoffer den Auskunftspersonen Käppler und Schütt ein wesentliches Verdienst. Käppler setzte in äußerst maßvoller und den Mühlenbesitzern entgegenkommender Weise unter Beibringung reichen Beweis- und Erfahrungsmaterials die Nothwendigkeit und wirthschaftliche Möglichkeit der Verkürzung der Arbeitszeit auseinander, während Herr Schütt, Besitzer einer Berliner Dampfmühle, aus seiner eigenen Praxis bewies, daß ein modern eingerichteter Mühlenbetrieb eine kurze Arbeitszeit bis auf acht Stunden herunter sehr wohl gestatte. Wenn die kleinen Mühlenbesitzer nur auf Kosten einer gar nicht zu qualifizirenden Ausbeutung ihrer paar Arbeiter noch im stande sind, mit modernen Mühlen zu konkurriren, so ist eben damit der Beweis erbracht, daß sie eine Existenzberechtigung, namentlich aber nicht ein besonderes Privilegium zur Degenerirung eines Theils der Arbeiterbevölkerung beanspruchen können. Wenn es möglich ist, bei acht Stunden Arbeitszeit in einem gut eingerichteten Betriebe relativ bedeutend mehr und besseres Mehl herzustellen als in einer Wasser- resp. Windmühle bei 18-, 24- und 36stündiger Arbeitszeit, dann ist es im Interesse einer Volkswirthschaft, bei der in erster Linie die Erzielung eines gesunden, leistungsfähigen und gebildeten Menschenschlages ausschlaggebend ist, keinen Augenblick zweifelhaft, auf welche Seite eine fortschrittliche Staatsgewalt sich zu stellen hat.

Und die Vernehmung der Auskunftspersonen brachte den Beweis überwältigend bei, daß die kleinen Mühlen leistungsschwach und nur durch Ausschindung der Gesellen noch betriebsfähig sind, daß aber die Gesellen körperlich und geistig sich in solchen Betrieben ruiniren. Wenn trotzdem die Gehilfenvertreter beantragen, den kleinen Mühlen insoweit entgegen zu kommen, als man ihnen eine zwei Stunden längere Arbeitszeit gestattet wie den großen Mühlen, so zeigen sie damit ein solch' weitgehendes Billigkeitsgefühl, wie es den kurzsichtigen Kleinmühlenbesitzern gegenüber kaum am Platze ist. Aber es ist gut so: die Oeffentlichkeit sieht wenigstens aus den Verhandlungen, daß die Arbeiter keineswegs darauf ausgehen, selbst die kleinen, überlebten Unternehmerexistenzen dem Untergange preiszugeben, obwohl diese gerade mit einer seltenen Halsstarrigkeit auf ihrem Ausbeutungsprivilegium als wie auf einem verbrieften und garantirten Rechte bestehen.

Politische Uebersicht.

Berlin, 25. März.

Der preußische Etat kommt zur rechten Zeit bestimmt nicht zu stande. Das Herrenhaus hat sich schon dahin schlüssig gemacht, den Etat erst nach dem Beginne des Etatsjahres in die erste Berathung zu ziehen. Ein Noth-Etatsgesetz ist vom Abg. Dr. Lotichius im Abgeordnetenhause schon eingebracht. Dasselbe hat folgenden Wortlaut:

„Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, nach dem § 3 (im Etatsgesetz) folgenden § 3a einzuschieben: § 3a. Die bis zur gesetzlichen Feststellung des Staatshaushalts-Etats (§ 1) und der Anlage dazu (§ 2) innerhalb der Grenzen derselben geleisteten Ausgaben werden hiermit nachträglich genehmigt."

In erster Linie trifft an dem nicht rechtzeitigen Zustandekommen des Etats der Regierung die Schuld, welche den Landtag zu spät einberufen hat, obgleich sie wußte, daß der Landtag auch schon früher in der ihm bestimmten Zeit den Etat fertigzustellen nicht gewillt ist. Aber auch das Abgeordnetenhaus ist von Schuld nicht freizusprechen. Zahllose unnöthige Reden, nutzlose Wiederholungen von unzähligemal schon zum Ueberdruß Gesagtem und kleinlichste Wahlkreisinteressen-Politik füllten die Zeit eines Parlaments aus, das seiner ganzen Zusammensetzung nach von dem Pflichtgefühle einer wahren Volksvertretung nicht erfüllt sein kann, das lediglich als engherzige Interessenvertretung zu handeln gewohnt ist.

Der von den Konservativen und Nationalliberalen so vielgeschmähte deutsche Reichstag hat den Etat stets rechtzeitig zu Ende berathen, in dem von den gleichen Patronen so hochgeschätzten Abgeordnetenhaus scheint es zur Gewohnheit zu werden, mit dem Etat nicht rechtzeitig fertig zu werden.

Ist etwa die lange Ausdehnung der Etatsberathung für die Kammer der Landräthe eine Diätenfrage? Wenn man den Durchschnitt der Diäteneinkünfte der letzten Sessionen der Landtags-Abgeordneten als fixe Entschädigung für die Dauer der Session gewähren würde, dürften sich die Herren bei ihrer Thätigkeit vielleicht ein klein wenig mehr sputen.

Regierung und Abgeordnetenhaus haben in Preußen so wenig konstitutionelle Bedenken, daß die Frage der Fertigstellung des Etats ihnen recht wenig Sorge macht. Desto schärfer ist das Urtheil des Volkes über diese Gesellschaft, desto mehr vermindert sich die Achtung des Volkes vor dem Dreiklassenparlamente. Wir haben das nicht zu bedauern. —

Die russischen Forderungen an China sind nun nach einigem vergeblichen Sträuben der Pekinger Regierung zugestanden worden. Port Arthur und Talienwan werden auf 25 Jahre an Rußland „verpachtet". Ferner erhält Rußland das Recht, im Anschluß an die Mandschurische Bahn von Petuna durch die Provinzen Kirin und Schinking bis Port Arthur eine Bahnlinie zu bauen. Formell behält China seine „Oberhoheitsrechte", aber gleich der „Verpachtung" auf 25 Jahre bedeutet das natürlich nichts. Nord-China wird russisch.

Mit dem Bau der bewilligten Bahnlinie soll sogleich begonnen werden und Rußland hofft dieselbe zugleich mit der Mandschurischen Bahn, welche den Baikalsee mit Wladiwostok verbindet, im Jahre 1903 vollenden zu können.

In England wird die endgiltige Bestätigung der Bewilligung der russischen Forderungen natürlich wieder starke Erregung verursachen. Aber es ist nicht anzunehmen, daß die englische Regierung etwas Ernstliches gegen die vollendete Thatsache unternehmen wird. Die englischen Regierungsvertreter hüllen sich übrigens jetzt bezüglich der chinesischen Ereignisse völlig in Stillschweigen. Auf Anfragen, die am Donnerstag im Unterhaus gestellt wurden, lehnte Curzon irgend welche weitere Mittheilungen zu denen, die er früher schon gegeben, ab. „Er zögere nicht zu sagen, erklärte er, daß die Ertheilung der gewünschten Auskunft ernste Folgen für das Staatsinteresse in sich schließen könne."

Weiter erklärte der Parlamentssekretär Curzon, die Regierung habe keine Bestätigung des Gerüchts, daß die Vizekönige von Nanking und Hupe sowie der Gouverneur von Hunan übereingekommen seien, die Angelegenheiten des Yangtse-Thales von Nanking aus zu leiten und dem Kaiser keine Stimme in den Angelegenheiten der Zentral- und der westlichen Provinzen zu gewähren. Der britische Gesandte Macdonald habe am 22. d. M. telegraphirt, in Peking sei nichts von einer derartigen beabsichtigten Rebellion bekannt. Trotz dieser Mittheilungen wird man sich nicht wundern dürfen, wenn Nachrichten vom Abfall der südlichen Provinzen eintreffen werden. Bei der vollständigen Ohnmacht der Pekinger Zentralstelle muß aber ein solcher Abfall den völligen Zusammenbruch des chinesischen Reiches herbeiführen.

* * *

Deutsches Reich.

— Da die Ausschreibung der Reichstagswahlen wahrscheinlich Ende April für einen Tag in der zweiten Hälfte des Juni erfolgen dürfte, ist es nicht uninteressant, die Termine der bisherigen Wahlen kennen zu lernen:

Die Wahlen fanden statt für
den konstituirenden nordd. Reichstag am Dienstag 12. Februar 1867
die I. Leg.-Periode des nordd. Reichstages am Sonnabend, den 31. August 1867
das Zollparlament am Sonnabend, den 28. Februar 1868
die I. Leg.-Per. d. deutsch. Reichstages Freitag, 3. März 1871
" II. " " " Sonnabend, 10. Jan. 1874
" III. " " " Mittwoch, 10. Januar 1877
" IV. " " " Dienstag, 30. Juli 1878
" V. " " " Donnerstag, 27. Okt. 1881
" VI. " " " Donnerstag, 28. Okt. 1884
" VII. " " " Montag, 21. Februar 1887
" VIII. " " " Donnerstag, 20. Febr. 1890
" IX. " " " Donnerstag, 15. Juni 1893

Danach fanden zweimal die Wahlen Januar, viermal im Februar, einmal im März, also sieben von den 12 allgemeinen Wahlen im ersten Jahresviertel statt, im zweiten Quartal u. z. im Juni wurde einmal, im dritten und vierten Vierteljahre je zweimal der Reichstag gewählt, und zwar je einmal im Juli und August und zweimal im Oktober.

Dreimal fanden die Wahlen an Dienstagen, Donnerstagen und Sonnabenden und zweimal an einem Montag, Mittwoch und Freitag statt, niemals aber an einem Sonntage, dem geeignetsten Tage für Wahlhandlungen, der in anderen Staaten, so in der Schweiz, in Frankreich, Belgien als Wahltag gesetzlich festgelegt ist. —

— Die Kündigung des englischen Handelsvertrages wird der deutschen Reichsregierung höchst unbequem, denn sie muß nur früher, als es in ihren Plan paßt, an stelle von allgemeinen unverbindlichen Redensarten, bestimmt, den Agrariern lieblich in die Ohren zu klingen, offen Stellung nehmen. Die Agrarier wünschen kurzfristige Verträge und Abschaffung der Meistbegünstigungsklausel. Auf dieser Grundlage will aber England nicht verhandeln. Im Parlament erklärte gestern Curzon, die britische Regierung bezwecke in den neuen Handelsverträgen mit Deutschland und Belgien, für die britischen Waaren die Behandlung als meistbegünstigte Nation zu sichern und für die Kolonien die Berechtigung zum Beitritt zu den Verträgen zu erlangen.

Zeit gewonnen, alles gewonnen, denken die Posadowsky, Thielemann und Genossen. Sie wollen eine vorläufige Verlängerung des Vertrages und die endgiltige Regelung des Handelsverhältnisses bis nach den Wahlen verschieben. Würde es sich heute darum handeln, daß unsere Samulungspolitik zu einer bedeutenden Einschränkung der deutschen Ausfuhr nach England und den britischen Kolonien führt, dann wäre so mancher, der heute dem Rattenfänger Miquel folgt, bald auf klügere Gedanken gekommen. —

— Rücksichten auf die Verfassung, auf Versprechungen und dergleichen haben große Geister im Deutschen Reiche noch nie gestört. Man erfährt jetzt, daß dem Bundesrath ein neues Preßgesetz für die Reichslande zur Beschlußfassung vorliegt.

Seit dem Reichs-Preßgesetz vom 7. Mai 1874 gehört das Preßrecht zur Zuständigkeit des Reichs und kann nur auf dem Wege der Reichs-Gesetzgebung abgeändert werden. Die Einführung des Preßgesetzes ist jedoch in Elsaß-Lothringen einem besonderen Gesetze vorbehalten. Es besteht also für das Reichsland ein Ausnahmezustand, der nur dadurch beseitigt werden kann, daß das Preßgesetz auch dort in kraft tritt. Jedes Gesetz, welches die elsaß-lothringische Presse allein betrifft und dieselbe nicht den 30 ersten Paragraphen des Reichsgesetzes vom 7. Mai 1874 unterwirft, ist und bleibt ein Ausnahmegesetz, ebenso wie § 31 des fraglichen Gesetzes!

Es entsteht aber die weitere Frage: Ist der Erlaß eines Landesgesetzes über das Preßrecht nach der Reichsverfassung überhaupt zu-

lässig? Hierauf antwortet mit Recht der „Elsässer Kurier", mit einem entschiedenen Nein! Das wäre eine Verletzung der deutschen Reichsverfassung.

Das Gesetz vom 7. Mai 1874 ist als Reichsgesetz für das ganze Deutsche Reich erlassen worden. Nur sein Inkrafttreten ist für Elsaß-Lothringen einem besonderen Gesetze vorbehalten worden. Das fragliche Gesetz hat also auch Gesetzeskraft in Elsaß-Lothringen, nur ist seine thatsächliche Ausführung vertagt.

Das Reichs-Preßgesetz hat jedenfalls auch für Elsaß-Lothringen die Wirkung, daß das Recht, dem die Presse unterworfen ist, zur Zuständigkeit des Reiches gehört. Kein deutscher Bundesstaat kann eigenes Landes-Preßrecht haben, auch Elsaß-Lothringen nicht. Es ist freilich für die Bundesstaaten und für das „Reichsland" das Preßgewerbe verschieden geregelt worden; aber deshalb ist doch das Preßrecht zur Zuständigkeit des Reichs gehörig.

Hieraus, wie übrigens schon aus dem Wortlaute des § 81, geht hervor, daß lediglich das Inkrafttreten des Gesetzes vom 7. Mai 1874 einem besonderen Gesetze vorbehalten werden sollte. Daß Elsaß-Lothringen eine besondere Zuständigkeit für Landes-Preßgesetze vorbehalten werden sollte, ist mit keinem Worte gesagt und ist auch durch die Motive völlig ausgeschlossen, da es ihnen ja gerade auf den bestehenden Zustand ankam.

Traurig genug für die Regierung und die Behörden, wenn sie 27 Jahre nach der Einverleibung nicht wagen, das sicher nicht zu liberale deutsche Preßrecht in Elsaß-Lothringen einzuführen. —

— **Unfallversicherung der Seefischer.** Im Anschluß an den kürzlich bei Memel vorgekommenen größeren Unfall, bei dem von einer aus 14 Mann bestehenden Besatzung einer Anzahl Fischkutter zehn ertranken, ist vielfach darauf hingewiesen worden, wie nothwendig es ist, auch diesen Beruf unter die Unfallversicherung einzureihen. Eine solche Aenderung des Unfallversicherungs-Gesetzes enthielt die Novelle, die in der Session 1896/97 zur Berathung kam, aber schließlich bei dem großen Widerstand der Großindustriellen, der sich gegen eine Reihe anderer Bestimmungen dieser Novelle richtete, von der Regierung fallen gelassen wurde. Jetzt schreiben die hochoffiziösen „Berl. Pol. Nachr.", es wäre zu erwägen, ob nicht vielleicht die Ausdehnung der Unfallversicherung auf die Seefischerei allein den gesetzgebenden Körperschaften des Reiches vorgelegt werden soll.

Diese Erwägungen wären heut unnöthig, wenn die Regierung nicht auf die Sucht der Unternehmer, sich die Lasten der Versicherungs-Gesetzgebung möglichst vom Halse zu halten, mehr Rücksicht genommen hätte, als auf die Interessen der Arbeiter. —

— **Die 45. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands** wird am 21. August — also erst nach den Wahlen — in Krefeld eröffnet werden. —

— **Einen Aufruf zur Wahlagitation voller Verdrehungen und Fälschungen** erläßt heute der Bund der Landwirthe in seiner Korrespondenz. Im wesentlichen richtet sich derselbe gegen die Sozialdemokraten. Die Agrarier haben völlig recht, in uns ihren gefährlichsten Gegner zu sehen. Wir wollen ihnen auch beweisen, wie richtig sie in diesem Punkte urtheilen. —

— **Ueber den Riß im Zentrum** sagt die „Voss. Ztg.": „Den gegenwärtigen Führern der Partei kommt es vor allem darauf an, den Bruch, der sich aus Anlaß des Flottengesetzes in der Partei vollzogen hat, nach Möglichkeit zu verdecken. Unter Windthorst hat es gleichfalls an Disharmonien und besonderen bayerischen „Anschauungen" nicht gefehlt, von denen Herr Dr. Schädler mit Vorliebe zu sprechen pflegt. Aber es ist ihm stets gelungen, die Bayern zu veranlassen, ihre Meinungsverschiedenheit nicht offen zu markiren, sondern sich auf die bloße Nichtbetheiligung an der Abstimmung zu beschränken. Der Schein einer einigen Partei wurde damals also noch unter allen Umständen aufrecht erhalten. Jetzt führt man das Wort von der einigen Partei wohl auch im Munde, aber die beiden Hauptgruppen in der Partei scheuen sich bereits nicht mehr, gegeneinander zu stimmen und machen auch kein Hehl daraus, daß sie der Leisetreterei satt sind. Es hat gestern besonderer Anstrengungen bedurft, um Herrn Dr. Heim, der der Partei noch oft Verlegenheiten bereiten dürfte, zum Schweigen zu veranlassen."

— **Gegen die Auslegungen des „Groben Unfugs-Paragraphen,** wie sie bei den Gerichten üblich geworden sind, hatte der letzte Schriftsteller- und Journalistentag in Leipzig eine Petition an den Reichstag gesandt. Bei der Besprechung dieser Petition in der Petitionskommission erklärte Ober-Regierungsrath v. Tischendorf: Gegen den Antrag auf Ueberweisung der Petition als Material für eine Abänderung des Strafgesetzbuchs sei nichts zu erinnern. Es sei anzuerkennen, daß der Thatbestand des § 360 Nr. 11 des Strafgesetzbuchs an großer Unbestimmtheit leide. Infolge davon fehle der Rechtsprechung eine sichere Grundlage, und es werde in einzelnen Fällen bei der Auslegung der Vorschrift wohl auch zu weit gegangen. Bei einer Revision des Strafgesetzbuchs werde in Erwägung zu ziehen sein, ob und in welcher Weise diesem Uebelstande begegnet werden könne.

Diese Erklärung klingt recht wenig versprechend und verschiebt eine Aenderung der jetzigen Gerichtspraxis bezüglich des § 360, 11 auf unabsehbare Zeit. —

— **Die Erhebung der Schleswig-Holsteiner** am 24. März 1848 ist von allen bürgerlichen und Regierungszeitungen pflichtschuldigst in Leitartikeln gefeiert worden. Nur die Donquixote der Legitimität, wie etliche Fossilien der „Kreuz-Zeitung" stoßen Jeremiaden aus ob der Auflehnung gegen den Landesherrn, die unter allen Umständen ein Verbrechen sei an der göttlichen Weltordnung. Ja, das sagten die Herren Reaktionäre auch schon anno 1848, ließen sich indeß dadurch nicht abhalten, das schöne Schleswig-Holstein gelegentlich in die Tasche zu stecken und dem Legitimitätsprinzip dort und an anderen Orten so heftige Fußtritte zu geben, wie der schlimmste Revolutionär sie nicht heftiger und kräftiger zu geben vermocht hätte. Da aber verschiedene Blätter das Jubiläum der Erhebung von Schleswig-Holstein zu Reklamen für die preußische Politik benutzen, die im Frühjahr 1848 dem Volk der Elbherzogthümer so großmüthig beigestanden, so sei hier doch an die Wildenbruch'sche Depesche erinnert, die schon im Frühjahr 1848, d. h. unmittelbar nach dem Abmarsch der Garden an die dänische Grenze, der Regierung Dänemark's amtlich und formell im Namen der preußischen Regierung erklärte, die preußische Regierung denke nicht an einen Kampf gegen Dänemark, sondern nur an einen Kampf gegen die deutsche Demokratie, der sie Schleswig-Holstein nicht überlassen wolle.

Demgemäß führten die preußischen Truppen auch nur einen Scheinkrieg. Als man im August 1848 die Leidenschaften abgekühlt glaubte, wurde dann von der preußischen Regierung — ganz im Geist der Wildenbruch'schen Note — der Waffenstillstand von Malmö abgeschlossen, der zu mehreren Aufstandsversuchen in Deutschland führte. Sobald diese und der etwas später erfolgte Aufstand in Wien mit bewaffneter Hand niedergeschlagen waren, konnten — am 9. November 1848 die am 18. März aus Berlin getriebenen Garden mit „Vater Wrangel" und dem Belagerungszustand in Berlin wieder einmarschiren. Einige Stunden vorher war in Wien auf der Brigittenau Robert Blum erschossen worden. —

— **In der westpreußischen Landwirthschaftskammer,** die zur Zeit in Danzig tagt, wurde auch des längeren darüber gesprochen, wie sich die Kinder der Landarbeiter mehr der Schule entziehen lassen, um sie, bei dem herrschenden Mangel an Arbeitskräften, zur Feldarbeit zu verwenden. Die Wünsche der Herren Agrarier gehen dahin, die Schulzeit so weit wie irgend angängig einzuschränken und die Ferien möglichst zu verlängern. Auch soll die Festsetzung der Ferienzeit den Ortsschulbehörden überlassen werden, damit die Ferien in die Zeit der dringendsten landwirthschaftlichen Arbeiten gelegt werden können. Vom pädagogischen Standpunkt aus erhalten die Kinder Ferien zur Erholung. Daher sollte es völlig ausgeschlossen sein, daß dieselbe in die Zeit der dringenden landwirthschaftlichen Arbeiten fällt. Die Kinder würden, wenn auf dem Felde die Sonne auf sie herabbrennt, sich nach den kühlen Schulräumen zurücksehnen und für die Erholung, die ihnen die Ferien bringen, sich bedanken. Die Landwirthschaftskammer nahm folgenden Antrag an:

„1. zuständigen Ortes dahin vorstellig zu werden, daß für den Beginn der Schulferien ein weiterer Spielraum als bisher gewährt wird, 2. daß der Beginn der Ferien durch den zuständigen Kreisschulinspektor nach Anhörung des zuständigen Ortsschulvorstandes erfolgt, 3. in rübenbautreibenden Kreisen werden 8 Tage von den Sommer- oder Herbstferien zum Verziehen der Rüben abgezweigt."

Das waren die westpreußischen Agrarier. — Was sagen die westpreußischen Lehrer dazu?

Der Schlochauer Kreis-Lehrerverein wird sich auf seiner in Kürze stattfindenden Generalversammlung mit derselben Frage beschäftigen. Um ein Bild von dem Umfang und der Art der erwerbsmäßigen Kinderarbeit auf dem Lande zu erhalten, hat der Vorstand in mehreren ländlichen Ortschaften statistische Erhebungen von den Lehrern vornehmen lassen. Diese haben nun ergeben, daß die Herren Agrarier doch eigentlich gar kein Recht haben, über mangelnde Kinderausbeutung auf dem Lande zu klagen, denn von 1465 Schülern mußten 728, und zwar 382 Knaben und 346 Mädchen im Alter von 8 bis 14 Jahren, der Lohnarbeit nachgehen. Davon wurden 474 Kinder zu den recht schweren, die körperlichen Kräfte der Kinder in hohem Maße übersteigenden Ernte-Arbeiten herangezogen. Die tägliche Arbeitszeit betrug in den meisten Fällen über zehn Stunden. Daß eine derartige übermäßige Ausnutzung der schwachen Kindeskräfte große Gefahren für die körperliche und geistige Entwickelung des heranwachsenden Geschlechts in sich birgt, liegt auf der Hand. Die Lehrerschaft erachtet deshalb ein Einschreiten der Behörden gegen diese übermäßige Kinderarbeit als dringend erforderlich. Die Agrarier verlangen gerade das Gegentheil. Wer wird bei der Regierung Gehör finden?

Aus Oberschlesien, 24. März. (Eig. Ber.) Trotz eines offiziösen Dementis berichten oberschlesische Blätter, daß der frühere Oppelner Regierungspräsident und jetzige Ministerialdirektor im Ministerium des Innern, Herr Dr. v. Bitter, in die Bankfirma Bleichröder in Berlin eintritt. Herr Bitter avanzirt dabei im Gehalt von 15 000 auf 100 000 M. und erhält vom Staate für das Aufgeben der Pensionsansprüche eine Abfindung von 300 000 M. Bitter entwickelt sich anscheinend zum Finanzgenie, wenigstens kopirt er das Finanzgenie Miquel sehr gut.

Einen Germanisirungsversuch machte nach der „Oberschlesischen Volksztg." in Ratibor der das dortige Gymnasium revidirende Geh. Ober-Regierungsrath Mager dadurch, daß er die Entlassung des Pedellgehilfen anordnete, weil dieser nicht gut deutsch verstünde! Wenn's die Geh. Ober-Regierungsräthe so machen, was soll man dann erst von der Germanisationsthätigkeit subalterner Beamten erwarten?

Straßburg i. E., 23. März. (Eig. Ber.) Unser elsaß-lothringisches „Rentnerparlament" hat gestern wieder einmal seinem Namen alle Ehre gemacht. Es handelte sich um die erste Lesung des Gesetzentwurfs, betreffend die Kapital-Rentensteuer. Derselbe bezweckt die stärkere Heranziehung des beweglichen Kapitals zur Besteuerung, also des Einkommens aus Zinsen, Dividenden und Renten, und soll der Landesregierung die Möglichkeit gewähren zur Aufhebung der längst als ungerecht und lästig empfundenen Personal- und Mobiliarsteuer und zur Entlastung der Grundsteuer. Zu welchen geradezu unhaltbaren Zuständen das bisherige Steuersystem Elsaß-Lothringens geführt, das geht aus einer Veröffentlichung des hiesigen Statistischen Amtes über die Personal- und Mobiliarsteuer in der Stadt Straßburg hervor. Danach war ein Rentner, der über eine Million Mark hinterließ, mit einem Steuerwerth von 500 Mark veranlagt, wofür er rund 42 M. an Mobiliarsteuer zu zahlen hatte; in einer größerer Gemeinde Preußens hätte dieser Mann an stelle der 42 Mark Mobiliarsteuer etwa 2500 M. Einkommensteuer aufzubringen gehabt. Ein anderer nach Straßburg zugezogener Millionär hat gegenüber der früher in Preußen gezahlten Steuer 10 000 M. erspart. Beamte mit Gehältern von 18 000 M., die einen Miethwerth von 400 M. mit 32 M. versteuern, zahlen damit nicht einmal 1/5 Prozent ihres Gehaltes an Steuern. Ein Angehöriger eines freien Berufes entrichtet bei einer Ertragsfähigkeit seines Berufes von nachweisbar 18 750 M., gar nur 8,40 M., also etwa soviel, wie eine auf den täglichen Broterwerb angewiesene Näherin neben der Gewerbesteuer an Mobiliarsteuer zu zahlen hat u. s. w.

Trotz der in genannter Publikation beigebrachten zahlreichen Beispiele geradezu haarsträubender Ungerechtigkeiten des bestehenden Steuersystems zeigte sich in den gestrigen Verhandlungen des Landesausschusses, daß die Gegner der geplanten Kapitalisten-Rentensteuer noch ein entschiedenes Uebergewicht in unserer Volks"vertretung besitzen. Es ist deshalb zu befürchten, der schüchterne Versuch der Regierung zur Sanirung unserer Steuerverhältnisse werde an dem Widerstand des im Rentnerparlament maßgebenden Kapitalistenklüngels vorerst noch scheitern. —

Straßburg i. E., 24. März. (Eig. Ber.) Die amtliche „Straßb. Correspondenz" schreibt:

Die „Frankfurter Zeitung" (Abendblatt vom 22. März) bringt die Nachricht, daß die reichsländische Regierung Beamte wegen der Unterzeichnung einer Petition an den Reichstag in Disziplinarstrafen verfällt habe. Das ist absolut unrichtig; kein elsaß-lothringischer Landesbeamter ist aus diesem Anlaß bestraft worden. Der Artikel des Frankfurter Blattes verräth eine auffallende Unkenntniß der im Reichsland gegebenen Zuständigkeits-Verhältnisse und verwechselt die Landesbeamten mit den Beamten der Reichseisenbahnen in Elsaß-Lothringen, die bekanntlich unmittelbare Reichsbeamte und dem Reichsamt für die Verwaltung der Reichseisenbahnen unterstellt sind."

Nach dieser amtlichen Aeußerung des Ministeriums für Elsaß-Lothringen, durch welche lediglich einige formale Unrichtigkeiten in der Nachricht des Frankfurter Blattes richtig gestellt werden, bleibt also die Thatsache bestehen, daß alle diejenigen Beamten der Reichseisenbahnen in Elsaß-Lothringen, welche die vielbesprochene Petition unterzeichnet haben, deshalb im Disziplinarwege bestraft worden sind. Bei dieser Gelegenheit hätte es für das amtliche Sprachrohr des reichsländischen Ministeriums nahe gelegen, sich auch über die von uns mitgetheilte Nachricht eines oberelsässischen Blattes zu äußern, nach welcher die Petitionsunterzeichner unter den Beamten der Landeshauptkasse in Straßburg bei der kürzlich erfolgten Vertheilung des Gratifikationsfonds sämmtlich übergangen worden sind. Hier handelt es sich zweifellos um Landesbeamte; und da die „Straßb. Corr." zu dieser Nachricht bisher beharrlich geschwiegen hat, so ist anzunehmen, daß dieselbe den Thatsachen entspricht. Unsere Regierung hätte sich also das oben mitgetheilte gewundene Dementi sparen können, wenn sie innerhalb ihrer Zuständigkeitssphäre dasjenige thatsächlich gethan hat, von dem sie völlig überflüssigerweise behauptet, daß es ihr außerhalb derselben fälschlich zum Vorwurf gemacht wird.

— **Eine Denkschrift über die deutschen Niederlassungen in Tientsin und Hankau** ist dem Reichstage zugegangen. Wenngleich, wie darin bemerkt wird, die in China lebenden Deutschen in der Lage sind, sich in den bestehenden Fremden-Niederlassungen anzusiedeln, so hat sich doch das Bedürfniß nach dem Besitz eigener Niederlassungen herausgestellt. In der Denkschrift werden die Gründe entwickelt, aus denen die Errichtung deutscher Niederlassungen ins Auge gefaßt worden ist, und zwar mit Rücksicht auf die in betracht kommenden deutschen Interessen in Tientsin und Hankau, während in Shanghai bei dem Bestehen der dortigen internationalen Einrichtungen kein Bedürfniß zu eigenen Niederlassungen vorliegt. Die Verwaltung der Niederlassungen, deren Kosten aus den einzuführenden Abgaben zu decken sind, soll in die Hände der aus den Ansiedlern bestehenden Niederlassungsgemeinden, denen Korporationsrechte verliehen werden sollen, gelegt werden; im übrigen wird die Gemeindeverfassung auf dem Wege des Vertrages mit den einzelnen Ansiedlern durchzuführen sein. Als Organe der Gemeinden werden die Gemeinderäthe gewählt werden. Mit der Ausarbeitung der Statuten sowie Aufstellung der Polizeiverordnungen werden die kaiserlichen Vertreter in China betraut. Dabei werden die kaiserlichen Vertreter in China angewiesen, die deutschen Interessenten hinzuzuziehen und ihren Wünschen nach Möglichkeit Rechnung zu tragen.

Ungarn.

— **Die Vereinsfreiheit im Musterlande des Liberalismus.** Der Minister des Innern, Desider Perczel, hat die in letzter Zeit behufs Genehmigung unterbreiteten Statuten mehrerer Arbeitervereine aus der Provinz ohne die erbetene Genehmigungsklausel zurückgesendet. Die betreffenden Vereine sind sämmtlich Anhänger der sozialistischen Richtung. Unter den zurückgewiesenen Vereinen befindet sich unter anderen der Fachverein der Großwardeiner Bauarbeiter, dessen Statuten mit der Begründung zurückgewiesen wurden, „daß es auf dem Gebiete der Stadt genug Vereine gebe, welche ganz analoge Zwecke verfolgen, weshalb jene, die den Verein zu gründen wünschen, auch im Rahmen der bereits bestehenden Vereine ihren Wunsch nach weiterer Selbstbildung befriedigen können. Auch würde durch die Bildung neuer Vereine die Kraft der bereits bestehenden geschwächt." Mit dieser Begründung wurden auch die Statuten des Fachvereins der Kaposvarer Schneidergehilfen, des Mezoturer Arbeitergehilfen-Vereins, sowie mehrerer Feldarbeitervereine im Bacser und Torontaler Komitat abgelehnt. —

Frankreich.

Paris, 25. März. Mehrere Abgeordnete haben gestern in der Kammer einen Gesetzentwurf eingebracht, welcher den Frauen, die den Doktortitel erlangt haben, das Recht zuspricht, bei den Gerichten als Advokaten aufzutreten. —

Paris, 24. März. (Eig. Ber.) Die sozialistische Kammerfraktion richtet an die spanischen Sozialisten ein Sympathieschreiben anläßlich der am 27. März stattfindenden Kortes-Wahlen. Es heißt darin u. a.: „Wir folgen Euch mit Auge und Herz in Eurem Kampfe, . . . und wir sind dessen sicher, daß der Triumph der uns gemeinsamen Ideen Spanien wieder aufrichten wird aus dem Zusammenbruche, dem eine im Sterben liegende Monarchie es entgegentreibt. Die sozialistische Partei ist in Spanien, wie in der ganzen Welt, die einzige Partei mit einem umfassenden Ideal sozialer Wiedergutmachung und menschlicher Wiederversöhnung, die allen autonomen Vaterländern einen neuen und fortdauernden Aufschwung von Blüthe, Kraft und Wohlsein verschaffen wird . . ." Die Wahlerfolge der spanischen Sozialisten und namentlich die Wahl von Pablo Iglesias wären zugleich ein Triumph der internationalen sozialistischen Idee, dessen wir uns mehr als alle anderen zu freuen berechtigt wären, weil wir eingedenk sind, daß Euer Vaterland seit den fernsten Zeiten ein natürlicher Bruder des unsrigen ist . . . Der Sozialismus wird durch sein internationalistisches und wirklich menschliches Wesen das Wort des Königs von Frankreich („es giebt keine Pyrenäen mehr") zu einer unsterblichen Wahrheit machen . . ." Das Sympathieschreiben ist von 28 Abgeordneten unterzeichnet. —

Algier, 24. März. Gegen den Gouverneur Lépine kam es zu feindseligen Kundgebungen. Anläßlich der Verhaftung des Journalisten und antisemitischen Agitators Max Regis veranstaltete eine beträchtliche Menschenmenge eine Kundgebung vor dem Stadtgefängniß. Zuaven gingen gegen die Menge mit dem Bajonnet vor, welche mit Steinwürfen antwortete. Einige Soldaten wurden verletzt. Die Zuaven trieben die Menge auseinander, wobei etwa zehn Personen verhaftet wurden. Die Ruhe wurde dann nicht mehr gestört.

Man erwartet für den Sonnabend eine Interpellation in der französischen Deputirtenkammer über diese Angelegenheit. —

Belgien.

— **Eine Ueberrumpelung der demokratischen Wählermassen** scheint die belgische Regierung im Verein mit der reaktionären Kammermehrheit zu beabsichtigen. Der Abbé Daens hatte den Antrag gestellt, die Wahlen auf einen Sonntag im Monat Oktober zu verlegen, zu welchem Zeitpunkt die wenigsten Arbeiter, wie Schiffer, Wanderarbeiter u. s. w. verhindert sein würden, an den Wahlen theilzunehmen. Dem setzte die Regierung den Antrag entgegen, den 22. Mai als Wahltag zu bestimmen. Dieser wurde denn auch nach zweitägiger Debatte gegen die Stimmen der Radikalen und Sozialisten angenommen. Zwar hat nun noch eine zweite Abstimmung stattzufinden, die aber ein anderes Resultat auch nicht mehr bringen wird. Der Generalrath der sozialdemokratischen Partei Belgiens beantwortet die reaktionäre Maßnahme denn auch sofort durch einen Aufruf an die Parteigenossen, den Wahlkampf sofort zu eröffnen. Die Infamie der Gegner werde sich an diesen selbst rächen, denn die Sozialisten seien seit langem kampfbereit. Dem größeren Geldbeutel der Reaktionäre habe die Partei die unbegrenzte Selbstlosigkeit und den Opfermuth ihrer Anhänger entgegenzusetzen. —

Dänemark.

Kopenhagen, 25. März. Die Reichstags-Session ist heute geschlossen worden. Die Wahlbewegung ist schon im vollsten Gange. —

— **Im Folkething** fand ein „Antrags-Tag" statt. Dabei kam der Antrag der Schiffer- und Navigationsvereine zur Berathung, den wir schon früher erwähnt haben, daß den See-Offizieren nicht gestattet werden soll, die Führung eines Handelsschiffes zu übernehmen, bevor sie mindestens zwei Jahre auf einem Handelsschiffe als Steuermann fungirt haben. Der Marineminister Raon meint, man habe mit der Sache zu viel Lärm gemacht, namentlich seien die Klagen ganz ungerechtfertigt, daß die Ausbildung dieser Offiziere dem Staate zu viel koste (nämlich fast 40 000 Kronen pro Mann!). Sie leisteten dafür doch auch etwas Tüchtiges. Im übrigen versprach er, schärfer aufzupassen, daß keine unfähigen Leute zur Leitung von Handelsschiffen zugelassen würden. Unser Parteigenosse Klausen findet die Erbitterung der privaten Seeleute sehr berechtigt. Er meint, die Seekadetten und Offiziere „studiren" mehr auf Bällen und Festlichkeiten, als auf sturmbewegter See. Wenn die Herren in der theueren Marineschule so viel lernen, brauchen sie „zu ihrer Ausbildung" doch nicht noch den armen Seeleuten den Verdienst fortzunehmen. Im weiteren Verlauf ging die Verhandlung immer mehr in das Gebiet des Witzes hinüber, wofür die Tanzgewandtheit der Seekadetten und ihre Beliebtheit bei den Damen herhalten mußte. Der Antrag wird der Regierung schließlich zur Beachtung überwiesen. —

— **Das Schulreform-Gesetz ist nun doch gestrandet,** da der Landesthing und der Folkething sich nicht einigen konnten, trotz des weitgehenden Entgegenkommens des letzteren, der hinsichtlich der Lehrerberufung schließlich auf jede Aenderung verzichtete und nur eine solche Fassung der bisherigen Bestimmung verlangte, daß sie nicht von der Regierung, wie man es versucht hatte, falsch ausgelegt wurde. In einem gemeinsamen Ausschuß der beiden Things sollte die Einigung erzielt werden, aber da die Rechte des Folkething mit der Majorität des Landesthing ging, konnte keine annehmbare Form zu stande gebracht werden. Auch bei diesem Gesetz zeigt sich, wie reformhemmend bei allem der Landesthing (das Herrenhaus) wirkt. Uebrigens sprach der ultrareaktionäre großmächtige Graf Ahlefeld-Laurvig am Schluß seine große Befriedigung über das Scheitern des ganzen Entwurfes aus, „da zur Durchführung des Gesetzes allzu große Summen erforderlich gewesen wären." Für die Volksbildung ist diesen reichsten Grundbesitzern jeder Heller zu viel, für Fürstenschlösser bewilligen sie (wie kürzlich für den Prinzen Christian) die unglaublichsten Summen.

Italien.

Rom, 25. März. Crispi wird Mitte April seine Wähler in Palermo zu einer Versammlung einberufen, um die Angriffe des Fünfer-Ausschusses zu „widerlegen". —

Türkei.

Konstantinopel, 25. März. Die in Petersburg geführten Verhandlungen über die Art der Deckung für die vereinbarte Anzahlung der rückständigen Kriegsentschädigung haben zu einer prinzipiellen Entscheidung darüber geführt, daß diese Anzahlung durch Anweisungen auf die Schafsteuer einiger Vilajets erfolgen solle. Für die Einzelheiten der Verhandlungen sind dem türkischen Botschafter in Petersburg Instruktionen zugegangen. Die Botschafter Italiens, Frankreichs und Englands überreichten der Pforte identische Verbalnoten, in welchen die Bezahlung der Entschädigungen für die Plünderung bei den betreffenden Unterthanen während der armenischen Wirren im Jahre 1896 aus der Kriegsentschädigung verlangt wird.

Amerika.

— Zur spanisch-amerikanischen Differenz liegt heute die folgende Meldung aus Washington vor:

Der Kapitän Marix mit dem Bericht der Untersuchungskommission betreffend die Explosion auf der „Maine“ ist gestern hier eingetroffen und auf dem Bahnhof, wo eine große Menschenmenge versammelt war, von einem Beamten des Marinedepartements empfangen worden. Der Bericht geht heute an den Marinesekretär Long, dann an den Präsidenten Mac Kinley und gelangt hierauf im Kabinetsmeeting zur Verlesung. Am Montag wird er dem Kongreß zugehen mit einer kurzen Botschaft über die der Explosion vorangegangenen Ereignisse. Der Bericht wurde nach Madrid gekabelt, um von dem amerikanischen Botschafter der spanischen Regierung vorgelegt zu werden. Es verlautet, daß keine Reklamation an Spanien gerichtet werden soll, jedoch sei die Vorlegung der Thatsachen gleichbedeutend mit dem Verlangen nach Aufklärung. Mac Kinley wird indessen auf der Intervention zur Linderung des Elends auf Kuba binnen einer Woche oder zehn Tagen nach Uebermittelung des Berichtes an den Kongreß bestehen. —

Australien.

— Die Föderations-Konvention, welche die jetzt vollkommen unverbunden neben einander stehenden autonomen Kolonien des jüngsten Welttheils zu einem Bundesstaat unter der Oberhoheit der britischen Krone nach Art der Dominion of Canada vereinigen soll, tagt seit dem 20. Januar d. J. wieder in Melbourne, nachdem sie schon im vorigen Jahre zwei Sessionen in Adelaide und in Sidney abgehalten hatte. Vorläufig sind jedoch, wie wir der „Köln. Volksztg.“ entnehmen, die Aussichten auf das baldige Zustandekommen der „Vereinigten Staaten von Australien“, deren gänzliche Los-, Lösung vom Mutterlande manche über kurz oder lang erwarten recht geringe. Die Verhandlungen der Konvention haben ergeben, daß die Interessengegensätze wie auch mancherlei Eifersüchteleien zwischen den einzelnen Kolonien noch viel zu große sind, um eine Einigung in naher Zeit erwarten zu lassen. Da ist vor allem der Gegensatz zwischen dem freihändlerischen Neu-Süd-Wales und dem hochschutzzöllnerischen Victoria, dann der zwischen größeren und kleineren Kolonien hinsichtlich der Vertretung in dem künftigen Bundesparlament und der Befugnisse desselben namentlich in finanzieller Beziehung; man streitet sich, ob den Anwohnern des Oberlaufes eines Flusses die Ableitung von Wasser zur Berieselung der Felder gestattet sein soll, wodurch die Schiffbarkeit des Unterlaufs beeinträchtigt würde, ferner ob die einzelnen Kolonien ihre Eisenbahn-Tarife selbständig regeln sollen, ob die recht ansehnlichen Schulden derselben auf den Bund übernommen werden sollen u. s. w. Die bisherigen Beschlüsse über diese und andere Fragen sind meist mit sehr geringen Mehrheiten gefaßt worden, sodaß, wenn die Konvention auch schließlich einen Verfassungs-Entwurf vereinbaren sollte, der Ausgang der Volksabstimmung, welche über die Annahme oder Ablehnung entscheiden soll, recht ungewiß wäre. Auch in den bestehenden kolonialen Einzel-Parlamenten macht sich starker Widerstand geltend, theils aus sachlichen Rücksichten, theils weil manche der zahlreichen Gewerbspolitiker unter den jetzigen Verhältnissen besser auf ihre Rechnung zu kommen glauben; so hat das Parlament der „Mutter-Kolonie“ Neu-Süd-Wales für die Annahme der Bundesverfassung in der Volksabstimmung eine so hohe Mindeststimmenzahl vorgeschrieben, daß ihre Erreichung im höchsten Grade zweifelhaft ist. Das neuerdings besonders kräftig aufstrebende Queensland, dessen Zuckerrohr-, Baumwoll- und Kaffeepflanzer von einem Bundes-Parlament unter Einfluß der Arbeiterpartei das Verbot der Einfuhr farbiger Arbeiter fürchten, hat sich ebenso wie das vom australischen Kontinent ziemlich weit entfernte Neu-Seeland an der Konvention gar nicht betheiligt. Bereits empfiehlt denn auch unter diesen Umständen das einflußreichste Preßorgan der neben Neu-Süd-Wales bedeutendsten Kolonie Victoria die abermalige Verschiebung der Föderations-Aktion. —

Wahlbewegung.

In sonst gut unterrichteten Kreisen Straßburg's verlautet, wie unser reichsländisches Parteiorgan mittheilt, die klerikale Partei sei unter der Bedingung geneigt, auf das Liebeswerben der „Straßb. Post“ um Abschluß eines Wahlbündnisses einzugehen, daß der klerikal-gouvernementale Mischling Jehl, Mitglied des Gemeinderathes, Bezirkstages und Landesausschusses, als gemeinsamer Kandidat aufgestellt werde. Der bisherige klerikale Bewerber im Wahlkreis Straßburg-Stadt, Dr. Müller-Simonis, 1893 Gegenkandidat Bebel's, hat erklärt, keine Kandidatur mehr anzunehmen. — Eine im Wahlkreis Colmar-Münster stattgehabte Versammlung beschloß einstimmig die Aufstellung einer demokratischen Kandidatur. Man nennt hierfür den Namen des Rechtsanwaltes Blumenthal in Colmar.

Im Wahlkreise Kronach-Lichtenfels findet am 1. Osterfeiertag eine sozialdemokratische Konferenz behufs Regelung der Vorarbeiten zur Reichstagswahl statt. Genosse Scherm, der seit verschiedenen Wahlperioden in diesem Wahlkreise kandidirte, brachte es 1890 zur Stichwahl; 1893 hatten wir infolge der Aufstellung eines bauernbündlerischen Kandidaten und der unerhörten Agitation der Zentrumspfaffen einen erheblichen Stimmenrückgang zu verzeichnen. Jetzt sind unsere Aussichten wieder sehr günstig, da Bauernbund und Zentrum abgewirthschaftet haben. — Im oberpfälzischen Wahlkreise Neustadt-Weiden wurde Genosse Stücklen-Hof als Kandidat aufgestellt.

Partei-Nachrichten.

In dem Dorfe Theißen im Kreise Weißenfels wurden zum ersten Mal zwei Kandidaten unserer Parteigenossen als Vertreter der 3. Klasse in den Gemeinderath gewählt.

Polizeiliches, Gerichtliches ꝛc.

In dem Dorfe Haarau bei Wilkau in Sachsen wurde am Sonntag in einer Volksversammlung, wo Reichstags-Abgeordneter Hofmann gesprochen hatte, während der Diskussion einem Redner das Wort entzogen, als er auf die Bauernrevolten in Ungarn zu sprechen kam. Als man dem Ueberwachenden hierauf erklärte, er habe nicht das Recht, einem Redner ohne weiteres das Wort zu entziehen, sondern er habe sich zuvor an den Vorsitzenden zu wenden, da wurde die Versammlung aufgelöst und der Ueberwachende befahl dem Wirth, den Saal eine Stunde lang verschlossen zu halten. Gegen dieses Vorgehen des Beamten wird natürlich Beschwerde geführt werden. Haara ist derselbe Ort, wo Reichstags-Abgeordneter Hofmann, den man in diesem seinem Wahlkreise lange Zeit systematisch am öffentlichen Reden verhindert hatte, auch dann noch nicht zu seinen Wählern sprechen durfte, als im Landtage der Minister v. Metzsch erklärt hatte, daß Remedur geschaffen sei. Es bedurfte einer erneuten Beschwerde, um Hofmann das öffentliche Reden zu ermöglichen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

Der Ausstand der Berliner Fabrikschuhmacher ist zu ungunsten der Arbeiter beendet. Nachdem sich die Fabrikanten bisher zu keinerlei Verhandlungen bereit erklärt hatten, war vorauszusehen, daß der Ausstand sich bis nach Ostern hinziehen würde. Wäre auch dann nach wochenlanger Dauer des Kampfes kein für die Arbeiter günstiges Resultat erzielt worden, so wäre die Organisation der Arbeiter in Gefahr gerathen, wenn auch nicht aufgerieben, so doch sehr geschwächt zu werden. Trotzdem materielle Mittel genug zur Verfügung standen, um den Kampf aufrecht zu erhalten, haben die Arbeiter aus obigen Gründen Abstand von einer Fortsetzung desselben genommen. In einer am Mittwoch, den 24. d. Mts. abgehaltenen Versammlung der Ausständigen wurde einstimmig beschlossen, die den Fabrikanten unterbreiteten Forderungen in bezug auf den Arbeitsnachweis zurückzuziehen und mit den Fabrikanten darüber in Verhandlung zu treten, daß die Arbeit zu den alten Bedingungen aufgenommen wird und keine Maßregelungen durch den Arbeitsnachweis stattfinden dürfen.

Von den Fabrikanten ist den Vertretern der Arbeiter erklärt worden, daß niemand, auch nicht die Leiter des Ausstandes, von dem Arbeitsnachweis gemaßregelt werden sollen. Soweit die Plätze der Ausständigen durch Arbeitswillige besetzt sind, sollen dieselben durch den Arbeitsnachweis anderweitig untergebracht werden. Ferner wurde ausdrücklich erklärt, daß die Notiz der „Volks-Zeitung“, die von einer Massenaussperrung der Arbeiter durch die Fabrikanten und dauernde Maßregelung der Führer des Ausstandes spricht, auf Unwahrheiten beruhe; solches sei absolut nicht beabsichtigt. Allerdings dürfte einige Zeit vergehen, ehe sämmtliche Ausständige untergebracht und die Verhältnisse geregelt sind. Es kommt hierbei in betracht, daß mehrere kleinere Fabriken mittlerweile vom Pleitegeier erfaßt worden sind. Es wird darum ersucht, mit den Sammlungen fortzufahren, da noch Unterstützungen zu zahlen sind, vor allem aber ist der Zuzug der Schuhmacher nach Berlin bis auf weiteres noch streng fernzuhalten. Sämmtliche arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck gebeten.

Die Möbeltransport-Unternehmer resp. die Berliner Vereinigung derselben haben die kürzlich mitgetheilten recht bescheidenen Forderungen ihrer Arbeiter als unberechtigt zurückgewiesen. Wie haltlos diese Zurückweisung ist, beweist, daß der Vorsitzende des Unternehmervereins G. Knauer selbst, sowie die Firma Bartz u. Co. die gestellten Forderungen zum größten Theile bereits bewilligt haben. Die Unternehmer haben den Tarif für Stadt- und Vorort-Umzüge bedeutend erhöht, es fällt ihnen aber nicht ein, von dem einzuheimsenden Mehrverdienst den Arbeitern auch nur einen kleinen Theil zukommen zu lassen.

An die Töpfer Berlins! Der Bericht des Vertrauensmannes in der letzten Versammlung hat gezeigt, daß die Betheiligung der Kollegen an den Sammlungen zum Streikfonds eine recht schwache gewesen ist. Es ist Pflicht aller Töpfer, sich nunmehr, da die günstigere Arbeitsperiode beginnt, eifrigst an den Sammlungen zu betheiligen. Des weiteren mag daran erinnert sein, daß des Sonnabends von jedem Bau Bericht einzusenden ist darüber, ob der Lohn auch regelmäßig ausgezahlt wird. Wir haben keine Ursache, unsere schlechte Lage zu verheimlichen oder zu beschönigen; nur durch die Aufdeckung aller Mißstände ist es möglich, dieselben zu beseitigen. Am Mittwoch, den 30. März, abends 6 Uhr, findet im Schützenhaus, Linienstr. 5, die Fortsetzung der Versammlung vom 8. März statt. Pflicht jedes Kollegen ist es, daselbst zu erscheinen. Der Vertrauensmann.

Deutsches Reich.

In Tilsit haben 600 Arbeiter auf Holzplätzen die Arbeit niedergelegt. Die Ausständigen verlangen die zehnstündige Arbeitszeit.

In Neumünster befinden sich die Lederarbeiter einer Fabrik wegen Einführung eines neuen Lohntarifs im Ausstand.

Im Eulengebirge ist wieder ein größerer Weberstreik ausgebrochen, der sich zu einem langwierigen Kampf auszudehnen scheint. In Langenbielau legten am Dienstag etwa hundert Weber und Weberinnen bei der Firma Julius Neugebauer die Arbeit nieder. Der gute Geschäftsgang hatte sie veranlaßt, auch für sich etwas mehr zu beanspruchen und dies glaubten sie mit Recht umsomehr thun zu dürfen, als in anderen Fabriken etwa 25 bis 30 Prozent mehr für dieselbe Arbeit gezahlt wird. Die von den Streikenden formulirten Forderungen lauten im einzelnen: 1. Bezahlung nach Metern. 2. Jeder Weber und Weberin muß das Recht haben, jedes Stück messen zu können. 3. Im Lieferbuch der Weber und Weberinnen ist die gelieferte Meterzahl und der Lohn einzutragen. 4. Errichtung einer bequemeren Ausgabestelle der Arbeit. 5. Erhöhung des Lohnes um 25—30 pCt. 6. Aushängen der Lohntabelle in jedem Saale. 7. Für Musterarbeiten, sowie bei schlechten Ketten, ist Stundenlohn zu zahlen. 8. Das gleiche gilt bei Umbau des Stuhles. 9. Bessere Ventilation und gleichmäßigere Heizung. 10. Bei Stundenlohn sind pro Stunde und Stuhl 15 Pf. zu zahlen, den Deckenwebern jedoch 20 Pf. pro Stunde. 11. Pünktliche Lohnzahlung. 12. Bessere Waschgelegenheit. 13. Keine Maßregelung der am Streik Betheiligten. In der Begründung dieser billigen und gerechten Forderungen sagen die Streikenden, deren Durchschnittslohn bisher 7 M. betrug: „Nicht Uebermuth noch Bosheit, sondern tiefstes Elend treiben uns dazu, von Ihnen, Herr Neugebauer, eine Lohnerhöhung zu verlangen.“ Bis jetzt fanden zwei Verhandlungen statt. Herr Neugebauer machte wohl verschiedene Zugeständnisse, aber soweit Lohnforderungen in betracht kamen, verhielt er sich strikte ablehnend. Die Löhne lasse er sich nicht vorschreiben, die bestimme er und mehr könne er nicht zahlen wegen der Konkurrenz der Juden. Dabei zahlen aber die Juden im nahegelegenen Reichenbach 2 M. bis 2,50 M. pro Stück Waare mehr an Arbeitslohn als Herr Neugebauer. Die Streikenden beschlossen am Donnerstag Abend einmüthig, so lange weiterzustreiken, bis Herr Neugebauer auch in der Lohnfrage Entgegenkommen zeigt. Daß Leute, die sich mit einem Durchschnitts-einkommen von 7 M. pro Woche begnügen müssen, keine Sparpfennige erübrigt haben, dürfte für niemand zweifelhaft sein. Deshalb wird wohl die deutsche Arbeiterschaft den schlesischen Webern gegenüber wieder Solidarität üben und sie nach Kräften unterstützen. Sendungen sind an Karl Haberecht, Weber, Langenbielau, 4. Bezirk, Nr. 216, zu richten.

Der Ausstand der Leipziger Schneider nimmt einen günstigen Verlauf. In der letzten Versammlung der Streikenden, die von 500 Personen besucht war, konnte mitgetheilt werden, daß bereits 47 Firmen den aufgestellten Tarif eingeführt haben.

Die Bauhandwerker in Arnstadt bereiten eine Lohnbewegung vor. Die Zimmerer verlangen einen Stundenlohn von 33 Pf., für jüngere Arbeiter 30 Pf., und vom 1. April nächsten Jahres ab eine weitere Erhöhung des Lohnes um 2 Pf. Die Unternehmer hatten je nach Leistung 26, 27, 30 und 33 Pf. angeboten. Den Maurern haben die Unternehmer eine Erhöhung des Stundenlohnes von zwei Pfennigen zugestanden. Die Arbeiter beider Kategorien haben die Angebote der Unternehmer als ungenügend bezeichnet und dürfte es deshalb zum Ausstand kommen, dem sich auch die Bauarbeitsleute anschließen werden, da sie gleichfalls eine Aufbesserung ihrer Löhne verlangen.

In der Blechwaarenfabrik von Unger in Braunschweig befinden sich 76 Arbeiter im Ausstande. Die Ausständigen verlangen die Abstellung einiger Mißstände im Betrieb.

Die Tischler in Gotha haben beschlossen, nachdem ihnen von seiten der Meister keine Zugeständnisse zu ihren Forderungen gemacht wurden, am 1. April die Arbeit einzustellen.

Der Malerstreik in Wiesbaden ist beendet, die Ausständigen sind, ausgenommen die Firmen, wo Streikbrecher beschäftigt waren, wieder in Arbeit getreten.

Ausland.

Der Streik in der Grazer Waggonfabrik ist, wie bürgerliche Blätter melden, zu Ende. Die Einigung der Arbeiter mit der Direktion wurde in dem Sinne erzielt, daß ungefähr 60 durch das Loos bestimmte Arbeiter noch aus dem Betriebe bleiben müssen, daß ihnen jedoch die Zusicherung gemacht wurde, sie würden früher aufgenommen werden als neue etwa nothwendige Arbeiter.

Die Vereinigten Kohlenbergwerksbesitzer von Monmouthshire und Süd-Wales haben ihren Bergleuten zum 1. April den Lohntarif gekündigt. Derselbe ist geregelt nach der sogenannten „gleitenden Lohnskala“. In betracht kommen etwa hunderttausend Mann. Es dürfte sich wahrscheinlich zunächst nur um eine Neuregelung der Tarife bezw. um die Abschaffung der „gleitenden Lohnskala“ handeln.

Generalversammlung des Unterstützungsvereins der Kupferschmiede.

München, 23. März 1898.

Der Unterstützungsverein der Kupferschmiede hielt vom 21. bis 23. d. M. in München seine dritte ordentliche Generalversammlung ab, zu der 47 Städte Vertreter entsandt hatten. Die Versammlung wurde von Bischoff-Hamburg und Fritz-Berlin geleitet.

Den ersten Gegenstand der Tagesordnung bildet der Rechenschaftsbericht des Zentralvorstandes, der vom Zentralvorsitzenden Bischoff gegeben wurde, dem sich sodann der Bericht des Hauptkassirers Lindner anschloß.

Der Verein hatte in der Geschäftsperiode vom 1. Oktober 1894 bis 31. Dezember 1897 inklusive eines Kassenbestandes von 13 029,50 M. eine Gesammteinnahme von 149 648,46 M. Die Ausgabe war 91 276,76 M., darunter 25 479,53 M. für Reise-Unterstützung, 18 472,25 M. für Ortsunterstützung, 1903,50 M. für Streikunterstützung, 1170 M. für Unterstützung arbeitsunfähiger Kollegen, 10 806,05 M. für das Vereinsorgan, 3709,05 M. für Kongresse, 1992,31 M. an die Generalkommission und 568,85 M. für Rechtsanwalts- und Gerichtskosten. Als Kassenbestand verblieben 58 371,70 M. Außerdem durch die Sammlungen wurden 1685,20 M. für eigene Streiks, 4107 M. für Streiks anderer Organisationen und 1825,79 M. für hilfsbedürftige Kollegen aufgebracht. Die dem Verein angegliederte Sterbekasse hatte eine Einnahme von 10 597,50 Mark und eine Ausgabe von 11 106,60 M. Der Verein zählte in 57 Zahlstellen 3300 Mitglieder.

In der Debatte über den Bericht werden wesentlich interne Verbandsangelegenheiten berührt, u. a. beschwerte sich die Zahlstelle Magdeburg über angebliche Verletzung der Statuten seitens des Vorstandes. Aus der Versammlung wurde dem vielfach widersprochen.

Angenommen wurde ein von Niebergall-Hamburg eingebrachter Antrag, daß diejenigen Vereine, welche gewerkschaftlichen Kartellen nicht angehören, durch Beschluß der General-Versammlung zum Anschluß veranlaßt werden sollen, mit dem von Kliem-Bremen beantragten Zusatze, daß die Filialen, wo die örtlichen Mitglieder nur in Staatsbetrieben beschäftigt sind, von diesem Beschlusse entbunden sein sollen.

Zur Berathung kommen sodann allgemeine Anträge. Abgelehnt wurden nach eingehender Diskussion der Antrag Wilhelmshafen, einen einheitlichen Wochenbeitrag von 50 Pf. zu erheben, aus den Einnahmen die Reise-, Orts-, Kranken- und Sterbe-Unterstützung auf 1 M. pro Tag und auf die Dauer von 13 Wochen festzusetzen. Eine längere Debatte entspann sich über die Anträge Elbing, Konstanz und Mannheim, betr. die Gewährung einer Umzugsunterstützung. Schließlich wurde der Antrag Mannheim in folgender von Blase-Mannheim vorgeschlagenen Fassung angenommen:

Mitgliedern, welche 5 Jahre dem Verein gesteuert und während dieser Zeit keine Unterstützung bezogen haben, können, wenn sie nachweisen, daß sie gezwungen sind, den Ort zu verlassen, die Umzugskosten vergütet werden; sie werden jedoch erst wieder unterstützungsberechtigt, wenn sie 26 beziehungsweise 52 Wochen gesteuert haben.

Der Antrag Nürnberg, betr. die Gründung eines zentralen Streikfonds, wurde abgelehnt. Angenommen wird ein Antrag Berlin, der lautet: Da in mehreren Filialen unseres Vereins für ordnungsmäßige Geschäftsführung sowie für statutenmäßige Einsendung der Abrechnungen nicht genügend Sorge getragen wird, so wird der Zentralvorstand ersucht, von dem im § 28 näher bezeichneten Rechte strikten Gebrauch zu machen. Eine Anzahl anderer Anträge wurden abgelehnt und erfolgte sodann der Schluß der Verhandlungen.

Unternehmer-Verbände.

Rheinisch-Westfälisches Kohlensyndikat. Der Geschäftsbericht für 1897 verweist mit Befriedigung auf die gute Entwickelung des Kohlengeschäfts im Jahre 1897 und hebt hervor, daß die für das erste Halbjahr 1897 im November 1896 beschlossene Einschränkung der Förderung bereits im Februar aufgehoben werden konnte und nicht wieder angewandt zu werden brauchte, obgleich die Betheiligungsziffer wieder eine erhebliche Steigerung erfahren hat. Im Jahre 1898 ist allerdings durch den ungewöhnlich milden Winter und den schlechten Wasserstand des Rheins eine Einschränkung von 10 pCt. der Förderung für die Monate Februar und März nothwendig geworden, doch beträgt der Mehrabsatz gegen das Vorjahr für Januar 136 713 Tonnen und für Februar 111 647 Tonnen. Hieraus und aus der im allgemeinen guten Beschäftigung eines großen Theils der Industrie dürfte eine weitere befriedigende Entwickelung des Kohlenmarktes zu folgern sein. Die Betheiligungsziffer im Kohlen-Syndikat ist von 43 417 400 Tonnen Ende 1896 auf 48 043 912 Tonnen. Ende 1897 und 44 274 765 Tonnen Anfang 1897 auf 48 540 162 Tonnen Anfang 1898 gestiegen. Rechnungsmäßig betrug die Betheiligung 1897, 46 106 189 Tonnen, nach Abzug der freiwilligen Einschränkungen 44 906 987 Tonnen; gefördert wurden 42 195 352 Tonnen, die Förderung ist also um 2 711 635 Tonnen = 6,038 pCt. gegen 8,705 pCt. im Vorjahr hinter der freiwillig eingeschränkten Betheiligungsziffer zurückgeblieben. Der Förderabrechnung hat dagegen unter Berücksichtigung der nicht entschädigungsberechtigten Mengen eine Einschränkung von 2,2 pCt. gegen 7,31 pCt. im Vorjahr zu grunde gelegt werden müssen. Der Absatz war arbeitstäglich 11 186 Tonnen = 8,69 pCt. höher als im Vorjahr; die Steigerung entfällt hauptsächlich auf die einheimische Eisenindustrie. Auf dem Rhein wurden bergwärts 400 000 Tonnen weniger als 1896 verschifft, weil in den Monaten November-Dezember der Wasserstand außerordentlich schlecht war. Dieser Ausfall hatte zur Folge, daß die oberrheinischen Lager am Schlusse des Jahres fast geräumt und nur sehr geringe Bestände in das neue Jahr zu übernehmen waren. Mit Rücksicht auf den größeren Bedarf der heimischen Industrie beschränkte sich das Syndikat in der überseeischen Ausfuhr auf das zur Erhaltung der alten Beziehungen unbedingt Nothwendige. Die an anderen zu behauptenden Absatzpunkten erzielten Absatzvermehrungen stehen nicht im Verhältniß zu der bisherigen Betheiligung an der Versorgung dieser Plätze mit Brennstoff, was auf die hohen Eisenbahnfrachten zurückzuführen ist. Auf seine wiederholten Anträge auf Frachtermäßigung nach den dem englischen Wettbewerb besonders ausgesetzten Gebieten sei das Syndikat stets ablehnend beschieden worden. Die mit dem 1. April erfolgte Ausdehnung des Rohstofftarifs für die Versendung von Brennstoffen müsse als eine unzureichende Maßregel bezeichnet werden. Unsere deutsche Industrie bedürfe unbedingt billigerer Frachten, wenn sie sich gegenüber ihren mächtigen Nebenbuhlern auf dem Weltmarkte behaupten und weitere Fortschritte machen wolle. Im Hinblick auf die durch Eisenbahnwagenmangel im Herbst verursachten Verkehrsstockungen erscheint eine weitere Ausbildung des Kanalwesens, besonders der Bau des Mittelland-Kanals, durchaus nothwendig. Die Gewinn- und Verlustrechnung ergiebt an allgemeinen Unkosten 1 818 031 M. Ausgaben, sowie 141 589 M. Abschreibungen, darunter 120 000 M. auf das oberrheinische Kohlenlager, wogegen 2 255 295 M. an Umlage als Einnahme aufgeführt sind.

Soziales.

Verallgemeinerung des Arbeitsnachweises in Preußen. Die preußischen Minister für Handel und Gewerbe und des Innern haben durch Erlaß vom 8. d. M. die Regierungspräsidenten ersucht, der Ausgestaltung des örtlichen Arbeitsnachweises

erneut ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden. Insbesondere soll angestrebt werden, daß mindestens in allen Städten mit mehr als 100 000 Einwohnern kollegiale, unter gleichmäßiger Betheiligung von Unternehmern und Arbeitern verwaltete, allgemeine Arbeitsnachweise-Anstalten — und zwar entweder als Gemeinde-Anstalten oder, wie in Köln, als Verbands-Nachweisestellen — errichtet werden. Wie weit gleiche Einrichtungen auch in den kleineren Städten nochmals angeregt werden sollen, ist der Erwägung der Regierungspräsidenten überlassen. Daneben soll geprüft werden, inwieweit die namentlich in kleineren Städten vielfach vorhandenen Gemeinde-Arbeitsnachweise-Stellen mit bureaukratischer Verwaltung verbesserungsbedürftig sind.

Arbeiter-Risiko. Auf dem der Mansfelder Gewerkschaft gehörigen Glückhilfschacht in Sandersleben wurden in der Dienstagnacht neun Bergleute, darunter ein Fahrsteiger, durch niedergehendes Gestein verschüttet. Zwei Bergleute sind todt, die übrigen haben mehr oder minder schwere Verletzungen erlitten. Einem Häuer mußte der Arm amputirt werden.

Aus Nürnberg wird uns über den gestern gemeldeten Einsturz der beiden Neubauten in der Wölckernstraße geschrieben: Ursache war die Verwendung schlechten Materials, das von dem abgebrochenen alten Krankenhause herrührt. Die beiden Unfälle sind wieder ein Beweis für die Nothwendigkeit der fachmännisch geübten Baukontrolle. Die Bauhandwerker Nürnbergs richteten schon im Juni v. J. den Antrag an den Magistrat, in die Baukontrollkommission Arbeiter und Techniker aufzunehmen, doch die Sache wurde, wie immer, auf die lange Bank geschoben.

Handelsbilanzen auf das Jahr 1897. Die **Schweiz** hat im vergangenen Jahre Waaren im Werthe von 827,2 Mill. M. eingeführt und für 554,5 Mill. M. Waaren ausgeführt. Unter den ausgeführten Waaren nehmen die wichtigste Stelle ein: Seide mit 163,1 Mill., Baumwollwaaren mit 69,9 Mill., Uhren mit 58,0 Mill., Nahrungsmittel mit 64,9 Mill. M.

Italiens Einfuhr betrug 953,7 Mill. M. (9,3 Mill. mehr als im Jahre 1896) und die Ausfuhr 874,1 Mill. (32,4 Mill. mehr als im Jahre vorher).

Spanien führte im vergangenen Jahre für 634,6 Mill. M. Waaren ein (43,4 Mill. mehr als im Jahre 1896); ausgeführt wurden Waaren im Werthe von 739,9 Mill. M. (26,0 Mill. mehr als im Jahre vorher).

Der Geschäftsgang im Kohlenbergbau bewegt sich immer noch in steigender Richtung. Ein Beispiel dafür. Die Bergwerks-Gesellschaft „Hibernia" in Herne hatte in den Monaten Januar und Februar der Jahre 1896, 1897 und 1898 Brutto-Ueberschuß:

	1898	1897	1896
Januar	495 873	411 572	383 139 M.
Februar	455 525	426 932	314 295 „

Der Geschäftsgang im Kohlenbergbau ist also nach wie vor ausgezeichnet. Umsomehr hat die Regierung die Pflicht, darauf zu sehen, daß die zum Schutze der Bergleute nöthige Verbesserung der Sicherheitsvorkehrungen in den Gruben nicht aus Rücksicht auf den Kostenpunkt unterlassen wird.

Ueber die städtische Bevölkerung Rußlands enthält die neuerdings erschienene Publikation des Zentralen Statistischen Komitee's Daten, die bedeutend vollständiger und richtiger sind, als die im April d. J. von der Kommission für Berufszählung veröffentlichten. Danach sind die 919 Städte des russischen Reiches von 16 289 181 Personen bevölkert; die städtische Bevölkerung beträgt 12,8 pCt. der 126 411 736 zählenden Gesammtbevölkerung Rußlands. Davon kommen auf die Städte der 50 Gouvernements des europäischen Rußlands 11 880 546, das sind 12,5 pCt. der Gesammtbevölkerung desselben, auf die Städte Polens 2 059 340 (21,7 pCt. von dessen Gesammtbevölkerung), auf die Städte Sibiriens 462 182 (8 pCt. der Gesammtbevölkerung desselben). Der durchschnittliche Prozentsatz des Verhältnisses der städtischen Bevölkerung zur Gesammtbevölkerung wird in 25 Gouvernements überschritten, darunter erheblich in den fünf folgenden: im Gouvernement Petersburg beträgt die städtische Bevölkerung 66 pCt., im Gouvernement **Moskau 45 pCt.**, Warschau 40, Liefland 29 und Cherson 28 pCt. der Gesammtbevölkerung. Seit dem Jahre 1865 ist die Bevölkerung der fünfzig Gouvernements des europäischen Rußlands gestiegen um 15,2 pCt., darunter die ländliche um 14 und die städtische um 18,7 pCt. In einigen Gouvernements ist jedoch eine sehr bedeutende Zunahme der städtischen Bevölkerung zu verzeichnen und zwar sind unter diesen zwei Kategorien zu unterscheiden. In den Gouvernements, wo sich die bedeutendsten städtischen Zentren Rußlands befinden, haben wir es mit einem rapiden Wachsthum dieser alten Zentren zu thun. Hierher gehören die Gouvernements Cherson (mit der Stadt Odessa), wo die städtische Bevölkerung um 74, Liefland (mit Riga), wo sie um 60, Kiew um 44, Petersburg um 43, Moskau um 34 pCt. angewachsen ist. Zu der anderen Kategorie gehören die Gouvernements Rjäsan mit einem Wachsthum der städtischen Bevölkerung um 80, Warschau mit einem Wachsthum derselben um 50, Kurland um 38, Tula um 35, Wladimir, Perm und Tambow um je 31 pCt.

Gerichts-Zeitung.

Eigenthümliche Zustände scheinen auf dem Amtsbureau zu Rummelsburg zu herrschen, wie in einer umfangreichen Verhandlung zur Sprache kam, welche gestern vor der 7. Strafkammer des Landgerichts I stattfand. Der Gastwirth Joseph Plichta zu Rummelsburg hatte im Jahre 1896 eine Restauration gemiethet, für welche seine Ehefrau dann um die Konzession eingekommen war. Während diese Angelegenheit noch schwebte, ereignete sich zwischen den Plichta'schen Eheleuten ein erheblicher Streit. Plichta war eines Abends in angetrunkenem Zustande nach Hause gekommen. Es kam dieserhalb zu einem bösen Auftritt; Plichta versetzte seiner Ehefrau eine heftige Ohrfeige und zertrümmerte in seiner Wuth mehrere Gegenstände. Der Hausdiener fand sich veranlaßt, nach dem Amtsbureau zu laufen, um polizeiliche Hilfe zu holen. Unterwegs traf er den Gendarm Quast, den er bat mitzukommen, um Ruhe zu stiften. Der Beamte weigerte sich mit dem Bemerken, daß er sich in Privatverhältnisse nicht einmengen könne. Der Hausdiener ging darauf wieder nach Hause, wo bereits die Ruhe wieder eingetreten war. Zwei Tage später beauftragte der Amtsvorsteher Schlicht den Gendarmen Quast, über die Vorfälle im Plichta'schen Lokale Bericht zu erstatten, es sei ein solcher doch wichtig für die Entscheidung der schwebenden Konzessionsfrage. Quast zog hierüber bei dem Plichta'schen Hausdiener sowie bei einer in demselben Hause wohnenden Frau Erkundigungen ein und verfaßte auf grund derselben einen Bericht. Es hieß darin, daß derartige Auftritte zwischen den Plichta'schen Eheleuten häufig vorkämen. Mit bezug auf die Ehefrau Plichta hieß es, daß sie sich um die Bedienung der anständigen Gäste nicht kümmere, sondern mit ihren Bekannten an einem Tisch zu sitzen pflege, mit ihnen würfle und Bier und Schnaps mit ihnen trinke. Dieser Bericht wurde vom Amtsvorsteher an den Kreis-Ausschuß gesandt, der darauf das Konzessionsgesuch der Frau Plichta abschläglich beschied. Die Folge war, daß das Plichta'sche Lokal polizeilich geschlossen und erst wieder nach 2 Monaten geöffnet wurde, nachdem der Bezirksausschuß zu Potsdam die Konzession ertheilt hatte. Plichta war durch diese Geschichte arg in seinem Erwerb geschädigt worden. Er hielt das gegen ihn angewandte Verfahren um so rigoroser, da der Amtssekretär Klenow selbst das Konzessionsgesuch verfaßt und sich dafür 30 Mark hatte zahlen lassen. Er glaubte Grund zu der Annahme zu haben, daß Klenow der Urheber der ihm gewordenen Verdrießlichkeiten gewesen, und er wurde hierin von dem auf dem Amt beschäftigten Schreiber Dannenberg bestärkt, welcher ihm sogar eine Abschrift von dem Quast'schen Bericht vorlegte. Plichta richtete darauf eine Beschwerde an den Landrath, worin er behauptete, daß Quast nur das Werkzeug in der Hand Klenow's sei, der demselben den Bericht in die Feder diktirt habe. Er und seine Ehefrau seien in dem Bericht arg verleumdet worden, Quast habe denselben wider besseres Wissen verfaßt. Hierauf erfolgte gegen Plichta Anzeige wegen wissentlich falscher Anschuldigung. Im gestrigen Termine bekundete der Gendarm Quast, daß Klenow seinen Bericht nicht im geringsten beeinflußt habe. Er habe das Schriftstück zu Hause verfaßt und besonders darin bemerkt, daß er nur das wiedergegeben habe, was ihm von den beiden genannten Personen berichtet worden sei. Dies wurde durch die Zeugen bestätigt.

Der Staatsanwalt hielt das Verschulden des Angeklagten für so strafbar, daß er gegen ihn 6 Monate Gefängniß beantragte, während der Vertheidiger, Rechtsanwalt Steiner, für Freisprechung plädirte, da der Angeklagte sich im guten Glauben befunden habe.

Der Gerichtshof erkannte auf sechs Wochen Gefängniß und Publikation des Urtheils in einer hiesigen Zeitung.

Das Kammergericht und der Kampf des Amtsvorstehers von Zehlendorf gegen den Gastwirth Dohrmann. Die Anwendbarkeit der für den Regierungsbezirk Potsdam erlassenen Polizeiverordnung vom 15. November 1889 stand in einem Strafverfahren in Frage, das gegen den Gastwirth Dohrmann in Zehlendorf eingeleitet worden war. Man machte ihm zum Vorwurf, daß er einen Raum seines Lokals zu einer Versammlung habe benutzen lassen, obwohl er den in der erwähnten Verordnung an Versammlungsräume gestellten Anforderungen nicht entsprochen habe. Nachdem Schöffengericht und Landgericht den Angeschuldigten freigesprochen hatten, legte die Staatsanwaltschaft die Revision ein, das Kammergericht sprach aber Dohrmann ebenfalls frei. Es führte zur Begründung aus, die Regierungs-Polizeiverordnung vom 15. November 1889 sei nur bei An- und Umbauten und bei der Herstellung von Versammlungsräumen anzuwenden, nicht aber bei der Benutzung von Versammlungsräumen.

Der große Bandendiebstahls-Prozeß, welcher vor etwa 2 Jahren gegen Seibt und Genossen stattfand, erfuhr gestern ein Nachspiel vor der siebenten Strafkammer des Landgerichts I. Die damaligen Angeklagten wurden zu hohen Zuchthausstrafen verurtheilt, einer derselben, der Zimmermann Johann Pusch, wurde aber freigesprochen, da das Belastungsmaterial gegen ihn nicht ausreichte und seine Mitangeklagten die Theilnahme des Pusch in Abrede stellten. Die Verurtheilten verbüßen zur Zeit ihre Strafen, Seibt ist bereits im Zuchthause verstorben. Da lief im Dezember vorigen Jahres eine Anzeige bei der Staatsanwaltschaft ein, daß Pusch zu unrecht freigesprochen worden sei. Derselbe habe sich ebenso gut an den Einbrüchen betheiligt, wie die übrigen Verurtheilten. Die Anzeige ging von der Ehefrau des ebenfalls verurtheilten „Arbeiters" Stürmer aus, welcher behauptete, daß Pusch den Diebstahl bei dem Zimmermeister Tetzlaff ausgekundschaftet und bei der Ausführung auch Wache gestanden habe. Damals fiel den Dieben reiche Beute in die Hände. Pusch habe einen entsprechenden Theil von der Beute erhalten. Auch bei anderen Einbrüchen, z. B. beim Major v. Ziethen in Charlottenburg, sei Pusch betheiligt gewesen. Die Verurtheilten erfuhren im Zuchthause, daß Pusch sich für die in betreff seiner Person beobachtete Verschwiegenheit keineswegs dankbar gezeigt habe, indem er sich weigerte, die Angehörigen der Verurtheilten zu unterstützen. Pusch wurde auf grund dieser Anzeige verhaftet. Zum gestrigen Termine waren drei Zeugen aus dem Zuchthause in Brandenburg vorgeführt worden. Diesmal belasteten dieselben ihren früheren Komplizen Pusch, welcher beim Zimmermeister Tetzlaff in der Lehre gewesen war und bei den Eheleuten Stürmer in Schlafstelle gelegen hatte. Er habe sie darauf aufmerksam gemacht, daß bei Tetzlaff etwas zu holen sei, er habe seine Komplizen dorthin geführt und ihnen die örtlichen Verhältnisse beschrieben. Beim Major v. Ziethen sei die Schwester des Pusch in Diensten gewesen. Diesen Diebstahl hätten Seibt und Pusch gemeinsam ausgeführt.

Der Angeklagte bestritt mit Entschiedenheit seine Schuld, er behauptete, daß sämmtliche Bezichtigungen der Belastungszeugen erfunden seien. In einigen Punkten widersprachen sich auch die Zeugen und daraus schloß der Staatsanwalt, daß auch auf die übrigen Belastungszeugen nichts zu geben sei. Nur in einem Falle, in welchem Pusch ein Gewehr von einem der Einbrecher für einen billigen Preis an sich gebracht, sei er wegen Hehlerei zu verurtheilen. Der Staatsanwalt beantragte dieserhalb 3 Monate Gefängniß. Der Vertheidiger, Rechtsanwalt Dr. Schwindt, plädirte für völlige Freisprechung des Angeklagten, der ein Opfer des Neids und der Rachsucht hatte werden sollen. Der Gerichtshof verurtheilte den Angeklagten nur wegen Hehlerei zu einem Monat Gefängniß.

Der Maler Max Liebermann hatte die Absicht, im dritten Stockwerk seines Hauses am Pariser Platz ein Atelier herzustellen. Der Polizeipräsident verweigerte aber dem Künstler die erforderliche Genehmigung, weil das Glasdach des Ateliers die Umgebung des Brandenburger Thores verunstalten würde, was die Polizeibehörde auf grund der Bestimmung des § 66 Theil I Titel 8 des Allgemeinen Landrechts verbieten könne. Nachdem der Oberpräsident die Beschwerde des Künstlers abgewiesen hatte, verklagte dieser den Oberpräsidenten beim Ober-Verwaltungsgericht. Nachdem das Ober-Verwaltungsgericht im ersten Termin Vertagung beschlossen hat, hat es nunmehr nach dem Antrag des Klägers Liebermann erkannt. Es erklärte, daß der geplante Aufbau nicht als grobe Verunstaltung des Pariser Platzes anzusehen sei. Nur bei groben Verunstaltungen von Straßen und Plätzen könne die Polizei die Baugenehmigung versagen; Bauästhetik dürfe nicht von der Polizei getrieben werden. Die Durchführung des beregten Bauplanes werde keineswegs so schlecht wirken wie andere schon vollendete Bauten am Pariser Platz, z. B. die Braudmauer neben der französischen Botschaft.

In dem Prozeß des Oberförsters Lange gegen den Fürsten Bismarck hat Fürst Bismarck den „Alt. Nachr." zufolge seinem Rechtsbeistand, Rechtsanwalt Dücker, erklärt, daß er den ihm zugeschobenen Eid leisten wolle. Sobald dies geschehen ist, wird Oberförster Lange mit seiner Klage kostenpflichtig abgewiesen werden.

Wegen Sittlichkeitsverbrechen verurtheilte die vierte Strafkammer den Schuhmachermeister v. Makowski zu einem Jahr und sechs Monaten Zuchthaus. Der Lüstling hat sich zu wiederholten Malen an einem kleinen Mädchen versündigt, welche als Zeitungsausträgerin ihm täglich seine Zeitung überbrachte.

Der Schriftsteller Fritz Brentano ist gestern ohne Bürgschaft aus der Untersuchungshaft entlassen worden. Die gegen ihn erhobene Anklage scheint hiernach einen festen Untergrund nicht zu haben. Auch der „prinzlich reuß'sche Kameraldirektor" Paul Schwengers ist aus der Untersuchungshaft entlassen worden. Seine Freilassung gegen Stellung einer Bürgschaft von 5000 M. war schon vor einiger Zeit genehmigt worden, doch konnte die Bürgschaftssumme erst jetzt gestellt werden.

Ein besonderes Schwindelgenie entfaltet der Schlosser Karl Kaufmann, der wegen Betruges vor der 4. Strafkammer des Landgerichts I stand. Er ist schon einmal bestraft worden, weil er Leuten, die Rentenansprüche an die Alters- und Invaliden-Versicherungsanstalt geltend machen wollten, allerlei vorgeschwindelt und ihnen Geld abgenommen hatte. Dasselbe Manöver hatte er dem Invaliden Matulla gegenüber ausgeführt, der von außerhalb hierher gekommen war und die Bekanntschaft des Angeklagten gemacht hatte. Letzterer redete dem Invaliden vor, daß er ein ärztliches Attest haben müsse und erbot sich, ein solches gegen Zahlung von 6 M. sofort zu besorgen. Das Stück Papier, welches er dem M. dann als angebliches Attest übergab, erwies sich als werthloses Schmierakulum. Der Schwindler wurde zu einem Jahr Gefängniß verurtheilt.

Der Köpnicker Bankkrach aus dem Jahre 1892/93, der so viele Menschen unglücklich gemacht hat, endete gestern doch mit einer Verurtheilung des früheren Bankdirektors, Kaufmann Karl Gottfried Iben. Dieser war anfänglich angeklagt wegen Unterschlagungen, die an 400 000 M. reichten, ferner wegen Untreue, wegen wissentlicher Aufstellung falscher Bilanzen u. s. w., doch gelang es ihm durch gewandtes Abschieben aller Verschuldungen auf die Schultern dritter Personen, in allen Fällen seine Freisprechung zu erwirken. Schließlich mußte die Bank liquidiren. Der Liquidator fand nun in den von Iben geführten Büchern eine Eintragung, nach welcher auf ein Sparkassenbuch des Rechtsanwalts Preuß 400 M. zurückgezahlt worden seien. Bei einer Vergleichung des eingeforderten Buches mit der Eintragung stellte sich heraus, daß letztere falsch war und auch diese 400 M. unterschlagen waren. Es wurde eine neue Anklage erhoben und nun wurde Iben vom Schöffengericht in Köpenick zu einem Monat Gefängniß verurtheilt. Er legte Berufung ein und versuchte in der zweiten Instanz wieder die gewagtesten Ausflüchte. Nach mehrfacher Vertagung der Sache gelangte die vierte Strafkammer des Landgerichts II gestern zu der Ueberzeugung, daß an der Schuld des Angeklagten nicht zu rütteln sei und bei der Größe des Vertrauensbruches könne an eine Herabsetzung der Strafe garnicht gedacht werden.

Herr Oberbürgermeister Zelle beabsichtigt, wie der Presse mitgetheilt wird, die beiden Vorstandsmitglieder des Verbandes deutscher Militäranwärter wegen Beleidigung zu verklagen, da sie in einer an den Oberpräsidenten gerichteten Beschwerde den Magistrat der Verletzung des Gesetzes von 1892, betreffend Anstellung der Militäranwärter im Kommunaldienste beschuldigen, und hierbei behauptet haben, der Magistrat biete den Militäranwärtern Steine anstatt Brot. Die Beschuldigten wollen den Beweis der Wahrheit erbringen. Im wesentlichen handelt es sich darum, daß der Magistrat angeblich die den Militäranwärtern zukommenden Stellen der Sekretäre, Kanzlisten und Hilfsdiener rechtswidrig mit Zivilanwärtern besetzt haben soll.

Versammlungen.

Deutscher Holzarbeiterverband. Die Bürsten- und Pinselmacher hielten am 20. März eine Branchenversammlung ab, in der über die Wiederaufnahme der Vertrauensmännersitzungen debattirt wurde. Diese sollen von der Kommission nach Bedarf einberufen werden. Nach langer Debatte wurde sodann eine Resolution angenommen, in der sich die Versammlung gegen den von der Regierung zur Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Verhütung der Milzbrandvergiftung, hinzugezogenen Berufsgenossen Namens Glabe ausspricht.

Der Zentralverband deutscher Brauer und verwandter Berufsgenossen, Zweigverein Provinz Brandenburg, besprach in seiner Monatsversammlung vom 20. März die bis jetzt veröffentlichten Anträge zum Delegirtentage. Sämmtliche Redner vertraten den Standpunkt, daß den eingegangenen Anträgen auf Herabsetzung der Beiträge unter keinen Umständen von dem in Berlin gewählten Delegirten zugestimmt werden darf; ebenso hielten sie die Einführung verschiedener Zahlungsstufen prinzipiell wie taktisch nicht für richtig, da für die zugestandenermaßen noch so elend entlohnten Brauereiarbeiter, namentlich in Thüringen, Sachsen und einem großen Theil von Bayern und hier speziell Kulmbach, wo Löhne von 8—15 M. wöchentlich die Regel bilden, die Einheit der Beiträge gegenüber der den so ungeheuer verschiedenen Löhnen in der Brauindustrie das treibende Moment sein muß und wird, das auch sie fortgesetzt anspornt, für Verbesserung ihrer Lage mit Hilfe ihrer Organisation thätig zu sein. Und da hierzu auch wiederum Geld gehört, ist es nur logisch richtig, die Beiträge zu erhöhen, anstatt zu erniedrigen. Die von Berlin vorgeschlagene Erhöhung der Beiträge auf 1,10 M. monatlich würde vorläufig diesen und auch den Ansprüchen genügen, die durch die ebenfalls beantragte Erhöhung der Arbeitslosen-Unterstützung auf das Doppelte, an die Kasse gestellt werden. Die Versammlung sprach ferner ihre Zustimmung zu der von verschiedenen Zahlstellen und Zweigvereinen beantragten Einführung einer Kranken-Zuschußkasse aus und unterstützte dieses Verlangen durch einen diesbezüglichen Antrag. Ein Antrag der Zahlstelle Zwickau, zur Verschmelzung des Brauerverbandes mit dem Böttcherverband Schritte zu thun, wurde gutgeheißen, jedoch war man der Ansicht, daß auf seiten der Böttcher gegenwärtig der Wille hierzu noch nicht genügend zum Durchbruch gekommen sei, obwohl die Stimmung zur Verschmelzung in den Kreisen der Böttcher immer mehr an Boden gewinne. Zur Wahl eines neuen Verbandsvorsitzenden, welches Amt der bisherige Vorsitzende, Kollege Wiehle, aus Gesundheitsrücksichten nicht mehr anzunehmen gewillt ist, wurde bemerkt, daß als Sitz des Verbandsvorstandes vor allen Dingen an Hannover, als die geeignetste Stadt hierzu, festgehalten werden soll. — Unter Verschiedenem erstattete Noroschal die Abrechnung vom Stiftungsfest am ersten Januar, dieselbe ergab einen Ueberschuß von 53,80 M. — Zum Schluß ehrte die Versammlung das eben bekannt gewordene Ableben des Böttchers Clardt, welcher mehrere Jahre in der kombinirten Agitationskommission nach besten Kräften thätig gewesen war.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Kiel, 25. März. (W. T. B.) Die Fluth hat hier großen Schaden angerichtet. Die Hafenanlagen haben sehr gelitten, zahlreiche Wohnungen stehen unter Wasser. Der Nordoststurm hat den Tag über etwas nachgelassen, abends aber wieder eingesetzt. Das Hochwasser ist um einen Fuß gesunken, sodaß es noch 7 Fuß über Tageshöhe steht. Von See werden bereits Havarien gemeldet.

Essen a. d. Ruhr, 25. März. (W. T. B.) Der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung" wird gemeldet: Der mit zwei Lokomotiven bespannte Eilzug Nr. 1304 fuhr heute Nacht 1 Uhr auf Bahnhof Oelde bei der Kreuzungs-Weiche Nr. 2 auf den ausfahrenden Güterzug Nr. 601. Für den Güterzug war richtig das Ausfahrtssignal gegeben, für den Eilzug am Bahnhofsabschlußmast das Signal „Halt", was vom Lokomotivführer des Eilzuges nicht beachtet wurde. Vom Zugpersonal ist ein Bremser des Güterzuges und der führende Lokomotivführer des Eilzuges anscheinend leicht verletzt. Beide Lokomotiven des Eilzuges, sowie 7 Wagen des Güterzuges sind erheblich beschädigt. Beide Geleise sind voraussichtlich bis 2 Uhr Nachmittag gesperrt. Der Betrieb ist erheblich gestört und wird vorläufig theils durch Umleiten der Züge, theils durch Umsteigen aufrechterhalten.

Nürnberg, 25. März. (W. H.) In der Bleichstraße hierselbst erfolgte heute Vormittag ein durch Kanalisationsarbeiten verursachter Bergrutsch. Fünf Arbeiter wurden dabei verschüttet, es gelang aber der zur Hilfe gerufenen Sanitätsmannschaft nach dreistündiger Thätigkeit, die Verschütteten sämmtlich lebend zu befreien. Drei derselben haben schwere Verletzungen erlitten.

Paris, 24. März. (W. T. B.) General du Barail stürzte heute im Bois de Boulogne so unglücklich mit dem Pferde, daß er sich schwere Verletzungen zuzog.

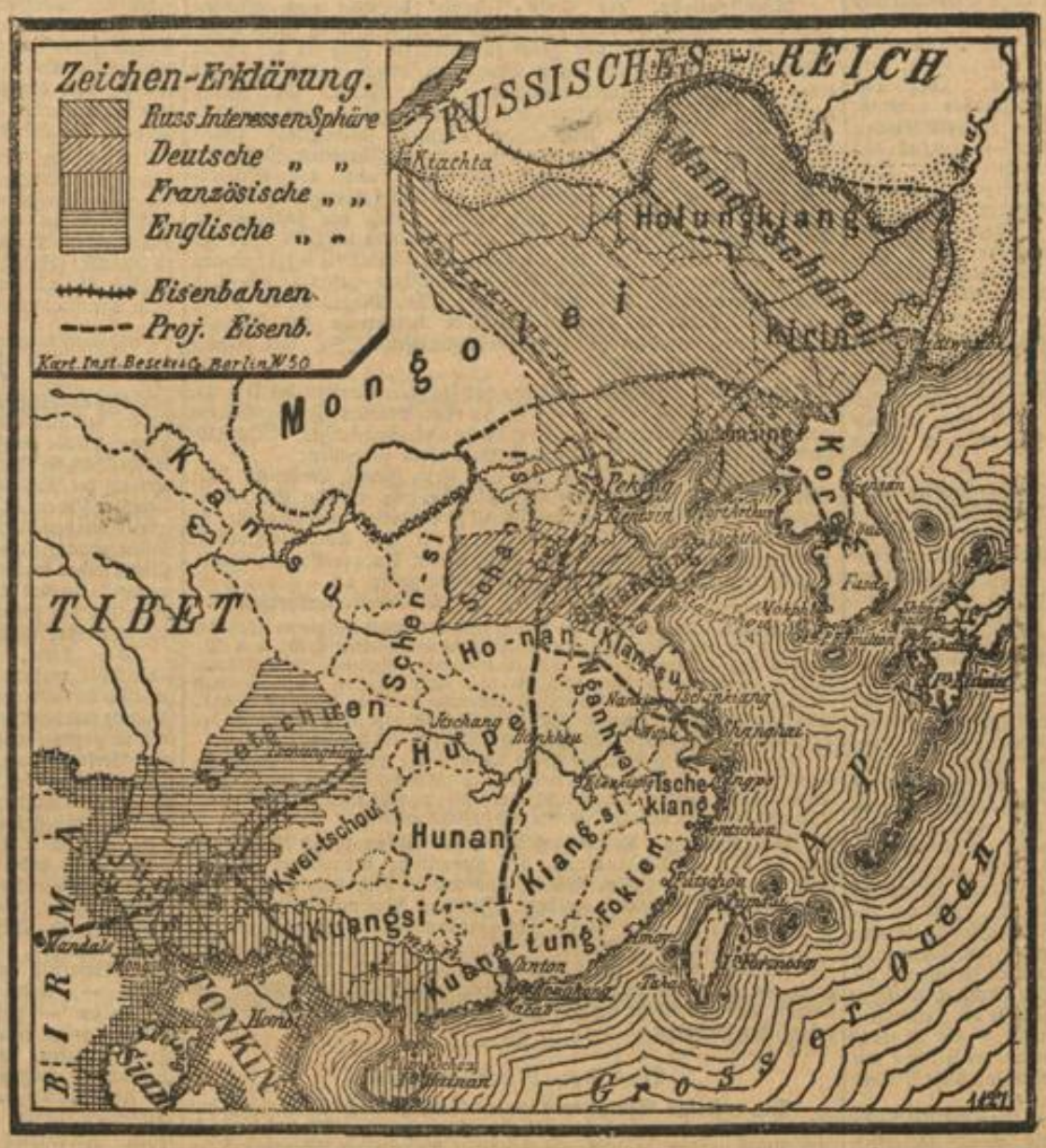
Lüttich, 25 März. (W. H.) Heute früh ist in dem Grubenbergwerk von „Hasard" in Micheroux bei Lüttich eine Explosion schlagender Wetter erfolgt. Hervorgerufen wurde die Katastrophe durch die Unachtsamkeit eines Arbeiters bei Sprengungsversuchen. 20 Personen sind schrecklich verbrannt, 2 davon bereits gestorben.

Washington, 25. März. (W. T. B.) Commodore Schley erhielt den Befehl, das Kommando über das fliegende Geschwader in Hampton zu übernehmen, und geht auf dem „Brooklyn" als Flaggschiff in See.

Washington, 25. März. (Meldung des „Reuterschen Bureaus".) Die Kommission zur Untersuchung des „Maine"-Unfalls erklärt, daß die Explosion von außen erfolgt sei, stellt aber nicht fest, wen die Verantwortlichkeit treffe, und spricht sich nicht über den Charakter der Explosion aus, durch Zeugen sei jedoch dargelegt, daß die Explosion durch eine unterseeische Mine verursacht sei.

Verantwortlicher Redakteur: **August Jacoby** in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin. **Hierzu 2 Beilagen.**

Die europäischen Mächte in China.



Die europäischen Mächte sind im Begriff, das große China dem Handel und Verkehr zu erschließen. Dabei können Kollisionen der betheiligten Staaten nicht ausbleiben und es läßt sich nicht genau absehen, wie groß der Antheil jedes einzelnen derselben sein wird. Immerhin sind die Gebiete annähernd zu bezeichnen, auf welche sich vorläufig der Einfluß der verschiedenen Mächte auszudehnen sucht.

Die beistehende Karte, welche das gesammte chinesische Reich darstellt, zeigt anschaulich, in welchen Theilen China's die verschiedenen Mächte sich eine besondere Interessensphäre zu schaffen bestrebt sind.

Im Norden hat sich seit langer Zeit Rußland einen überwiegenden Einfluß auf China gesichert und in den letzten drei Jahren besonders große Fortschritte zur wirthschaftlichen Erschließung des Reiches der Mitte gemacht. Wir nennen nur die Ertheilung verschiedener Bahnkonzessionen in der Mandschurei und den südlich davon gelegenen Provinzen und die jetzt bewilligte Verpachtung Port Arthurs und der Talienwan Bay seitens der chinesischen Regierung an die Russen. Unsere Leser finden die projektirten, zum theil schon im Bau begriffenen Eisenbahnlinien in der Karte angegeben. Demnach würde als russische Interessensphäre zu betrachten sein: 1. Die Mandschurei, zu welcher die beiden Provinzen Ho-lung-kiang und Kirin gehören. 2. Die Provinz Schön-king mit der vielumworbenen Liau-tung Halbinsel, auf der Port Arthur und Talienwan liegt. 3. Der nördliche Theil der Provinz Tschili. 4. Der nördliche Theil der Provinz Shansi. 5. Der östliche Theil der Mongolei, durch welchen die große Karawanenstraße von Peking nach Kiachta führt, längs welcher sich schon seit Jahren feste russische Militärposten befinden.

Deutschland wird nach der Besitzergreifung der Bucht von Kiaotschau, und nachdem es die Konzession zum Eisenbahnbau innerhalb der Provinz Shantung nach Tsinan und nach Itchou, sowie zum Bau der Anschlußbahn Tsinan-Tschau (in der Provinz Tschili gelegen) an die große projektirte Nordsüdbahn Peking-Hankau erhalten hat, versuchen, folgende Gebiete unter seinen Einfluß zu bringen: 1. Die Provinz Shantung. 2. Den südlichen Theil der Provinz Tschili. 3. Den nördlichen Theil der Provinz Honan. 4. Gewissermaßen als Hinterland den südlichen Theil der Provinz Shansi mit reichen Kohlen- und Erzlagern.

Frankreich wünscht die südlichen, Tonking benachbarten Provinzen China's seinem Einfluß zu unterwerfen. Es betrachtet, nachdem es thatsächlich bereits, wenn auch noch nicht offiziell von der Insel Hainan und der diesem Eiland gegenüberliegenden Halbinsel Leichou Besitz ergriffen, und nachdem es sich schon seit langer Zeit um die Konzession zum Bau von Eisenbahnen in den Provinzen Kuangsi und Jünnan beworben hat, als zu seiner Interessensphäre gehörig: 1. den westlichen Theil der Provinz Kuangtung einschließlich der Halbinsel Leichou und der zu dieser Provinz gehörigen Insel Hainan, 2. den südlichsten Theil der Provinz Kuangsi, und 3. den größeren östlichen Theil der Provinz Jünnan.

Bezüglich der Provinzen Kuangsi und Jünnan erhebt aber auch England Ansprüche. Es begründet dieselben damit, daß die Eröffnung des die Provinz Jünnan durchfließenden West River und die Erklärung der an einem Nebenfluß dieses Stromes gelegenen Stadt Naning als Vertragshafen auf seinen Antrag hin geschehen sei, und es bereits vor Jahresfrist von China die Erlaubniß erhalten habe, in den drei Städten Mounein, Schunning und Szemao der Provinz Jünnan Konsulate zu errichten; auch habe gleichzeitig die chinesische Regierung erklärt, daß in den genannten Städten britische Unterthanen nach denselben Bedingungen, die für Vertragshäfen Giltigkeit haben, leben und Handel treiben dürften.

Englands weiteres Ziel geht offenbar dahin, eine Verbindung Hongkong's mit seinen Besitzungen in Indien möglichst nahe der nördlichen Grenze Tonking's herzustellen, um so einer Ausbreitung des französischen Einflusses im Süden China's besser entgegenarbeiten zu können. So würde als sichere Sphäre der englischen Interessen anzusehen sein: 1. Der kleinere westliche Theil der Provinz Jünnan, und 2. Der größere westliche Theil der Provinz Szechuan. Die übrigen Theile dieser Provinzen sind noch als strittig anzusehen.

Ferner rechnet aber England auch auf Erhaltung seiner Vormacht durch das ganze Jangtsekiangthal stromaufwärts bis Tchunking, mit den anliegenden Provinzen Nganhwei, Kiangsi, Hupe, Hunan. Unentschieden bleibt das Geschick folgender Gebietstheile: 1. Die Küstenprovinzen Kiangsu, Tschekiang, Fokien und des östlichen Theils der Provinz Kuangtung. 2. Die beiden Provinzen Kwei-tschou südlich, und Shensi nördlich vom Jangtsekiang gelegen, 3. Der größere nördliche Theil der Provinz Kuangsi, 4. Das Gebiet um die Hauptstadt Peking, und 5. Die Mongolei.

In unserer Karte sind die Interessensphären der verschiedenen Nationen durch besondere Signatur (siehe die Zeichenerklärung) kenntlich gemacht. Diejenigen Gebiete, welche nach den obigen Ausführungen noch nicht als dem Einfluß einer besonderen Macht unterworfen gelten können, sind weiß gelassen.

Kommunales.

Der Etatsausschuß der Stadtverordneten-Versammlung hat in seiner heutigen Sitzung seine Vorberathungen zur Feststellung des Stadthaushalts-Etats für 1898/99 beendet und beschlossen, der Versammlung zu empfehlen, die zu erhebenden Steuersätze für die Gemeinde-Einkommensteuer auf **100 pCt. des Normalsolls**, für die Gemeinde-Grundsteuer auf **5,8** des Nutzungswerthes der steuerpflichtigen Grundstücke (das sind 150 pCt. des Normalsolls) und für die Gewerbesteuer auf **150 pCt. des Normalsolls** festzusetzen.

Lokales.

Achtung! Zweiter Wahlkreis. Die Parteigenossen machen wir darauf aufmerksam, daß am Dienstag, den 29. März, abends pünktlich 8½ Uhr, in Bickel's Lokal, Hasenhaide 52/53, eine vom Wahlverein einberufene Versammlung stattfindet. In derselben wird der Genosse Rechtsanwalt Wolfgang Heine referiren. Gäste sind willkommen. Zahlreichen Besuch erwartet der unterzeichnete Vorstand. Mitglieder werden daselbst in der Versammlung, sowie in folgenden Zahlstellen aufgenommen: Karl Schonheim, Gräfestr. 8; Paul Müller, Gräfestr. 31; Ferdinand Ewald, Schönleinstr. 6; Julius Naumann, Blücherstr. 42; E. Lindemann, Moritzstr. 9; Hans Saß, Markgrafenstr. 102; Fritz Zubeil, Lindenstr. 106; Karl Lüdke, Zossenerstr. 8; Franz Kitzing, Belle-Alliancestr. 74; Hermann Werner, Bülowstr. 59; Otto Antrick, Steinmetzstr. 60; Aug. Faller, Pallasstr. 16; Heinrich Schröder, Kreuzbergstr. 15; Emil Große, Zossenerstr. 1.

Gleichzeitig den Parteigenossen zur Nachricht, daß am Freitag, den 8. April (Charfreitag), eine Herrenpartie nach den Müggelbergen stattfindet. Treffpunkt morgens 8 Uhr auf dem Görlitzer Bahnhof, für Nachzügler bis 10½ Uhr in Grünau bei G. Lindenhayn, Friedrichstr. 1/2.

Am Montag, den 11. April (zweiten Osterfeiertag), finden in Bickel's Lokal, Hasenhaide 52/53, und Zühlke's Lokal, Dennewitzstraße, Matineen statt, zu welchen die Parteigenossen schon jetzt aus den oben genannten Zahlstellen Billets nebst Programme entnehmen wollen. Der Eintrittspreis ist auf 20 Pf. festgesetzt.

Der Vorstand.

Ein Märzgefallener. Der Oberbürgermeister Zelle ist amtsmüde. In der gestrigen Magistratssitzung hat er dem Kollegium mitgetheilt, daß er sich entschlossen habe, in Rücksicht auf sein vorgerücktes Alter mit dem 1. Oktober d. J. in Ruhestand zu treten. Gewiß wird dieser Umstand von Einfluß auf die Entscheidung des Herrn Zelle sein, aber wir glauben doch, daß auch andere Gründe zu dem Entschluß mitgewirkt haben. In den letzten Jahren ist es wiederholt vorgekommen, daß der Magistrat in Differenzen mit der Stadtverordneten-Versammlung gerathen ist, die unausgeglichen geblieben sind.

Hierzu kommt die eigenthümliche Stellung, die Herr Zelle in der Hilfsarbeiterfrage einnimmt, die zu wiederholten Malen Gegenstand richterlicher Entscheidung geworden und fast stets zur Verurtheilung des Magistrats geführt hat. Auch hierin befand sich Herr Zelle nicht in Uebereinstimmung mit der Stadtverordneten-Versammlung. Vor allem aber wird der Verlauf der Angelegenheit des Märzdenkmals den Entschluß des Herrn Zelle gefestigt haben. Es wird dem Oberbürgermeister schließlich doch wohl peinlich geworden sein, der Schwesterbehörde gegenüber als Oberpräsidial-Exekutor, in einer Sache auftreten zu müssen, in der die übergroße Majorität der Bürgerschaft den Standpunkt der Versammlung theilt. Schon die Weigerung des Magistrats, den Denkstein zu errichten, erregte bei der Majorität der Stadtverordneten sehr starke Mißbilligung, wie überhaupt die Haltung des Magistrats nach oben in vielen Fällen nicht den Intentionen der Stadtverordneten-Versammlung entsprach. Herr Zelle, der Chef des Magistrats und somit der erste Bürger Berlins charakterisirte seine Auffassung von der Würde und dem Selbstbewußtsein des Bürgerthums am schlagendsten wohl dadurch, daß er bei seinen Gängen zu Hofe den Bürgerrock mit den Escarpins und Wadenstrümpfen vertauschte. Auch die Vorgänge bei der Regelung der Lehrergehälter mögen Herrn Zelle unbequem geworden sein; kurz wir glauben, daß eine Summe von Vorgängen dem Herrn Oberbürgermeister Unbehaglichkeiten bereitet, und zur Abdankung veranlaßt haben. Unserem Geschmack hätte es zwar mehr entsprochen, Herr Zelle würde gelegentlich der ministeriellen Einwirkung auf die Denkmalsentscheidung im Magistrat lieber seinen Abschied genommen haben, als sich zu fügen — indeß de gustibus non est disputandum —. Daß die Vorgänge der Märztage einen nicht unbedeutenden Antheil an dem Zelle'schen Entschluß haben, ist nach unserer Ansicht sicher, und so dürfen wir wohl, wenn wir später einmal von Herrn Zelle sprechen, die Worte hinzusetzen: „Auch ein Märzgefallener". —

Gegen die Steuer-Veranlagung wird alljährlich eine große Zahl von Berufungen eingelegt. Im Rechnungsjahr 1896/97 wurden z. B. gegen die Veranlagung zur Staats- und Gemeinde-Einkommensteuer angemeldet: von den Veranlagten 42 225 Berufungen, von den Vorsitzenden der Veranlagungs-Kommissionen 102 Berufungen. 41 243 davon wurden noch im Laufe des Jahres erledigt, und zwar wurden 34 816 berücksichtigt und 6427 abgewiesen. Von je 100 erledigten Berufungen mußten berücksichtigt werden: 86 bei den Einkommen von 660 bis 900 M., 85 bei 900—3000 M., 73 bei über 3000 M. Der letzte Bericht der städtischen Steuerdeputation hebt hervor, daß die Erhöhung der Zahl der Steuerpflichtigen nicht blos durch die regelmäßige Bevölkerungszunahme, sondern auch durch die „gründlichere Prüfung der Einkommensverhältnisse" herbeigeführt worden sei. Die oben mitgetheilten Zahlen zeigen, daß die Prüfung häufig zu „gründlich" ist. Am „gründlichsten" scheint sie gerade bei den kleinsten Steuerzahlern zu sein; denn bei diesen müssen verhältnißmäßig am häufigsten im Berufungsverfahren nachträgliche Herabsetzungen der zu hohen Veranlagung bewilligt werden.

420 Laternen-Anzünder werden nach dem neuen Etat der Stadt Berlin im städtischen Laternendienst beschäftigt. Von diesen sind 27 für die Bedienung der Petroleumlaternen, die übrigen für die Bedienung der Gaslaternen thätig. Von den letzteren werden durchschnittlich 66 Gaslaternen von dem einzelnen Laternen-Anzünder gereinigt, angezündet und ausgelöscht. Die für die Bedienung der Petroleumlaternen angestellten Laternen-Anzünder haben jeder 40 bis 45 Laternen zu bedienen. Die Löhne dieser Arbeiter bewegen sich in jährlichen Beträgen von 790—990 M. Die höheren Löhne entfallen auf die Petroleumlaternen-Anzünder, deren Arbeit eine mühsamere, namentlich bei der Reinigung und Füllung der Behälter ist.

Lebhaftes Befremden hat in den Kreisen der Berliner Geschäftsleute die Kunde hervorgerufen, daß auf grund der neuesten Polizeiverordnung über die äußere Heilighaltung des Sonntags bei Uebertretungen auf 14 Tage Haft erkannt werden kann. Während man die Freigabe der Schaufenster in den Geschäftsstunden warm begrüßt, wird die Strafverschärfung als ein schlechter Tausch betrachtet. Es ist damit den Denunziationen Thür und Thor geöffnet und mancher ehrenwerthe Geschäftsmann kann ohne sein Verschulden leicht das Opfer niedriger Rachsucht oder gemeinen Konkurrenzneides werden. Bekanntlich werden die meisten Läden an Sonntagen kurz vor 10 oder 2 Uhr vom Publikum geradezu überlaufen. Gelingt es dem Ladeninhaber nicht, bis zur angesetzten Zeit seine Kunden abzufertigen, und verweilen Einzelne davon länger im Geschäft, so macht er sich strafbar und kann dies unter Umständen mit 14 Tagen Haft büßen. In nächster Zeit werden sich verschiedene Versammlungen mit der Stellungnahme zu den neuen Sonntagsruhe-Bestimmungen beschäftigen.

Der Unternehmer für den Betrieb der Uraniasäulen hat gegenüber dem Magistrat die Erklärung abgegeben, daß er von seinem ihm zustehenden Rechte, von dem Vertragsverhältnisse mit der Stadtgemeinde bis zum Jahre 1911 Gebrauch zu machen, zurücktrete, da der Ertrag der Uraniasäulen ihm fernerhin nicht gestattete, auf seine Kosten den Betrieb der Uhren und meteorologischen Apparate in den Säulen im wesentlichen zu übernehmen. Der Magistrat hat nun Veranlassung genommen, mit dem Unternehmer in Verhandlung zu treten und kam hierbei zu dem Beschlusse, den Betrieb der Uhren auf städtische Kosten zu übernehmen, während der Unternehmer neben den für ihn aus dem bestehenden Vertrage ergebenden Pflichten noch für jede Säule 150 M. jährlich an die Stadtgemeinde zu zahlen habe. Von den vorhandenen Säulen sollen 6—8 aus dem Mittelpunkte der Stadt nach entfernten Stadtgegenden versetzt werden. Der Stadtverordneten-Versammlung wird eine diesbezügliche Vorlage zur Zustimmung zugehen.

In der Angelegenheit Grünenthal liegt bis heute nichts wesentlich Neues vor. G., der außerordentlich gefaßt und ruhig ist, macht nunmehr über die Herkunft seines Vermögens folgende ausführliche Angaben: Bis zum Jahre 1889 habe er nur ganz geringe Ersparnisse besessen; in diesem Jahre aber in der Schloßfreiheits-Lotterie 29 000 M. gewonnen und mit diesem Gelde an der Börse zu spekuliren angefangen. Er habe nur kurssteigerungsfähige Papiere per Kasse gekauft, so Aktien der Großen Berliner Pferdebahn, Auerglühlicht und Elektrizitätswerks-Aktien ꝛc. Damit habe er in den letzten neun Jahren nicht weniger als 150 000 M. verdient und nachweislich bei F. W. Krause in dem letzten Jahre allein einen Reingewinn von 70 000 M. erzielt. G. weist die Annahme, daß er die Reichsdruckerei bestohlen, mit Entrüstung von sich und behauptet, daß bei dem vorzüglichen Kontrollsystem daselbst ein Diebstahl ganz unmöglich sei. Vor allen Dingen aber habe er niemals einen Schlüssel zu einer Kassette, in welcher zu vernichtende Reichsbanknoten sich befanden, in Händen gehabt, geschweige von einem Kollegen erhalten. Es sei dies schon deswegen ausgeschlossen, weil andere zu dem Kontrollsystem gehörige Personen im Erkrankungsfalle des Inhabers von ihm den Schlüssel erhalten mußten. Grünenthal hat übrigens seine Stellung in der Reichsdruckerei erst Anfang dieses Jahres aufgegeben. Er genoß bei seinen Vorgesetzten ein unbedingtes Vertrauen. Wie einem Berichterstatter mitgetheilt wird, war es Grünenthal wohl möglich, von den fertiggestellten Banknoten, die sämmtlich durch seine Hände gingen, sich eine Anzahl Exemplare anzueignen, umsomehr, als bei der Vernichtung der ausrangirten Scheine dieselben vor dem Verbrennungsprozeß nicht mehr gezählt zu werden pflegten. Es finden in Moabit und im Polizeipräsidium täglich und fortgesetzt Vernehmungen statt, die jedoch zu einer Klärung des Sachverhalts bisher noch nicht führten.

Ein Königsberger Bürger, dessen Gemahlin sich im Frühling vorigen Jahres in dem oberbayerischen Bade Rosenheim aufhielt, erzählt der „Königsb. Hart. Ztg.", daß der Oberfaktor Grünenthal sich damals schon in jenem Bade-Orte durch sein Auftreten sehr auffällig bemerkbar gemacht habe. Er entwickelte einen ungewöhnlichen Aufwand, lebte verschwenderisch, gab für Blumen und Trinkgelder große Summen aus, fiel allgemein durch einen Luxus auf, der zu seiner Lebensstellung in keinem Verhältniß stand. Im Monat August kehrte er nach Rosenheim mit einem abermaligen mehrwöchentlichen Urlaub zurück, was neue große Verwunderung erregte. Man fragte sich, wie ein Faktor einer Druckerei, und sei es auch die des Reichs, ein solches Leben führen könne; seine Berliner Umgebung und seine Vorgesetzten scheinen aber nichts dabei gefunden zu haben.

Herr C. Wellhöuer schreibt uns zu der Affaire Grünenthal: „Die Firma Gumpert u. Philipp war mir bisher völlig unbekannt. Ich hatte keine Ahnung davon, daß Grünenthal auf meinen Namen irgendwo Spekulationsgeschäfte betrieb oder Depots hinterlegte, habe solches vielmehr erst durch die Kriminalpolizei erfahren. Grünenthal hat auch bereits bei seiner Vernehmung am letzten Dienstag, wie mir seitens der Kriminalpolizei auf meine Anfrage mitgetheilt wurde, eingeräumt, meinen Namen gemißbraucht zu haben.

Schwindel in der Möbelbranche. Aus Fachkreisen schreibt man uns: Die Dummen werden nicht alle. An dieses Sprichwort wird man unwillkürlich erinnert, wenn man die vielen schwindelhaften Inserate liest, durch welche eine Anzahl hiesiger Möbelgeschäfte

Gimpel zu fangen sich bemühen. Da werden „elegante“ Divans (Schlafsophas) zum Preise von 35 M., ja oft noch billiger, angepriesen, „Elegante“ Nußbaum-Kleiderspinden und Vertikows werden zu 45 Mark in marktschreierischer Weise angeboten; Waaren, welche, wie die Fachleute sich ausdrücken, „nicht werth sind, in die Spree geworfen zu werden“. Um die Gimpel sicherer zu fangen, werden reich illustrirte „Musterbücher“ versandt, Extrabeilagen den Zeitungen beigelegt und marktschreierische, mit vielen Bildern versehene Inserate erlassen, in welchen diese Biedermänner von Geschäftsleuten so thun, als wenn sie nur Waaren verkaufen, welche in ihren eigenen Werkstätten angefertigt sind. Dies ist natürlich eitel Flunkerei und dient nur dazu, um das liebe Publikum hinters Licht zu führen. Wer mit den Verhältnissen in der Möbelindustrie nur einigermaßen vertraut ist, der weiß, daß heute in Berlin thatsächlich kein einziges Möbelgeschäft besteht — die größten nicht ausgeschlossen —, welches auf den Zwischenhandel verzichten könnte. Man braucht wirklich nicht Fachmann zu sein, um einzusehen, daß solche Reklamen nur auf Schwindel beruhen, und daß für die angeführten nur scheinbar billigen Preise auch nur werthlose Waare geliefert werden kann. Wer also diesen Biedermännern nicht zum Opfer fallen und sein Geld nicht für werthlose Schundwaaren zum Fenster hinauswerfen will, der habe die Augen auf und lasse sich durch schwindelhafte Reklame und wenn auch noch so bunte Bilderbogen beim Einkauf von Möbeln nicht bethören. Sache der gewerkschaftlich organisirten Arbeiter der Möbelbranche (Tischler und Tapezirer) aber sollte es mit sein, auch ihrerseits gegen das Gebahren der gekennzeichneten Möbelgeschäfte laut und vernehmlich zu protestiren, denn für Schundwaare werden auch nur Schundlöhne gezahlt, unter welchen die Arbeiter am schwersten zu leiden haben.

„Wissenschaftlicher“ Reklameschwindel. Eine hiesige Korrespondenz betreibt, wie der „Nordd. Allg. Ztg.“ gemeldet wird, in recht eigenartiger Weise ihren „wissenschaftlichen“ Nachrichtendienst. Die beiden Herausgeber der Korrespondenz erschienen dieser Tage bei Herrn K., theilten ihm mit, daß sie mit Auftrag zahlreicher Zeitungen über den Madrider Aerztekongreß berichten würden, und erklärten sich bereit, gegen besondere Bezahlung Fabrikate der Firma in dieser Berichterstattung lobend zu erwähnen. Auf den Einwand des Herrn K., daß er gar nicht beabsichtige, Fabrikate nach Madrid zu senden, erklärten die beiden Herren, daß es ja genügen würde, wenn einer der Kongreßtheilnehmer in einer Rede gelegentlich auf die Fabrikate hinweisen würde, und als darauf Herr K. geltend machte, daß ihm niemand bekannt sei, dem er dies zumuthen könne, meinten die beiden Herren, daß eine lobende Erwähnung der Fabrikate auch möglich sein werde, ohne daß auf dem Kongreß selbst von den Fabrikaten gesprochen worden sei. Herr K. ging nunmehr scheinbar auf das Anerbieten ein und verlangte eine gewisse schriftliche Bestätigung dessen, was man mündlich versichert hatte. Infolge dessen übersandten ihm die Herren ein Schreiben, in dem sie erklären, daß ihre Korrespondenz die einzige deutsche sei. Bezüglich der Bezahlung wird bemerkt, „daß wir sowohl auf ein Honorar per Abdruck, als auch auf eine Pauschalsumme eingehen würden“. Beigelegt waren dem Schreiben ein Verzeichniß der Verhandlungsgegenstände des Kongresses mit dem Ersuchen, die Gegenstände zu bezeichnen, die Gelegenheit bieten könnten, die Fabrikate der Firma lobend zu erwähnen, sowie eine Liste der Zeitungen, auf die sich die Garantie für den Abdruck erstreckt. — Es ist wohl anzunehmen, daß die beiden Herren sich auch an andere Firmen mit ähnlichen Anerbietungen gewendet haben, wenigstens soll diese Art des „Nachrichtendienstes“ schon früher geübt worden sein.

Leider macht die „N. A. Z.“ die sauberen Journalisten nicht namhaft. Ist es vielleicht die „Berliner Wissenschaftl. Korresp.“ des Herrn Kirchhoff, die sich zur Berichterstattung über den Madrider Kongreß angeboten hat??

Eisenbahnunfall auf der Wannseebahn. Amtlich wird gemeldet: Am Donnerstag ist von dem um 8 Uhr 57 Min. abends von der Station Neu-Babelsberg der Wannseebahn abgelassenen Vorortzuge Nr. 813 bei der Ausfahrt die Lokomotive desselben mit einer Achse infolge Abbrechens des Kurbelzapfens entgleist. Personen sind nicht verletzt. Der Betrieb erlitt, abgesehen von einigen Verspätungen der nächstfolgenden Züge, keine Störung.

Ein verkrachtes Unternehmen. Die der Direktion der Berliner Stadt- und Ringbahn unterstellte Eisenbahn-Inspektion hat es für angemessen gehalten, das im Parterre der Stadtbahnbogen unter den Stadtbahnhöfen liegende Vestibül zu einem nicht unwesentlichen Theile an Zigarrenhändler, Blumen- und Pfefferkuchenhändler zu vermiethen, obwohl der Raum bei dem oft eintretenden Massenverkehr schon ohnehin beschränkt genug ist. Mit einem dieser Unternehmer hat die Inspektion aber recht fatale Erfahrungen gemacht. Die Pfefferkuchen-Pavillons auf sämmtlichen Bahnhöfen vom Schlesischen Bahnhof bis Bellevue hatte ein Konditor Müller, angeblich in der Dresdenerstraße wohnhaft, aufgestellt und in Betrieb genommen. Sein ganzes Betriebskapital bestand aber in der Kaution der Verkäuferinnen, die er als Lehrmädchen zur Ausbildung als „Mamsells“ engagirte, die 30—50 M. Kaution stellen mußten, worauf sie in einer Bahnhofsbude verbauern und versauern konnten, bis ihnen diese Art der „Lehrthätigkeit“ leid wurde und sie ihre Kautionen zurückverlangten. Alsdann gab es jedesmal Krach und in der Zwischenzeit ist mancher der Pavillons auf den Bahnhöfen geschlossen und versiegelt worden. Müller hat es aber stets verstanden, eine alte Kaution durch eine neue abzulösen, bis ihm gestern mit einem Schlage sämmtliche Buden versiegelt und versteigert wurden. Die Lehrmädchen haben meist ihre Kaution verloren. Müller existirt nicht mehr! Von der Dresdenerstraße ist er heimlich nach der Manteuffelstraße verzogen, aber auch dort ist er nicht mehr zu ermitteln.

Vermißt wird der 37 Jahre alte Arzt Dr. G. Hirschberg aus der Tettowerstraße 10, der als Assistenzarzt an der königlichen Klinik thätig war. Dr. Hirschberg hat am 6. d. M. seine Wohnung verlassen, indem er seiner Frau sagte, daß er auf zwei Tage nach auswärts gehe, um einen Patienten zu behandeln. Seitdem hat er nichts mehr von sich hören lassen.

Schwer verbrüht hat sich der achtjährige Sohn Fritz des Werkführers und Hausverwalters Reisky aus der Insterburgerstraße 17. An einem Wasserkessel, den er in Abwesenheit der Eltern selbst geheizt hatte, verunglückte er durch Verbrühen beider Unterschenkel so schwer, daß er vorgestern in ein Krankenhaus gebracht werden mußte.

Infolge eines Unfalls tobsüchtig geworden ist gestern Nachmittag der Arbeiter Paul Dederling aus Schöneberg. Auf einem Neubau an der Hauptstraße fiel ihm ein Balken auf den Kopf, so daß er besinnungslos zusammenbrach. Nachdem er wieder zu sich gekommen war, fing er an zu toben. Vier seiner Arbeitsgenossen hatten Mühe, den Unglücklichen nach Berlin in ein Krankenhaus zu bringen.

Zu der Verhaftung des Kaufmanns Paul Moritz wird noch folgendes berichtet. Der Verhaftete schied im Jahre 1896 aus seiner Stellung als Direktor der „Königin Louisenquelle“ aus und begründete dann in der Oberwallstr. 18 ein Großgeschäft in Kostümen und Jupons. Von seiner Heimath Stettin nach Berlin gekommen, hatte er jahrelang Beziehungen zu einem Fräulein unterhalten, die er vor seiner Verheirathung löste. Auch das Fräulein verheirathete sich dann, und zwar mit einem Manne namens B., der früher mit einer Erbschaft von einer halben Million nach Amerika gegangen oder, sich dort als Farmer versucht hatte und mit einem bedeutend geringeren Vermögen hierher zurückkehrte. B., der von Geschäften wohl nicht allzuviel versteht und gegenwärtig im Norden der Stadt einen Zigarrenhandel betreibt, ließ sich verleiten, in das Moritz'sche Geschäft etwa 100 000 M. hineinzustecken. Obwohl er stiller Theilhaber war, so verlangte er doch niemals Einsicht in die Bücher, und Moritz bot sie ihm erst recht nicht an. So kam es, daß er zu seinem ebenso großen Staunen und Schrecken plötzlich erfuhr, daß er auch den Rest seines Vermögens verloren hatte. Moritz meldete am 23. Oktober v. J. den Konkurs an, nachdem er, wie ihm zur Last gelegt wird, ausstehende Forderungen an einen Verwandten zedirt hatte. Der Konkursverwalter Böhme schätzte die Masse so gering, daß sie nur 2,6 pCt. der Forderungen deckt. Bei einem Termin am 8. d. M. soll Moritz Frau B. nicht nur mit Beleidigungen überhäuft, sondern auch mit einem Dolche bedroht haben. Ihr Mann erstattete nun Anzeige bei der Staatsanwaltschaft und Moritz wurde daraufhin wegen Fluchtverdachts am vergangenen Sonntag Morgen aus dem Bette heraus verhaftet.

Nächstenliebe. Die „Volks-Zeitung“ berichtet vom gestrigen Tage: Als heute Vormittag eine Dragonerabtheilung vom Exerzieren auf dem Tempelhofer Felde zurückkehrte, ging in der Belleallancestraße das Pferd eines Dragoners durch und überrannte einen des Weges daherkommenden jungen Mann. Der Mann wurde auf die Granitplatten des Trottoirs geschleudert, wo er aus einer schweren Kopfwunde blutend bewußtlos liegen blieb. Alsbald wurde der Verletzte von hilfsbereiten Passanten in den Flur eines Hauses gebracht, und die Militärärzte, welche die Truppe begleiteten, ließen ihm sofort ihre Hilfe angedeihen. Ihr Verbandsmaterial reichte jedoch zur sachgemäßen Verbindung der Wunde nicht aus, und es wurde deshalb einer der barmherzigen Samariter, die sich zuerst des Verletzten angenommen hatten, in eine in der Nähe belegene Apotheke gesandt, um das nöthige Verbandsmaterial herbeizuholen. Der Mann wurde jedoch von dem Inhaber der Apotheke, welcher Augenzeuge des Vorfalls gewesen war, mit dem Bemerken zurückgewiesen: „Ja, wer bezahlt mir denn die Sachen?“

Herr Dr. Wilhelm Meyer, der frühere Direktor der Urania, hält am 28. März, abends 8 Uhr, in der Brauerei Friedrichshain einen Projektionsvortrag über seine Reise nach Spitzbergen. Eintrittskarten zu 20 Pf. sind in folgenden Geschäften zu haben:

Gottfried Schulz, Admiralstr. 40; Fritz Zubeil, Lindenstr. 106; Dicke, Ackerstr. 123; Pinner, Treskowstr. 36; Liehle, Schwedterstraße 33; Späth, Georgenkirchstr. 67; Schroller, Landwehrstr. 3; Reul, Barnimstr. 42; Vogel, Elbingerstr. 9 (Ecke Cottheniusstraße); Adolf Hoffmann, Blumenstr. 14; Fritz Wilke, Andreasstr. 26; Zabel, Frankfurter Allee 90; Franke, Friedrichsbergerstr. 11.

Die Vertrauensperson.

Theater. An dem Goethe-Abend, den das Schiller-Theater Sonntag den 27. d. M. im Bürgersaale des Rathhauses veranstaltet, wirken von Mitgliedern des Schiller-Theaters als Sprecher mit: Fräulein Hedwig Pauly und die Herren Ewald Bach, Willy Froböse, Carl Schreiner. Den Gesangsvortrag hat Frau Niklaß-Kemper übernommen, den einleitenden Vortrag hält Herr Reinhold Ortmann. Den Schluß bildet eine kurze Ansprache des Direktors Dr. Löwenfeld über Zweck und Art der Dichter-Soirée.

Urania. Am Sonnabend Abend findet in der Urania, Invalidenstraße, ein Experimentalvortrag von Dr. P. Spies „Ueber Licht und Farbe“ statt. In demselben werden vornehmlich auch die verschiedenen Methoden der Photographie in natürlichen Farben demonstrirt werden.

Feuerbericht. Donnerstag Abend 11½ Uhr entstand Blumenstraße 36a ein Küchenbrand, der sämmtliche brennbaren Küchengeräthe und einen Posten Wäsche einäscherte, auch dem Hause nicht unbedeutenden Schaden zufügte. Freitag Nachmittag 2½ Uhr mußte Brunnenstr. 83 ein Zimmerbrand abgelöscht werden, bei dem Betten und ein Sopha in Flammen aufgingen. Zur selben Zeit erfolgte Alarm nach dem Stettiner Bahnhof. Hier hatte in einem Bureau die Schaldecke und Balkenlage Feuer gefangen, das die Wehr längere Zeit beschäftigte. Das Gebäude erlitt erheblichen Schaden.

Aus den Nachbarorten.

Die gestrige Stadtverordneten-Nachwahl in Schöneberg hat folgendes Ergebniß gehabt: Unser Parteigenosse Masuch erhielt 103 Stimmen, der unabhängige Kandidat 89 und der Bürgerparteiler 52 Stimmen. Es bedarf einer lebhaften Agitation, um unseren Parteigenossen in der Stichwahl zum Siege zu verhelfen.

Herrn v. Oppen's jüngste Staatsretterei. Die neueste Art, den groben Unfugs-Paragraphen gegen anständige Leute anzuwenden, übertrifft wohl so ziemlich alles, was von polizistischer Seite bisher im Reiche der Gottesfurcht und frommen Sitte auf diesem Gebiete geschehen ist. Und das will gewiß etwas sagen. Man vernehme, was der Amtsvorsteher des Amtsbezirks Glienecke in diesen Tagen bewerkstelligt hat. Einhundertvierundachtzig Einwohner von Adlershof haben gestern und vorgestern folgendes amtliche Schreiben zugestellt erhalten:

„Sie haben am 18. März cr. zur Verherrlichung an den vor 50 Jahren stattgehabten Revolutionsausbruch die Fenster Ihrer zu Adlershof ..... straße Nr. .... belegenen Wohnung illuminirt und hierdurch eine Beunruhigung des öffentlichen Friedens herbeigeführt, somit groben Unfug verübt. Die Uebertretung wird bewiesen durch die amtliche Anzeige des Amtsdieners vom 21. März. Es wird deshalb gegen Sie auf grund des § 360 Absatz 11 des Reichs-Strafgesetzbuches eine bei der Amtskasse zu Adlershof zu erlegende Geldstrafe von fünfzehn Mark, an deren Stelle, wenn sie nicht beizutreiben ist, eine Haftstrafe von drei Tagen tritt, festgesetzt.“

War die Stimmung der Arbeiterbevölkerung am Gedenktage der Revolution eine feierliche, die sich vor allem darin äußerte, daß wohl noch niemals vorher weniger von Lärm und sonstigem wirklichen groben Unfug auf den Straßen des Nachbarortes die Rede war, als gerade an diesem Tage, so schlug diese Stimmung nach Bekanntwerden der neuesten That des Herrn von Oppen in eine Art freudiger Bewegung um. Natürlich denkt kein Parteigenosse daran, mit fünfzehn Mark beschwert, Herrn von Oppen auf dem Amtsbureau seine Aufwartung zu machen. Man ist vielmehr fest entschlossen, es darauf ankommen zu lassen, ob sich wirklich in Preußen ein Richter findet, der die originelle Strafverfügung zu bestätigen den Scharfsinn hat.

Alle Einwohner von Adlershof, welche mit der Groben-Unfugs-Zuschrift beehrt worden sind, werden aufgefordert, sich entweder an Gustav Tempel, Kronprinzenstr. 6, oder an Louis Stemmwedel, Bismarckstr. 53, zu wenden. Die Strafverfügung ist mitzubringen.

Die Sistirung mit den entsetzlichen Folgen, über die wir vorgestern aus Weißensee berichtet haben, veranlaßt Herrn Feldmann, den Amtsvorsteher des Ortes, uns folgende Darstellung des traurigen Vorganges zu geben: „Göhlich hat in jener Nacht, zum 13., nicht zum 14. d. Mts., in der Langhansstraße heftigen Skandal gemacht; der hinzugekommene Wächter Frost hat den total betrunkenen Mann zur Ruhe aufgefordert, woran sich derselbe jedoch nicht gekehrt, vielmehr weiter skandalirt hat. Göhlich hat den Wächter dann weiter belästigt, indem er dessen Nummer wissen wollte, wobei er fortwährend an des Beamten Rock gezogen und sogar einen Haken vom Kragen desselben losgerissen hat. Der Wächter hat den Mann schließlich von sich gestoßen und dabei ist derselbe infolge seines betrunkenen Zustandes hingefallen. Bis zur Herbeischaffung eines Wagens sind nur 10 Minuten vergangen und auf demselben selbst hat Göhlich auch noch wohl gebettet gelegen, denn ein Zeuge hat ihm ein Kopfkissen unter den Kopf gelegt. Von einer Wunde, insbesondere Blut hat bei seiner Einlieferung niemand etwas gesehen, erst bei seiner Entlassung, die gegen 10 Uhr erfolgte, früher war er nämlich noch nicht nüchtern, wurde eine anscheinend leichte Kopfverletzung bemerkt. Göhlich hat auch bei seiner Entlassung über nichts geklagt. Frau Göhlich hat sich nicht schon um sechs Uhr nach ihrem Mann erkundigt, sondern erst um acht Uhr, derselbe hat um diese Zeit aber noch, wie sie auch selbst angiebt, im tiefen Schlaf gelegen. Wie verlautet, was allerdings noch nicht festgestellt ist, soll sich Göhlich schon vor seinem Zusammentreffen mit dem Wächter Frost in einer Schlägerei befunden haben.“

Diese Darstellung des Falles, welcher an sich zu unserem Bericht ja nur wenig Neues bringt, läßt mithin den Schluß zu, daß Göhlich trotz des Nachtwächterstoßes, durch den er auf das Straßenpflaster fiel, erst auf dem Amtsbureau zu der Verwundung gekommen ist. Wie dieses möglich war, das zu untersuchen ist ja selbstverständlich Pflicht der Behörde. Wir werden unsere Leser über die aufsehenerregende Angelegenheit auf dem laufenden erhalten.

Die Einführung einer Biersteuer vom 1. April d. J. an hat jetzt gleich einigen anderen Vororten, wie Spandau 2c., auch die Gemeinde Tempelhof beschlossen, während dort an direkten Gemeindesteuern wie bisher erhoben werden sollen: 120 pCt. Zuschlag zur Staats-Einkommensteuer, 150 pCt. der Gewerbesteuerklassen I und II und 100 pCt. der Klassen III und IV, sowie 195 pCt. von der veranlagten Grund- und Gebäudesteuer.

Eine ungewöhnliche Verstimmung herrscht in Charlottenburg gegen den mehrfach erwähnten Beschluß der „unpolitischen“ Mehrheit der Stadtverordneten-Versammlung, von dem Haushalt der jungen städtischen Volksbibliothek 10 000 M. abzusetzen. Es liegt in der ganzen Stadt jetzt eine Petition aus, welche den Magistrat ersucht, dem Beschluß der Stadtverordneten nicht beizutreten. Bei dem verminderten Betrage müßte die bisherige Lesezeit sowie die Zeit für die Bücherausgabe erheblich eingeschränkt werden.

Nachdem der Magistrat von Charlottenburg vom Regierungspräsidenten aufgefordert worden ist, um der Neubesetzung der Ober-Bürgermeisterstelle willen das Gehalt des neu zu Erwählenden zu normiren, hat der Magistrat in seiner gestrigen Sitzung das Anfangsgehalt des zukünftigen Ober-Bürgermeisters auf 15 000 M. jährlich festgesetzt. Ferner ist eine Gehaltserhöhung von je 1500 M. alle drei Jahre genehmigt worden; dagegen fällt die freie Dienstwohnung weg.

Versammlungen.

Eine Tischlermeister-Versammlung, einberufen von einem Verein selbständiger Tischler, beschäftigte sich am Donnerstag mit der Frage, ob die Einführung der Zwangs-Innung für die Berufsgenossen vortheilhaft sei oder nicht. Der Referent Rechtsanwalt Sonnenfeld vertrat die Ansicht, daß die Aufgaben, welche das neue Innungsgesetz der Zwangs-Innung zuweise, ebenso gut von einer freien Innung erfüllt werden können, und daß die Zwangs-Innung schon um deswillen nicht erstrebenswerth sei, weil sie das Recht habe, ihre Mitglieder einer weitgehenden Kontrolle und Beaufsichtigung zu unterwerfen. In der Diskussion traten zwei Innungsmeister mit großem Eifer für die Zwangs-Innung ein. Die Einführung einer solchen sei von der bestehenden Tischler-Innung, die die Rechte des § 100e habe, beim Oberpräsidenten beantragt und werde jedenfalls verfügt werden, so daß eine Gegenagitation nutzlos sei. Unter anderen erwarten die Herren von dem mit der Zwangs-Innung verbundenen Schiedsgericht eine „bessere“ Rechtsprechung, wie sie gegenwärtig vom Gewerbegericht geübt werde. Die Mehrheit der Versammlung war für die freie Innung. Dieser Meinung gaben verschiedene Redner Ausdruck, welche darauf hinwiesen, daß von den Tischlermeistern Berlins, deren Zahl gegen 3000 betrage, nur etwa 1000 der jetzt bestehenden Innung angehören, daß die Nicht-Innungsmeister etwa zwei Drittel aller Gesellen beschäftigen, denn die Innungs-Krankenkasse habe 6000 Mitglieder, während die Orts-Krankenkasse deren 19 000 aufweise. Bei Berücksichtigung des Antrages auf Einführung der Zwangs-Innung würden demnach zwei Drittel aller Meister und Gesellen gegen ihren Willen zu Mitgliedern derselben gemacht, was einer Vergewaltigung sehr ähnlich sehe. Der Referent gab den Gegnern der Zwangs-Innung den Rath — und die Versammlung erklärte sich damit einverstanden — daß sie unter ihren Berufsgenossen eine Umfrage halten, um zu ermitteln, wie viele für, wie viele gegen die Zwangs-Innung seien, und daß das Resultat der Erhebung dem Oberpräsidenten mitgetheilt werde. Wenn sich eine große Mehrheit für die freie Innung ausspreche, könne sich vielleicht der Oberpräsident bestimmen lassen, von der Einführung der Zwangs-Innung abzusehen. Jedenfalls werde durch ein solches Vorgehen gezeigt, daß nur ein kleiner Theil der Berufsangehörigen Interesse an der Zwangs-Innung habe.

Deutsche Gesellschaft für ethische Kultur. Sonntag, den 27. März, abends 6½ Uhr, Ziegelstraße 10/11: Monatssitzung. Vortrag des Dr. phil. Kronenberg: „Kant und die ethische Bewegung“.

Ruder-Verein „Vorwärts“. Morgen: Unterhaltungsabend im Vereinshaus Stabernack, Inselstr. 10. Anfang 7 Uhr. Gäste willkommen.

Turnverein „Osten“. Montag, den 28. März, abends 8 Uhr, bei Habrecht, Große Frankfurterstr. 30 (großer Saal). Vortrag über: „Wie schützen wir uns vor Krankheiten.“ Referent Herr A. Heindorf. Gäste willkommen.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter. Filiale Berlin III. Mitgliederversammlung heute abend 8 Uhr, Manteuffelstraße 47. Delegirtenwahl. — Filiale Berlin V. Heute Abend 9 Uhr: Mitgliederversammlung im Restaurant Schiller, Rosenthalerstr. 57. Delegirtenwahl.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 27. d., vormittags 11 Uhr, findet in Keller's großem Festsaal, Koppenstr. 29, die Feier der Jugendaufnahme statt. Festrede von Herrn Dr. Bruno Wille über: „Das geht mich nichts an. — Um 11 Uhr findet in der Berliner Ressource, Kommandantenstraße 57, eine zweite Versammlung statt, in welcher Herr E. Vogtherr sprechen wird über: „Selbsttäuschung“.

Vergolder. Die Kollegen werden hiermit auf die am Montag, den 28. März stattfindende Versammlung aufmerksam gemacht. Näheres siehe Inserat im heutiger Nummer. Die Agitationskommission.

Vermischtes vom Tage.

t. Gegenwärtig sprechen 500 Millionen Menschen eine oder die andere der Hauptsprachen der Jetztzeit. 125 Millionen oder der vierte Theil bedient sich der englischen Sprache, 90 Millionen sprechen russisch, 75 Millionen deutsch, 55 Millionen französisch, 45 Millionen spanisch, 35 Millionen italienisch und 12 Millionen portugiesisch. Angeblich sind zwei Drittel aller Briefe und Karten, die durch die Post vermittelt werden, in englischer Sprache geschrieben. —

— Der Jesuitenorden zählte im Jahre 1896 14 251 Mitglieder, darunter 6000 Patres, 4416 Scholastiker und Novizen und 3885 Laienbrüder. Die deutsche mit 1662 Patres und 1441 Scholastikern ist die stärkste unter allen 22 Provinzen. —

— In Neukirchen bei Fulda stürzte ein Gendarm von einem Wagen; dabei entlud sich sein Revolver und die Kugel drang ihm in den Unterleib. Er erlag seinen Verletzungen. —

— In Neu-Strelitz durchschnitt ein Drechslermeister seiner Frau den Hals, versuchte seine Kinder zu tödten und erhängte sich dann selbst. —

— Das bei dem schweren Sturm am Donnerstag nachts in Lübeck eingetretene Hochwasser überschwemmte die niedriger gelegenen Stadttheile. Von der ganzen Küste werden Ueberschwemmungen gemeldet. Am folgenden Morgen trat das Wasser zurück. Vor Travemünde trieben Ausrüstungsstücke des wahrscheinlich untergegangenen schwedischen Gaffelschooners „Karl August“ an.

— Die Schaluppe „Schulze Pelkum“ ist am Donnerstag beim Zurückkommen aus See bei Norderney gekentert. Die Besatzung ertrank. —

— In Leipzig hat ein Handlungsdiener aus Eifersucht seine Geliebte und dann sich selbst erschossen. —

— Ein badisches Blatt bringt folgende Nachricht: „Kanea, 14. März 1898. Eine italienische Gebirgs-Marine, die nach Italien zurückkehren sollte, verbleibt infolge erhaltenen Gegenbefehls in Kreta.“ —

— Die Frau eines Bäckergehilfen in Wien schnitt im Wahnsinn ihrer kleinen Tochter den Hals durch und hängte sich dann auf. —

— Ein großes Waarenmagazin im Freihafen von Fiume ist in der Donnerstag-Nacht völlig niedergebrannt.

— Hohe Anforderungen an den Patriotismus ihres Rindviehs scheinen die Behörden des Ortes Maarsbergen in der Provinz Utrecht zu stellen. In dem von ihnen bekanntgegebenen Programm zu den bevorstehenden Krönungsfesten kommt wörtlich folgender Absatz vor: „Ein Ochse soll geschlachtet und unter die Armen der Gemeinde vertheilt werden. Am Tage des Festes soll der Ochse schön geschmückt in der Gemeinde herumgeführt werden, um so die allgemeine Festfreude theilen zu können. —

— In Dänemark, besonders auf Fünen hat in der Nacht zum Freitag ein Schneesturm zahlreiche Schiffsunfälle

und Verkehrsstörungen verursacht. Bei Bornholm werden 26 Lachsfischerboote vermißt. —

c. c. Das russische Ministerium soll beabsichtigen, auf den russischen Eisenbahnen eine Zwangsversicherung für die Passagiere durchzuführen. Die Versicherungsprämie soll durch eine Erhöhung der Billetpreise gedeckt werden. —

— In Novigo (Italien) wurde der Eigenthümer der dortigen Gaswerke in Gegenwart seiner jungen Frau von dem Direktor der Gaswerke erschossen. —

— Am Haupttage der Gedenkfeier des Aufstandes von 1848 zogen in Mailand 6000 Schulknaben, geführt vom Bürgermeister, dem Stadtrathe und den Schulbehörden, sowie in Begleitung von fünf Militärkapellen vor das Monument der „Fünf Tage" und sangen dort eine Festhymne. —

— Der Dampfer „China", der von Sidney nach London bestimmt war, ist, nach einer Meldung aus Perim, auf Azalea-Point gestrandet und anscheinend gänzlich verloren. Die Passagiere sind gerettet. —

Eingelaufene Druckschriften.

Der Münchener „Postillon" bringt in seiner Nr. 7 wieder eine Reihe recht guter Karrikaturen aus der 48er Revolutionszeit.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet am Montag, Dienstag und Sonnabend von 6 bis 7 Uhr abends statt.

Schulzenhöhe. Sie können nur Erstattung des nachweislich Ihnen entgangenen Verdienstes beanspruchen. Auch ein Kaufmann könnte nicht mehr beanspruchen. Schiffseigner werden übrigens nicht als Kaufleute, sondern als Gewerbetreibende erachtet.

K. M. B. 52. Sie würden verurtheilt werden; es ist deshalb besser, Sie zahlen vor dem Termin und tragen Sorge, daß die Klage im Termin zurückgenommen werde.

S. M. 76. 1. Kommunistischer Arbeiter-Bildungsverein, London, W. 49 Tottenham-Street, Tottenham Court Rd. 2. Der Verkehr ist ein ganz unregelmäßiger. 3. System „Langenscheidt" oder „Platen", in jeder Buchhandlung zu haben. 4. Uns unbekannt.

G. B. 100—101. Tagt nur Inselstr. 10 bei Stabernack.

D. Auch derartige Vereine sind gebeten, das Formular auszufüllen.

H. R. 17. Ja. Heimarbeiterinnen sind zweifellos dann krankenversicherungspflichtig, falls sie nur für einen Unternehmer arbeiten. Sie unterliegen nur dann der Versicherungspflicht nicht, wenn aus der Art ihrer Beschäftigung (z. B. Arbeiten für 10 Geschäfte der Zwischenmeister) zu entnehmen ist, daß sie selbständige Unternehmer sind. — **A. G. 1898.** 1. Ja, aber das inzwischen Verdiente muß abgerechnet werden. 2. Ja. — **A. K., M. F., Th. K. 30., P. B. 1113, F. 2, 99, Alexander, H. F. 4, T. 34.** Ja. — **M. W., Weißenburgerstraße.** 1. Ja. 2. und 3. Nein. **A. L. 100.** Ein Antrag auf gerichtliche Entscheidung würde zur Aufhebung des originellen Strafbefehls und zur Ungiltigkeitserklärung der sonderbaren Verordnung führen. — **A. E.:** Ja. — **A. W.** 1 und 2: Nein.

Witterungsübersicht vom 25. März 1898, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand in mm, reduzirt auf d. Meeressp.	Windrichtung	Windstärke (Skala 1—12)	Wetter	Temperatur nach Celsius (0° C. = 32° R.)
Swinemünde	758	NO	5	Regen	3
Hamburg	758	NO	4	bedeckt	2
Berlin	755	ONO	4	Regen	4
Wiesbaden	752	NO	1	wolkig	2
München	749	O	4	bedeckt	—0
Wien	752	SO	1	bedeckt	4
Haparanda	783	N	2	wolkenlos	—15
Petersburg	775	ONO	1	Nebel	—9
Cork	771	NNO	5	heiter	4
Aberdeen	—	—	—	—	—
Paris	752	SSW	2	Schnee	—2

Wetter-Prognose für Sonnabend, 26. März 1898.
Ein wenig kälter, zeitweise aufklarend, vorwiegend trübe, mit geringen Niederschlägen und ziemlich frischen nordöstlichen Winden.
Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, den 26. März.
Opernhaus. Fidelio. Anf. 7½ Uhr.
Schauspielhaus. Der Bibliothekar. Anfang 7½ Uhr.
Deutsches. Johannes. Anfang 7½ Uhr.
Lessing. Im weißen Rößl. Anfang 7½ Uhr.
Berliner. Dora. Anfang 7½ Uhr.
Residenz. Sein Trick. Anfang 8 Uhr.
Neues. Spiritismus. Anf. 7½ Uhr.
Goethe. Die Kinder der Excellenz. Anfang 7½ Uhr.
Schiller. Brand. Anfang 8 Uhr.
Thalia. Verwirktes Glück. Anfang 7½ Uhr.
Unter den Linden. Der Opernball. Anfang 7½ Uhr.
Central. Die Tugendfalle. Anfang 7½ Uhr.
Luisen. Die Stütze der Hausfrau. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Die kleinen Vagabunden. Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz. Verlorene Mädchen. Anfang 8 Uhr.
Belle-Alliance. Kaiser und Galiläer. Anfang 8 Uhr.
Ostend. Unter der Polarsonne. Anfang 8 Uhr.
Urania. Taubenstraße 48—49. Naturkundl. Ausstellung v. 10 Uhr vormittags ab. Abends 8 Uhr Wissenschaftl. Theater.
Invalidenstraße 57/62. Täglich (außer Sonntags und Mittwochs) abends 8 Uhr: Wissenschaftliche Vorträge.
Passage-Panoptikum. Berliner Nachtleben.
American. Spezialitäten. Anfang 8 Uhr.
Reichshallen. Spezialitäten. Anfang 7¾ Uhr.
Apollo. Spezialitäten. Anf. 7½ Uhr.
Feen-Palast. Ethnographische Ausstellung.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater).
Sonnabend, abends 8 Uhr: **Brand.**
Sonntag, nachm. 3 Uhr: **Wilhelm Tell.**
Abends 8 Uhr: **Die Kinder der Excellenz.**
Montag, abends 8 Uhr: **Brand.**

Ostend-Theater.

Gr. Frankfurterstr. 132. Dir. C. Weiß.
Ausstattungs-Novität! Sens. Novität!
Unter der Polarsonne.
Aktuelles Ausstattungsstück m. Gesang u. Tanz in 5 Bildern von E. Sondermann und Chr. Bischoff. Gesangstexte von J. Dill. Musik v. C. Schüler.
Anfang 7½ Uhr.
Im Tunnel vor und nach der Vorstellung: Frei-Konzert.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Sonntag Nachmittag, kleine Preise: **Manuela, das böse Fräulein.** Schauspiel von Kneisel.

Central-Theater

Alte Jakobstr. 30.
Direktion Richard Schultz.
Sonnabend, den 26. März 1898:
Emil Thomas a. G.
Zum 66. Male:
Die Tugendfalle.
Burleske Ausstattungsposse m. Gesang und Tanz in 4 Bildern unter Benutzung eines französischen Sujets von Jul. Freund und Wilh. Mannstädt. Musik von Jul. Einödshofer.
Anfang ½8 Uhr.
Morgen und die folgenden Tage: **Die Tugendfalle.**

Reichshallen-Theater.

Leipzigerstrasse 77.
Dir. Sanssony's
Bilder-Darstellung
(15 Damen 5 Herren)
ferner: Rossini-Trio! Christina's Affen-Theater! Suzanne Suzette! Brothers Paxton!
Karl Wilhelm
u. s. w.
Reichshallen-Tunnel:
Bockbier-Fest.
Stangenklettern, humor. Roulette.

Urania

Taubenstr. 48/49.
Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr — Wissenschaftliches Theater. —
Invalidenstr. No. 57—62.
Täglich abends 7 Uhr:
— Ausstellungs-Saal und Vorträge. —
Näheres die Tagesanschläge.

Passage-Panopticum.

Vorletzte Woche!
Berliner Nachtleben
Komödie in 12 pantomimischen Scenen mit Gesang und Tanz.
Vorher:
Theater Variété.

Castan's Panopticum.

Friedrichstr. 165.
Neu!! Indisch-hindustanische Gaukler
— und —
Schlangen-Beschwörer.
Das BÄRENWEIB.

Luisen-Theater

34. Reichenbergerstraße 34.
Novität! Abends 8 Uhr: Novität!
Die Stütze der Hausfrau.
Posse mit Gesang in drei Akten von E. Karl. Musik von Fritz Krause.
Toni Klein: Anna Müller-Linde.
Sonnabend: Dieselbe Vorstellung.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Volks-Vorstellung. Regie: J. Türk. **Wilhelm Tell.**
Abends 8 Uhr:
Die Stütze der Hausfrau.
Billets à 60 Pf. zu der Sonntag-Nachmittag-Vorstellung in den bekannten Verkaufsstellen.

Volks-Theater

Im Welt-Restaurant
97. Dresdener-Straße 97.
Neu! Neu! Neu!
Ein toller Streich.
Posse mit Gesang in 2 Bildern.
Hauptrollen:
Rudolf Schauss. — Ella Richter.
Robert Dill. Klara Hayn. Arthur Böwer. Otto Wendt.
Vorher: **Gift.**
Lustspiel in 1 Akt von N. Jonas.
Im vorderen Saale:
Tyroler Sänger Alois Ebner.
Freitag, den 1. April:
Benefiz Rudolf Schauss.
Anfang: Sonntags 6 Uhr. Wochentags 7½ Uhr.

Renn-Programm.

Internat. Sportsaison
Jockey-Hindernis-Reiten.
Engl. Ringelstechen
Damen-Wettlaufen
Amerik. Dreibeinlaufen
Rad-Wettfahren
Damen-Tauziehen
Deutschland gegen England
jeden Abend
bis zur Entscheidung
in
Bolossy Kiralfy's
Konstantinopel
Neues
Olympia-Riesen-Theater
(Circus Renz) Karlstrasse
The jolly british girls
und das neue März-Spezialitäten-Programm.
Anfang 8 Uhr.
Beginn d. Rennen 8¼ Uhr.
Sonntag 2 Vorstellungen.
Nachm. 1 Kind frei.

Nonnenberg's Restaur., Treptow, Parkstrasse.

Großer Saal. — Großer Garten.
Jeden Sonntag: Ball.
Empfehle mein Lokal zu Festlichkeiten.

Parteigenossen des 4. Berl. Reichstags-Wahlkreises.

Sonntag, den 27. März 1898:
Grosse März-Feier
in Keller's Festsälen, Koppenstrasse No. 29.
Vokal- und Instrumental-Konzert
Gesangs-Aufführungen. — Vorträge ernsten und heiteren Inhalts.
Anfang 4 Uhr. **Billets 25 Pf., an der Kasse 30 Pf.**
215/4 Die Vertrauenspersonen.

Achtung! Genossinnen und Genossen. Achtung!

Am Montag, den 28. März, abends 8 Uhr, in der Brauerei Friedrichshain (früher Lips):
Projektions-Vortrag mit 160 Lichtbildern
des Herrn **Dr. Wilh. Meyer** (fr. Direktor der „Urania")
über: **„Die Reise nach Spitzbergen."**
Einlaßkarten à 20 Pf. sind in folgenden Geschäften zu haben: Gottfried Schulz, Admiralstr. 40a; Fritz Zudeil, Lindenstr. 106; Dieke, Ackerstr. 123; Pinner, Treskowstr. 36; Lietzke, Schwedterstr. 33; Späth, Georgenkirchstr. 67; Schroller, Landwehrstr. 3; Reul, Barnimstr. 42; Vogel, Elbingerstr. 9 (Ecke Cothenius-Straße); Adolf Hoffmann, Blumenstr. 14; Fritz Wilke, Andreasstr. 26; Sabel, Frankfurter Allee 90; Franke, Friedrichsbergerstr. 11. [1/17]
Die Vertrauensperson.

Allgemeine Buchdrucker-Versammlung

Sonntag, den 27. März 1898, vormittags 11½ Uhr,
im grossen Saale der „Brauerei Friedrichshain" (früher Lips)
am Königsthor.
Tages-Ordnung:
1. Organisation und Klassenkampf. Referent Reichstags-Abgeordneter Genosse **Dr. Lütgenau.** 2. Bericht über die Thätigkeit der Gewerkschafts-Kommission und Wahl der Delegirten zu derselben.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
35/3
Der Einberufer: Albert Wachs.

Todes-Anzeige.

Zentral-Kranken- und Begräbniß-Kasse der Sattler und Berufsgenossen Deutschlands „Hoffnung" E. H. 64.
Am 24. d. M. starb unser Mitglied, der Sattler 2559b
Fritz Bautz.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 27. d. M., nachm. 4½ Uhr, von der Leichenhalle des Golgatha-Kirchhofes (Barfußstraße) aus statt.
Die Ortsverwaltung.

Orts-Krankenkasse der Sattler.

Am Donnerstag, den 24. d. Mts., starb das Mitglied 2568b
Friedrich Bautz
(bei C. A. Loewe, Invalidenstr. 12).
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 27. d. M., nachm. 4½ Uhr, von der Leichenhalle des Golgatha-Kirchhofes (Barfußstraße) aus statt.
(Pferdebahnlinie nach Tegel oder Dalldorf.) J. A.: R. Dittborner.

Quarg's Vaudeville-Theater

Grand Hotel Alexanderplatz
Heute, Sonnabend
zum ersten Male wiederholt:
Der
Mord am Alexanderplatz
und
König Heinrich
Possen von Max Dann und Leonhardy Haskel.
Die brill. Spezialitäten.
Adelina Zeth, Max Waldon, Lola Carlsen,
Anton Sattler
u. s. w.
Anfang 8 Uhr. — Entree 15 Pf.

2 Waschfässer billig zu verkaufen, **Günther,** Müllenhoffstr. 11, III.

Apollo-Theater.

Friedrichstr. 218. Dir. J. Glück.
Ida Heath. • Signor Salerno
Bonhaire-Troupe
Tischer & Wacker
Emilia Persico
etc. etc. etc.
Kassenöffnung 6½. Anf. 7½ Uhr.
Am 1. April 1898. Debut:
Eugenie Fougère
und
Lona Barrison.

Budapester

Possen- und Operetten-Theater
Direktion: Gebr. Herrnfeld.
Kaufmann's Variété
8 Uhr
Der grosse, hochinteressante Spezialitäten-Kongress.
Neu! Eine Sehenswürdigkeit Neu!
Russische Gesangs- und Tanz-Truppe
„Samarowa"
in ihren
grandiosen und russischen Tänzen und Gesängen.
6 Damen und 2 Herren.
½10 Uhr:
Allabendlich bejubelt!
Mit Beifall überschüttet!
Anton und Donat Herrnfeld in ihrer kom. Kraft zeigend.
Von Dreien
der
Glücklichste
Das Originellste, Eigenartigste u. Interessanteste was Donat und Anton Herrnfeld bisher je geboten haben.

Nicht vorbeischießen bei Binnebösc's Zigarrengeschäft, Schillingstr. 36.

Feen-Palast

Burgstrasse 22.
Wiener Zoologisch. Garten
Aschanti-Dorf
Javaner-Dorf
Geöffnet von 11—10 Uhr.
Vorstellungen alltäglich 2—9.
Heute Elitetag. Entree 1 M.
Kinder und Militär 50 Pf.

W. Noack's Theater

Brunnen-Strasse 16.
Heute, Sonnabend, den 26. März:
Gr. Extra-Theatervorstellung
Tenore
oder:
Die Macht der Liebe.
Schauspiel mit Gesang in 5 Aufzügen von Holtei.
Nach der Vorstellung:
Tanzkränzchen.
Schluss der Saison 6. April.

Circus Busch

(Bahnhof Börse).
Sonnabend, den 26. März 1898, abends 7½ Uhr:
Parade-Gala-Vorstellung.
Benefiz für den beliebten Klown Boganowsky. Unter anderem wird der Benefiziant seinen neu erfund. Edison-Phonograph vorführen, ebenso m. d. kl. Klown der Gegenwart auftreten und auf allgem. Wunsch d. „Rixdorfer" tanzen. Außerdem: Die vorzügl. Freiheitsd. d. Dir. Busch. Amateur-Konkurrenz-Reiten. Wer dreimal die Bahn stehend zu Pferde umreitet, erhält eine Prämie von 50 Mark. Hierzu hat sich der
akadem. Wurst-Max
gemeldet. Auftr. aller neu engagirten Reitkünstl. und -Künstlerinnen, sowie aller Klowns und Auguste mit ihren neuesten Späßen.
Zaragoza.
Orig. Manège-Schaust. d. Circus Busch, entn. aus d. spanischen Leben.
Morgen, Sonntag: 2 gr. Vorst. Nachm. 4 Uhr auf vielseit. Wunsch den einzig dastehenden pompösen grünen Akt aus d. Pantom. Zaragoza.
Abends 7½ Uhr: Zaragoza.

Die erste Serie der Vorträge:
Zur Geschichte der deutschen Literatur
von **Gustav Landauer**
im Louisenstädt. Konzerthaus, Alte Jakobstr. 37,
beginnt
Dienstag, den 29. März, abends 8½ Uhr.
Thema: Programm;
„Die Dichtung in der Kulturentwicklung:"
Im Anschluss daran: Vorlesungen aus Hohes Lied, Homer, Shakespeare.
Serienkarten (7 Vorträge) à 1 M., Einzelkarten à 20 Pf.
in den meisten Zahlstellen der „Neuen freien Volksbühne" und abends an der Kasse. 2567b
Zum ersten Vortrag hat Jedermann freien Zutritt.
Zweiter Vortrag: Freitag, 1. April (Deutsche Götter- u. Heldensage etc.)

Alcazar-Theater.

Dresdenerstraße 52/53 (City-Passage)
Direktion: Richard Winkler.
Sensationelles Riesen-Programm.
Miss Ada Risson, schönste Tauben-Königin. Mr. Alexander Selino, der Mann mit der eisernen Hand. Das größte Wunder der Welt! Theodor Silling, Parforce-Turner am festen Reck.
Neu! Neu!
Die Regimentsnummer
Posse mit Gesang v. M. Reichardt.
Das Neueste vom Neuen.
Lebende Photographien
Anfang: Wochentags 8 Uhr. Sonntags 6½ Uhr.
Entree 30 Pf.
Die für den Feen-Palast ausgegebenen Ehren- u. Freikarten haben Giltigkeit.

Maehr's Theater

Oranien-Strasse 24.
Täglich:
Theater und Spezialitäten.
Novitäten-Programm.
Reiseabenteuer Schwank.
Der Mormone Posse.
Hanny Nelson, Origin.-Tyrolienne. Marg. Nasadowska Kostümsoubrette.
Miss Olga, Equilibristin.
Anfang: Wochentags 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr.

Concerthaus

Leipzigerstr. No. 48
Täglich:
Hoffmann's Quartett und Humoristen.
Anfang: Wochent. 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

In Zossen.
Fortsetzung von: Alle 5 Barrisons.
Sonnabend, 26. März:
Zum 225. Male:
Alle 5 Barrisons.
Montag, den 28. März:
Benefiz für Heinr. Führmann.

Herren-Hüte 65 Pf.
Bessere Hüte enorm billig, verkauft aus der Fabrik im Komptoir 4537a
nur Barnim-Straße 4/5,
Sonntags geöffnet.

Frdl. Schlafst. f. H. Admiralstr. 34, II. l.

Beim **Quartalswechsel** empfehlen sich folgende

Partei-Speditionen:

Berlin vierter Wahlkreis O.: Robert Wengels, Fruchtstraße 30, Hof II. — **SO.:** Fritz Thiel, Skalitzerstr. 35 v. part. — **Sechster Wahlkreis (Moabit):** Karl Anders, Salzwedelerstraße 8, part. im Laden. — **Wedding** und **Oranienburger Vorstadt:** Emil Stolzenburg, Wiesenstraße 14. — **Gesundbrunnen:** Wilhelm Gaßmann, Grünthalerstr. 64/65. — **Rosenthaler Vorstadt** und **Schönhauser Vorstadt:** Karl Marx, Kastanien-Allee 95/96. — **Charlottenburg:** Gustav Scharnberg, Pestalozzistr. 34, Quergeb. part. — **Deutsch-Wilmersdorf:** Frau Kübler, Sigmaringenstr. 34 und Frau Heinemann, Sigmaringenstr. 35. (Hier ist auch die „Brandenburgische Volks-Zeitung" zu erhalten.) — **Rixdorf:** Ostermann, Erkstraße 6. — **Schöneberg:** Wilhelm Bäumler, Belzigerstr. 50, Seitenflügel part. — **Johannisthal-Nieder- und Ober-Schöneweide:** Otto Jahn, Ober-Schöneweide, Siemensstraße 7, Zigarrengeschäft. Annahmestellen: Nieder-Schöneweide: Karl Weber, Zigarrengeschäft. Johannisthal: Senftleben, Restaurateur. — **Friedenau-Steglitz:** H. Bernsee, Kirchstraße 15 in Friedenau. Bestellungen nehmen entgegen in **Steglitz:** H. Mohr, Düppelstraße 8, und Fr. Schellhase, Ahornstraße 15a. — **Baumschulenweg:** Rich. Ulbricht, Marienthalerstraße 18, I.

Außerdem ist sämmtliche Parteiliteratur, sowie alle wissenschaftlichen Werke dort zu haben. **Auch werden Inserate für den „Vorwärts" entgegen genommen.**

Um **genaue** Angabe der Adresse wird **dringend** gebeten.

Freie Volksbühne.

Morgen, Sonnabend Abend 8 Uhr, in der Brauerei Friedrichshain:

März-Fest

unter Mitwirkung einer Reihe von bewährten Künstlern und Künstlerinnen. Das gediegene Programm unter der artistischen Leitung des Herrn **Dr. Alfieri** wird den Mitgliedern einen genussreichen Abend verschaffen.

Garderobe 15 Pf. — **Tanz frei.** — Programm und Liedertexte 10 Pf.

Der Eintritt ist nur Mitgliedern gestattet, wenn sie eine blaue Marke à 50 Pf. in der Mitgliedskarte haben.

Sonntag, den 27. März, nachmittags 2½ Uhr, im Lessing-Theater III. Abtheilung: **Abu Said — Cyprienne.**

Sonntag, den 3. April, I. Abtheilung: „Die Weber".
" " " IV. " „Abu Said — Cyprienne".

(Aprilbeitrag 70 Pfennig.)

Der Vorstand. I. A.: G. Winkler, Rixdorf, Kirchhofstr. 46, II.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Montag, 28. März, abends 8¼ Uhr, in den „Oranien-Hallen", Oranienstrasse 51:

Branchen-Versammlung der Sitzmöbel-Tischler.

Tages-Ordnung:

1. Die Vorgänge in der Branche in den letzten Jahren. Referent Kollege **Ruppert.** 2. Diskussion. 3. Sind wir in der Lage, einen einheitlichen Tarif durchzusetzen? — In anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist pünktliches Erscheinen aller Kollegen nothwendig. 79/3

Achtung! Holzarbeiter! Achtung!

Mittwoch, den 30. März, abends 8 Uhr,

im Lokal von Louis Keller, Koppenstrasse 29:

Gr. öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung des Vertrauensmannes und Wahl desselben. 2. Wahl von drei Kontrolleuren. 3. Berichterstattung der Gewerkschafts-Delegirten und Wahl derselben. 4. Stellungnahme zum 1. Mai.

79/4 **Der Vertrauensmann: Otto Klinger.**

Achtung! Vergolder. Achtung!

Montag, den 28. März, abends 8½ Uhr, in den Armin-Hallen, Kommandantenstr. 20:

Oeffentliche Versammlung

aller im Vergoldergewerbe beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen.

Tages-Ordnung:

1. Wahl eines Vertrauensmannes. 2. Bericht des Gewerkschaftsdelegirten und Neuwahl desselben. 3. Stellungnahme zur Maifeier. 4. Verschiedenes. 225/4

In anbetracht der wichtigen Tagesordnung werden alle Kollegen, Kolleginnen und Berufsgenossen aufgefordert, zahlreich und pünktlich zu erscheinen. **Die Agitations-Kommission.**

Verband der Möbelpolirer.

Heute Abend 8½ Uhr in Weissensee, Rölkestrasse 20 (Ecke Pistoriusstraße):

Versammlung.

T.-O.: 1. Der Werth und die Kampfesweise des Verbandes. Referent Kollege **Händel.** 2. Wahl. 3. Verschiedenes. 145/15

Montag, den 28. März, abends 8½ Uhr, Admiralstraße 18c:

Versammlung

T.-O.: 1. Kulturhistorischer Vortrag. 2. Diskussion. 3. Wahl. 4. Verschiedenes und Ausgabe von Flugblättern. **Der Vorstand.**

Achtung! Kistenmacher. Achtung!

Montag, den 28. März, abends 8½ Uhr, in den Armin-Hallen, Kommandantenstr. 20:

Außerordentl. Generalversammlung.

Tages-Ordnung:

1. Abstimmung betreffend Uebertritt zum Holzarbeiter-Verband. 2. Verschiedenes. 94/6

Der Vorstand. J. A.: Franz Schulz.

Kollegen! Da in dieser Versammlung über das Sein oder Nichtsein unseres Vereins das Urtheil gefällt werden soll, so ist es Pflicht eines **jeden** Kollegen, **pünktlich** zu erscheinen. Außerdem werden die Kollegen, die noch im Besitz von Billets vom Maskenball sind, aufgefordert, schleunigst abzurechnen. **Mitgliedsbuch legitimirt.**

Arbeiter-Radfahrerverein „Vorwärts"

tagt jeden Mittwoch nach dem 1. und 15. im **„Moabiter Klubhause", Beusselstr. 9.**

Radfahrer, die politisch oder gewerkschaftlich organisirt sind, werden als Mitglieder aufgenommen. — **Sonntag, den 27. ds. Mts.,** Tour nach **Freund (Pichelswerder).** Abfahrt früh 7½ Uhr: Beusselstr. 9.

Sonntag, den 3. April cr., Tour nach **Alt-Hartmannsdorf.** Abfahrt früh 7 Uhr: Bellealliance-Brücke. 2554b

Bauhandwerker-Krankenkasse

für Berlin und Umgegend (Eingeschr. Hilfskasse Nr. 118).

Den Mitgliedern zur Kenntniß, daß die Zahlstelle „Süd-Ost" vom 26. d. M. von der Waldemarstr. 61 nach der **Waldemarstrasse 2 bei Schulz** verlegt ist. 38/3

Der Vorstand. J. A.: Heinrich Motzke.

Wo? machen wir unsere Herren-Parthie hin? Zum alten **Freund** auf Pichelswerder. 4063L*

Geschäfts-Eröffnung.

Nach dem Muster meiner in anderen Großstädten seit langen Jahren bestehenden Geschäfte, errichte ich auch hier heute unter der Firma

Kaufhaus für Herren- u. Knaben-Bekleidung

M. Saft

166 Oranien-Straße 166

nahe dem Oranien-Platz

ein Spezial-Magazin ersten Ranges

für elegante solide

Herren- u. Knaben-Garderoben.

Durch meine streng reellen Geschäftsgrundsätze hoffe ich, mir auch hier die Gunst des geehrten Publikums zu erringen und dauernd zu erhalten. Ich führe ausschließlich nur bessere und **hochfeine Konfektion,** die schon in den Mittelpreisen **der feinsten Maaßarbeit ebenbürtig zur Seite zu stellen ist, und liefere solche zu denkbar billigsten aber festen Preisen.**

Großer Umsatz — kleinster Nutzen, ist die Parole des zeitgemäßen Geschäftsbetriebes und nur dadurch kann man mit der wechselnden Mode fortwährend gleichen Schritt halten und stets frische und moderne Waaren liefern. Ohne jede Ueberhebung darf ich behaupten, daß ich wirklich das Hervorragendste in meiner Branche leiste, wovon sich jeder durch einen Besuch meines Magazins überzeugen kann. Auch Nichtkäufern wird jeder Artikel zur Ansicht resp. Anprobe bereitwilligst vorgelegt. Ich gebe nachstehend einen Auszug aus meinem Preiskourant und halte mich bei eintretendem Bedarf bestens empfohlen.

Hochachtungsvoll

M. Saft

Kaufhaus für Herren- und Knaben-Bekleidung

166 Oranien-Straße 166,

nahe dem Oranien-Platz.

Abtheilung I.

Compl. Herren-Anzüge,	in soliden Stoffen, . .	von 9,– M.
" " "	reinwollene in Bukskin und Velour	15,– "
" " "	in englischem Cheviot und Diagonal . . .	18,– "
" " "	in säureecht. Cheviot 1- und 2reihig . . .	21,– "
" " "	in Kammgarn und Fantasiestoffen . . .	22,50 "
" " "	in hochfeinen Nouveautés	27,– "

in Jaquett-, Rock- und Gehrock-Façon.

Abtheilung II.

Solide moderne Bukskin-Hosen	von 2,25 M.
Reinwollene Bukskin- und Velour-Hosen . .	4,– "
Moderne englische Cheviot-Hosen	6,– "
Elegante Kammgarn- und Nouveauté-Hosen .	8,– "

Abtheilung III.

Elegante Frühjahrs-Paletots	von 12,– M.
Hochfeine Sommer-Paletots	16,– "
Elegante Schwalofss und Havelocks	18,– "

Abtheilung IV.

Knaben-Anzüge in halbwollenem Cheviot . .	von 2,– M.
" " in gezwirnten Stoffen	2,30 "
" " in reinwoll. Bukskin u. Velour .	3,50 "
" " in Ia. Cheviot und Nouveautés .	5,– "

Abtheilung V.

Sport-Anzüge in Cheviot, eleganter Sitz	von 18,– M.
Radfahrer-Anzüge mit Doppelsitz, in allen Farben	15,– "
Radfahrer- und Turner-Hosen	6,– "

Abtheilung VI.

Einzelne Jaquetts in Bukskin und Velour	von 6,– M.
Elegante Fracks, auch leihweise	15,– "
Herren-Schlafröcke in allen Qualitäten . .	10,– "
Einzelne Westen in Bukskin, Seide, Kammgarn, Piqué und Nouveautés . . .	2,– "

Konfirmanden- und Jünglings-Anzüge, Paletots und Havelocks

in allen Größen und Qualitäten.

Sämmtliche Artikel sind in allen Grössen und bis zu den feinsten Qualitäten vorräthig.

Flickreste werden jeder Pièce gratis beigefügt.

Orts-Krankenkasse der Buchbinder rc.

Die am 13. Dezember v. J. erfolgte Wahl der Vertreter der Arbeitnehmer für die Jahre 1898/99 ist infolge eingelegten Protestes von der Aufsichtsbehörde für ungiltig erklärt worden.

Es findet die Neuwahl statt am **Sonntag, den 3. April cr.,** in **Feuerstein's Restaurant, Alte Jakobstraße 75.**

Zu wählen sind 233 Vertreter.

Wahlberechtigt und wählbar sind nur diejenigen Mitglieder, welche großjährig und im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sind. (S. § 48 d. Statuts.)

Der Wahlakt beginnt **präz. 10 Uhr vormittags** und wird geschlossen **präz. 3 Uhr nachmittags.**

Der besseren Kontrolle wegen werden die Mitglieder dringend gebeten, das **Quittungsbuch** vorzuzeigen oder die Nummer desselben anzugeben.

Um zahlreiche Betheiligung ersucht 24/1 **Der Vorstand.**

J. A.: C. Hoffmann, Vorsitzender.

Orts-Krankenkasse der Klempner.

Sonntag, 3. April, vorm. 10 Uhr, **Annenstr. 16:**

Ordtl. General-Versammlung

der Vertreter d. Kassenmitglieder und der Arbeitgeber der Kasse.

Tages-Ordnung:

1. Verlesung der Protokolle. 2. Abnahme der Jahresrechnung pro 1897 und Decharge-Ertheilung. 3. Wahl eines Vorstandsmitgliedes der Kassenmitglieder. 4. Verschiedenes.

2555b Der Vorstand.

Niell's Fest-Säle

Wederstr. 17, ca. 1000 Pers. fassd., Sonnabend, 26. März, 2. April und Palmsonntag **frei.** [4450L*

C. Joël's Victoria-Garten

SO., Köpnicker Landstraße Nr. 4, unmittelbar am Treptower Park. Telephon: Amt 4, No. 2724.

Grosser Saal, Konzert-Garten, geschützte Veranden für Vereine u. Festlichkeiten 6000 Pers. fassend, **11 Kegelbahnen, Kaffeeküche** und allerlei Volksbelustigungen. 4661L*

Haltestelle der Elektrischen Eisenbahnen (Siemens u. Halske): von der großen Berliner Pferdebahn und der Stadt- und Ringbahnstation Treptow 2 Minuten entfernt.

Hermann Hirschfeldt

Kottbuser Damm 36/37, Ecke Urbanstraße.

Durch Vergrößerung meiner Geschäftslokalitäten bin ich jetzt in der günstigen Lage, meiner geschätzten Kundschaft eine **besonders reichhaltige Auswahl** der modernsten

Herren- und Knaben-Garderoben

in **nur reellen und dauerhaften Stoffen zu aussergewöhnlich billigen Preisen** empfehlen zu können. **Anfertigung nach Maaß unter Garantie für tadellosen Sitz in kürzester Zeit.**

Grosses Lager in eleganten **Herren- und Knaben-Hüten.**

Mein **Wäsche- und Wollwaaren-Geschäft** habe ich nach **Kottbuser Damm No. 32** verlegt. [2556b*] **Hermann Hirschfeldt.**

F. Jahrstedt

Gegründet 1872. **Wrangelstr. 40–41.** **Gegründet 1872.**

Manufaktur-, Wäsche- und Wollwaaren-Geschäft

Großes Lager **in Bettfedern,** sämmtliche Preislagen.

Fertige Betten, 12,00, 14,00, 18,00, 24,00, 34,00.

Inletts, garantirt federdicht und farbecht. 4610L*

Bettbezüge in **karrirt.** weißem **Damast** und **Dimity.**

Teppiche, Gardinen, Bettvorleger, Tischdecken.

Möbelstoffe, Steppdecken in vielen Qualitäten.

Ganze Wäsche-Ausstattungen,

nur **eigenes Fabrikat,** in eleganter und sauberster Ausführung.

Grosse Auswahl in Kleiderstoffen.

Empfehle allen Freunden und Bekannten mein

Weiß- u. Bairisch-Bier-Lokal,

2 große Vereinszimmer zu 100 Pers. m. Pianino für Vereine, kleine Versammlungen u. Festlichkeiten. 4640L* **W. Lorenz,** Boltastr. 43.

Möbel-Verkauf.

Oranienstr. 73, Hof I, in meinem vier Etagen hohen Speichergebäude halte ich in überraschend großer Auswahl ganze Wohnungs-Einrichtungen sowie einzelne Stücke in ganz einfacher sowie eleganter Ausführung. Vortheilhafte Einkaufsquelle für Brautleute. Theilzahlung gestattet. Beamten ohne Anzahlung. Täglich Eingang verliehen gewesener und gebrauchter Möbel aller Arten zu billigen Preisen. Transport frei Haus. Verlangen Sie bitte mein Musterbuch mit Abbildungen gratis und franko.

Verantwortlicher Redakteur: **August Jacobey** in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin.

Literarische Rundschau.

Sidney und Beatrice Webb: Theorie und Praxis der englischen Gewerkvereine (Industrial Democracy). Deutsch von E. Hugo. 2 Bände. Dietz' Verlag. 1898. Preis 12,80 M.

Das neueste große Werk des Ehepaares Webb, bekannt durch frühere Arbeiten, vor allem über die Geschichte des englischen Trades-Unionismus, liegt jetzt unter dem Titel: „Theorie und Praxis der englischen Gewerkvereine" in zwei Bänden abgeschlossen in deutscher Uebersetzung vor.

Auf den ersten Band hatten wir bereits vor mehreren Wochen, bald nach Erscheinen desselben, hingewiesen. Der zweite Band, dessen letzter Abschnitt von der bloßen Beschreibung des Seienden zu einer allgemeinen Zusammenfassung und theoretischen Erörterung fortschreitet, bietet ein vielleicht noch lebendigeres Interesse. Das ganze Werk zerfällt in drei Theile, in einen, der den „Bau der Gewerkvereine", die Fortentwickelung ihrer ursprünglich primitiv demokratischen Verfassung zu mehr repräsentativen und zentralistischen Einrichtungen schildert, einen mittleren, das Hauptstück der beiden Bände bildenden Theil, der in ausführlicher Darstellung die „Funktionen der Gewerkvereine", ihre Ziele und Mittel analysirt, und endlich jenen zusammenfassenden, auf die Erkenntniß der weiter wirkenden und die nächste Zukunft beherrschenden Tendenzen gerichteten Schlußtheil: „Die Theorie der Gewerkvereine". Die reiche Fülle des Gebotenen macht es unmöglich, in einer kürzeren Besprechung auch nur ein ungefähres Bild des Inhaltes zu geben. Wir werden uns in folgendem daher auf die Heraushebung der allgemeinsten Momente und einige hierdurch nahegelegte Reflexionen beschränken müssen.

Die Entwickelung der englischen Gewerkschaften war zugleich die praktische Widerlegung jener bourgeoisen Vulgär-Oekonomie, welche, in Malthus ihr klassisches Vorbild findend, aus dem Wesen der Konkurrenz klipp und klar „bewies", daß alles in der kapitalistischen Gesellschaft sich nach ewigen, unabänderlichen Gesetzen regle, derart, daß jedes Unternehmen der Arbeiter, ihren Antheil am nationalen Produkt zu erhöhen, von vornherein zur absoluten Aussichtslosigkeit verdammt sei. Noch bis vor dreißig Jahren war diese, zur Erzielung eines ruhigen bürgerlichen Gewissens vortrefflich konstruirte Auffassung in der ganzen englischen Mittelklasse gang und gäbe, und „es galt daher bei allen Gebildeten als selbstverständlich, daß das Gewerkvereinswesen als ein Mittel zur Besserung der Lage der Arbeiter, den „Lehren der Nationalökonomie" widerspräche". Da war vor allem die ausgezeichnete, von M'Culloch besonders propagirte Lohnfondstheorie. Die Gesammtheit der von der Kapitalistenklasse gezahlten und von der Arbeiterklasse dann im Ankauf von Lebensmitteln angelegten Löhne wurde in eine fixe, durch Naturschranken in jedem Augenblick fest bestimmte Größe umgedeutet, worauf es sich dann freilich gut beweisen ließ, daß bei gegebenem Lohnfonds und gegebener Arbeiteranzahl jede Lohnerhöhung — es sei denn, daß die Lohnerhöhungen einer Schicht durch Lohnsenkungen der anderen ausgeglichen würden — unmöglich sei. Sollte es dennoch den Arbeitern einmal gelingen, mehr als den „natürlichen" Lohnfonds zu erhaschen, so wäre die Folge ein verminderter Kapitalgewinn und weiterhin ein Nachlassen der Kapitalanlagen, eine Erschlaffung der Akkumulation, die ihrerseits die Arbeitsnachfrage und damit wieder die Lohnhöhe senken mußte. „Auf die Dauer müssen, so schreibt James Stirling, ein von den Webbs als klassischer Zeuge zitirter und ehemals berühmter ökonomischer Autor, noch im Jahre 1869, die Gesetze Gottes (!) alle menschlichen Hindernisse niederwerfen... Der anmaßende Sterbliche, der es wagt, mit seinem selbstsüchtigen Willen (d. h. in Arbeiterkoalitionen) den göttlichen Geboten zu trotzen, bringt die unvermeidliche Vergeltung auf sein Haupt; sein augenblickliches Glück schwindet und er zahlt in langen Leiden die Strafe für seinen selbstmörderischen Erfolg!"

In anbetracht dieses wohlthätigen, von der Gottheit eingesetzten Mechanismus, sollte daher, wie ein jüngerer Oekonom mit dürren Worten herausfagt, „die Politik der Arbeiter dahin streben, den Kapitalisten ihre Stellung so angenehm und profitabel als möglich zu machen und sie zu industrieller Thätigkeit zu verlocken, gerade so wie der Ladeninhaber Kunden in seinen Laden hineinzulocken versucht."

Hinter jener windigen „Lohnfondstheorie" aber marschirte dann die ebenso windige „Bevölkerungstheorie" auf, um allen ernsthaften Koalitionsversuchen völlig den Rest zu geben. Sollte dem „göttlichen" Lohnfondsgesetze zum Trotz eine Gewerkvereins-Bewegung dennoch die Löhne großer Schichten über das natürliche Niveau hinausgetrieben haben, so mußte sich nach dem orthodoxen nationalökonomischen ABC das Mehr an Lebensmitteln, das so der Arbeiterklasse zufloß, in ein Mehr von Kindererzeugung und Kindererhaltung, dieses aber nach einiger Zeit in ein Mehr von Arbeitsangebot umsetzen. Das vermehrte Angebot aber — so rächte sich die beleidigte Natur — würde dann die vorwitzig und freventlich gesteigerten Löhne alsbald wieder auf ihr natürliches Maß herabdrücken.

Freilich, der konservativ-bourgeoise Charakter dieser der englischen Gewerkvereins-Bewegung ursprünglich entgegengehaltenen Lehren war ein bedingter. Aus diesem selben Ideenkreise, der die Arbeiterklasse zur Qual ewig unfruchtbarer Kämpfe zu verdammen und die ungeschmälerte Herrschaft der Bourgeoisie in alle Ewigkeit zu sichern schien, hat der Feuergeist Lassalle's eine der mächtigsten Agitationswaffen des jungen deutschen Sozialismus zu formen gewußt. Sein „ehernes Lohngesetz" war nur der schärfste Ausdruck jener bourgeoisen Ansicht, daß die Arbeiterklasse innerhalb des Lohnverhältnisses unfähig sei, ihre wirthschaftliche Lage irgend erheblich zu verbessern. Eben hierauf gründete er mit flammender Beredsamkeit die Forderung, daß die Arbeiterklasse, wolle sie nicht an sich selbst verzweifeln, ihre ganze Kraft für die Beseitigung des Lohnverhältnisses, also für die Herstellung einer sozialistischen Organisation einzusetzen habe; das ist die Einsicht, die heute in Millionen deutscher Arbeiter zur lebendigsten Ueberzeugung geworden ist, aber die beengenden Schranken, in denen sie bei Lassalle, als dem Widerpart jener orthodox-bourgeoisen Nationalökonomie auftrat, fortschreitend abgestreift hat. Das „eherne Lohngesetz" und die den Unternehmer ausschaltenden „Produktiv-Assoziationen", die, weil auf dem Boden des Lohnverhältnisses überhaupt nichts für die Arbeiter gewonnen werden könnte, von diesem Standpunkt aus als der einzig mögliche Weg zur Anbahnung einer sozialistischen Organisation erschienen, sind aus dem Parteiprogramm der deutschen Sozialdemokratie seither verschwunden. So fest die deutsche Arbeiterschaft an ihrem Zukunftsideale der Gesellschaft hält, so sehr sie prinzipiell das Lohnverhältniß bekämpft, so sehr ist ihrer ganzen Taktik nach von jenem Fatalismus, der innerhalb des Lohnverhältnisses alle Anstrengungen zur Hebung der Arbeiterklassenlage für vergeblich hält, entfernt. Noch mehr, sie hat die Ueberzeugung, daß sie, indem sie durch Gewerkschaften und durch ihre politische Parteiorganisation für die Hebung der Klassenlage innerhalb des Lohnverhältnisses kämpft, und nur durch dieses Kämpfen die wichtigsten Vorbedingungen für zukünftige gesellschaftliche Umgestaltungen, die den engen Rahmen des Kapitalismus sprengen werden, herausarbeitet.

Wie wenig immerhin bisher auf diesem Wege erreicht worden, fest steht, daß der Vormarsch der Arbeiterschaft innerhalb des Kapitalismus jedenfalls nicht durch irgend welche „ehernen Gesetze", sondern durch konkrete Machtverhältnisse, die nicht als unüberwindlich gelten können, aufgehalten wird. Denn das Fundament der absoluten Kapitalmacht ist nur zum theil das kapitalistische Privateigenthum an den Produktionsmitteln, zum anderen Theil die Konkurrenz der isolirten Arbeiter untereinander, und die hierdurch dem kapitalistischen Eigenthümer gebotene Möglichkeit, beim Abschluß des Arbeitsvertrages aus dieser Konkurrenz unbeschränkt Nutzen zu ziehen. Aber diese Konkurrenz der isolirten Arbeiterindividuen und die Möglichkeit, daraus unbeschränkten Nutzen zu ziehen, ist nichts, was aus dem Wesen des kapitalistischen Eigenthums nothwendig folgte, und darum, so lange Privateigenthum und Lohnverhältniß besteht, als unübersteigliches Hinderniß jedem wirthschaftlichen Vorwärtsstreben der Arbeiter die Straße sperren mußte. Vielmehr eröffnet sich innerhalb des Lohnverhältnisses hier eine vorläufig unübersehbare Bahn, auf der die isolirte Konkurrenz und ihre Folgen für die Arbeiter beim Abschluß des Arbeitsvertrages durch gesellschaftliche Aktion, sei es durch gewerkschaftlichen Zusammenschluß, sei es durch Eingriffe der staatlichen Gesetzgebung, eingeschränkt und theilweise aufgehoben werden können. Nicht darin, daß sie, das Erbe einer orthodox-bürgerlichen Nationalökonomie antretend, an die endgiltige wirthschaftliche Ohnmacht der Arbeiterklasse innerhalb des Lohnverhältnisses glaubt, unterscheidet sich gegenwärtig die politische Arbeiterbewegung Deutschlands und die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung Englands, sondern darin, daß jene über dem im Rahmen der gegebenen Lohnverhältnisse geführten Kampf nicht die weitertreibenden Tendenzen des Kampfes, die schließliche Aufhebung des kapitalistischen Lohnverhältnisses vergißt, und aus diesem weitweiten Ausblick die hinreißende Kraft der Begeisterung schöpft, die dem nüchternen, geschäftsmäßigen Empirismus des schrittweis vorwärtstastenden englischen Gewerkschaftswesens so gänzlich fern liegt. — —

Die nähere Kritik jener bürgerlich orthodoxen, vor ein paar Jahrzehnten noch in Blüthe stehenden „Lohnfonds"- und „Bevölkerungstheorie", deren proletarisch-revolutionäre Kehrseite Lassalle's Sozialismus darstellt, zeigt, wie das Kapitel „das Urtheil der Nationalökonomen" in dem Webb'schen Buche nachweist, daß überall in England ziemlich das Gegentheil von dem, was man nach jenen Theorien hätte erwarten müssen, eingetreten ist. Der Mehrantheil am nationalen Produkt, den der gutorganisirte Theil der Arbeiter in den letzten Jahrzehnten errungen, ist nicht auf Kosten irgend eines festumgrenzten Lohnfonds angeeignet, so daß der Gewinn dieser Schichten durch den ökonomischen Verlust der Unorganisirten ausgeglichen wäre. Die traurige Lage dieser ist vielmehr eben wegen der ihnen mangelnden Organisation unverändert geblieben. Ferner! Während nach der orthodoxen Theorie ein Sinken des durchschnittlichen Zins- und Gewinnsatzes die Kapitalakkumulation und im Zusammenhange damit die Arbeitsnachfrage des Kapitals hätte verlangsamen müssen, ist, trotzdem die Zinsrente des Kapitals in den letzten Jahrzehnten außerordentlich gedrückt war, von einem verlangsamten Tempo der Kapitalsanhäufung und Produktionsausdehnung durchaus nichts zu spüren; auch hat kein Abströmen des Kapitals in das mit niedrigeren Löhnen arbeitende Ausland in entscheidendem Maße stattgefunden. Und statt der Geburtenvermehrung, die als nothwendiges und verhängnißvolles Resultat jeder stärkeren Vorwärtsbewegung der Löhne sich ergeben sollte, weist England, hierin übrigens in Uebereinstimmung mit ganz Nordwest-Europa, in neuerer Zeit eine entschieden sinkende Geburtenziffer auf; dieselbe ist für das Tausend der Bevölkerung von 36,8 im Jahre 1878 auf 30,4 im Jahre 1895, also sehr beträchtlich zurückgegangen. Und gerade in den gutgestellten Arbeiter- und Handwerkerschichten stellt der Geburtenrückgang sich augenscheinlich noch um vieles höher. Nach den Angaben der größten englischen Hilfskasse, die 200 000 männliche Mitglieder (meist Arbeiter und Handwerker mit einem Wochenlohn von 24 M. und mehr) zählt, ist in der ihr angehörenden, vielleicht eine Million Seelen umfassenden Bevölkerungsschicht die jährliche Geburtenziffer von 1880 bis zur Gegenwart um mehr als das doppelte der nationalen Geburtenreduktion gefallen. Während noch im Jahre 1880 auf 100 Mitglieder im Jahre über 24 Wochenbett-Unterstützungsforderungen erhoben wurden, kommen gegenwärtig nur 14 oder 15 solcher Forderungen auf die gleiche (in ihrem durchschnittlichen Lebensalter unveränderte gebliebene) Mitgliederzahl. Eine interessante Notiz auch für jene weisen Widerleger des Sozialismus, die gegen denselben in Malthus'scher Weise das Uebervölkerungsgespenst mobil zu machen pflegen! — —

Auf die außerordentliche Fülle historischen Materials, wichtiger Aufschlüsse und feiner Bemerkungen, welche das Webb'sche Buch über die Taktik der englischen Gewerkvereine, über ihre Methoden, die verheerenden Wirkungen der Arbeiterkonkurrenz durch kollektives Vorgehen einzuschränken enthält, näher einzugehen, verbietet leider der beschränkte Raum. Ohne Heranziehung der konkreten, in dem Buche selbst gegebenen Beispiele würde sich ein anschauliches Bild des Gegenstandes doch nicht gewinnen lassen. Hier genüge der allgemeine Hinweis, daß als die wichtigsten Hilfsmittel der Bewegung die „Methode der gegenseitigen Versicherung", der „kollektiven Vertragsschließung" und der „gesetzlichen Verfügung" hervorgehoben werden.

Die gegenseitige Versicherung, die ja zu einem komplizirten Hilfskassenwesen der Arbeiterorganisationen ausgewachsen ist, richtet sich, soweit sie als wirkliches Kampfmittel gegen die Konkurrenz dienen soll, wesentlich auf die Unterstützung der arbeitslosen Vereinsmitglieder. Diese steht in erster Reihe, die anderen Unterstützungen (Krankengelder, Alterspensionen, Begräbniß-Unterstützungen) sind ihr nur angegliedert. Der offen ausgesprochene Zweck der Arbeitslosen-Unterstützung ist, den Mitgliedern den Kampf um die Erhaltung der Lohnsätze zu erleichtern. „Unsere Löhne", erklären z. B. die Flintglas-Arbeiter schon im Jahre 1840, „hängen von dem Angebot von Arbeitskraft auf dem Markt ab; unser Interesse ist es also, dies Angebot zu beschränken, den Ueberschuß an Arbeitskraft zu verringern, unseren Arbeitslosen ihre Lage behaglich zu machen und ihnen die Furcht vor der Zukunft zu nehmen — wenn wir dies ausführen, dann haben wir die Kontrolle über unsere überschüssigen Arbeitskräfte und brauchen keinen ungerechten Unternehmer zu fürchten." Ein arbeitsloses Gewerkvereins-Mitglied darf nicht nur die ihm angebotenen Arbeitsstellen, sofern dieselben unter dem Standardlohn bezahlt werden oder sonst den im Verein als normal geltenden Arbeitsbedingungen widersprechen, ablehnen, der Arbeiter ist vielmehr unter solchen Verhältnissen zur Ablehnung direkt verpflichtet. Das Recht auf Arbeitslosen-Unterstützung ist die Basis, die die Erfüllung dieser Pflicht ermöglichen soll.

Der Modus, durch den am unmittelbarsten gewisse normale Arbeitsbedingungen für die organisirten Arbeiter festgelegt und dem Zufall einer isolirenden Konkurrenz entrissen werden, ist der Abschluß kollektiver Verträge, durch welche der Standard-Lohnsatz, Arbeitszeit oder sonstige Arbeitsbedingungen zwischen den Arbeiterorganisationen und den Unternehmern, resp. den Unternehmer-Verbänden eines Distrikts für beide Theile bindend stipulirt werden. In der Regel erlangen diese Bedingungen dann auch bei der Anstellung unorganisirter Arbeiter Geltung. Zur Kontrolle der Verträge, die vor allem natürlich beim Stücklohnsystem fortlaufend zu Streitigkeiten führen, da hier die unübersehbaren Komplikationen der Arbeit sehr verschiedene Auslegungen der allgemeinen Vertragsbestimmungen ermöglichen, haben die Gewerkschaften der großen Stapelindustrien, so der Baumwoll-, Kohlen- und Eisen-Industrie, der Strumpfwirkerei, der Schuh- und Spitzen-Industrie, besondere Ueberwachungseinrichtungen getroffen. Die Unterhändlerthätigkeit bei Umänderung solcher Verträge und die Ueberwachung ihrer strikten Durchführung im Arbeiterinteresse ist eine der wichtigsten Aufgaben der besoldeten und gut ausgebildeten Gewerkvereinsbeamten.

Alles aber, was die Arbeiter auf dem Wege der Organisation, durch Streik oder die drohende Möglichkeit des Streiks den Unternehmern abringen, ist ihnen nur sicher, so lange die Marktkonjunktur und die wirthschaftlichen Machtverhältnisse sich nicht wider sie kehren. Die Maschinerie der staatlichen Gesetzgebung arbeitet um vieles schwerfälliger als eine kräftige Arbeiterorganisation, aber dafür ist auch die Regelung der Arbeitsbedingungen, die einmal gesetzlich festgelegt ist, jenen Schwankungen der wechselnden Konjunktur endgiltig entzogen. Im 18. Jahrhundert war das Streben der Arbeiter-Koalitionen sogar in erster Reihe auf diese „Methode der gesetzlichen Verfügung", d. h. auf die Erringung von Parlamentsakten gerichtet, durch welche die alten Regeln und Gewohnheiten des Gewerbes gegen die hereinbrechende industrielle Revolution geschützt werden sollten. Dann folgt bei der prinzipiell ablehnenden Haltung des manchesterlich gesonnenen Parlaments im 19. Jahrhunderts ein nur zeitweilig unterbrochenes Nachlassen der auf Gesetzgebungsakte gerichteten Arbeiterbewegung, bis diese nach den demokratischen Wahlrechtserweiterungen der Jahre 1867 und 1885 neue Kräfte gewinnt. Insbesondere sind es die Schichten der ungelernten, nach dem großen Dockerstreik in die Bewegung des neuen Unionismus hineingerissenen Arbeiterschichten, die ihrer ganzen Klassenlage nach vor allem darauf angewiesen sind, den Beistand staatlicher Gesetzgebung zur Erringung gewisser Minimalforderungen zu gewinnen. Von den großen und berühmten Gewerkvereinen haben nur die Baumwollspinner und ein Theil der Kohlenarbeiter einen für den politischen Kampf und die Beeinflussung des Parlaments wirksamen Mechanismus herausgearbeitet. Der jährliche Gewerkvereins-Kongreß der Trades-Unions, mitsammt dem „parlamentarischen Ausschuß" und den lokalen Gewerkvereinsräthen ist nach Meinung der Verfasser in politischer Hinsicht nur wenig leistungsfähig.

Die hier skizzirten, von den Gewerkvereinen angewendeten „Methoden" sind natürlich nicht die einzigen, aber für den gegenwärtigen Stand der Bewegung die am meisten charakteristischen. Die Beschränkung der Lehrlingszahl und der Ausschluß unberechtigter (illegaler) Arbeiter, worum sich im 18. Jahrhundert das Gewerkschaftswesen noch als seinen Angelpunkt bewegte, ist heute infolge des technischen Fortschrittes mit wenigen Ausnahmen illusorisch geworden. Und im Zusammenhang damit wurde auch die engherzige und konservative Ansicht, daß gewisse Arbeitergruppen und ihr Nachwuchs so zu sagen ein ständiges Monopol auf das von ihnen bislang ausgeführte Gewerbe haben — der Komplex jener Anschauungen, der sich als die gewerkschaftliche „Theorie der erworbenen Rechte" bezeichnen läßt — zu gunsten freierer und moderner Auffassungen zurückgedrängt. Vor allen Dingen — und die hierauf sich beziehenden Ausführungen bilden mit die interessantesten Partien des Buches — hat sich die Stellung der Gewerkschaften zum Maschinenwesen und zur technischen Entwickelung von Grund aus geändert. Nicht nur daß die gewerkschaftliche Bewegung infolge der Verbesserung der Arbeitsbedingungen (Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit) thatsächlich einer der gewaltigsten Faktoren des technischen Fortschrittes geworden ist, weil sie die Unternehmer zwang, durch stete Vervollkommnung der Produktionsanlagen und Einführung arbeitsparender Methoden eine Herabsetzung der gesteigerten Produktionskosten zu erstreben, auch mit klarem Bewußtsein haben die Vereine die Konsequenzen der gegebenen ökonomischen Verhältnisse gezogen. Ueberall treten die organisirten englischen Arbeiter prinzipiell für die großindustrielle Betriebsform gegen das ärmliche und darum auf gesteigerte Ausbeutung angewiesene Kleinmeisterthum und die Hausindustrie auf, und fast überall haben sie auf jeden Versuch, die Einführung verbesserter Maschinerie zu bekämpfen, rückhaltlos verzichtet. Freilich hat darum die Neueinführung von Maschinen nicht aufgehört, Anlaß zu Kämpfen zwischen den Vereinen und den Unternehmern zu geben. Aber in diesen Kämpfen handelt es sich für die Arbeiter nicht mehr darum, gegen die Maschinen, sondern dagegen zu streiten, daß der Kapitalist die verbesserte technische Methode zu einem Mittel macht, mehr unbezahlte Arbeitskraft aus ihnen herauszuschlagen. Die Revision der Stücklohntarife infolge der neuen Maschinerie soll, so verlangen sie, derart sein, daß sie bei gleicher Anstrengung mindestens den gleichen Standardlohn wie früher verdienen. Ein Mehr an körperlich-geistiger Anspannung soll durch ein Mehr an Löhnen ausgeglichen werden; und vor allem soll das schützende Prinzip der kollektiven Lohntarif-Bestimmung durch technische Revolutionen nicht durchlöchert werden. Die Gewerkschaft der Baumwollspinner übt sogar, wie die Verfasser hervorheben, einen direkten Zwang aus, um zurückgebliebene Fabrikanten, deren schlechte Maschinerie die Produktionsschnelligkeit und damit die Stücklohn-Einnahme der Arbeiter verringert, zu technischen Verbesserungen anzutreiben.

Die technische Zurückgebliebenheit so vieler Industrien, in denen noch veraltete Arbeitsmethoden herrschen, vor allem des Ackerbaues, wird von den Verfassern zum theile wenigstens der mangelnden gewerkschaftlichen Organisation, die einen Druck auf die Unternehmer auszuüben vermöchte, zugeschrieben. Andererseits ist die elende Lage der Arbeiter in diesen Gewerben und die Zersplitterung der hausindustriellen Thätigkeit derart, daß die Gründung irgendwie leistungsfähiger Organisationen dort aufs äußerste erschwert oder direkt unmöglich gemacht wird. Das Elend in dieser großen Masse der unorganisirten Arbeiterschaft ist bei allem Fortschritt der organisirten Gewerbe stationär geblieben, und wirkt nach Ansicht der Verfasser u. a. dadurch, daß die Billigkeit der hausindustriell produzirten Waaren (der Konfektion z. B.) einen anormal großen Raum in dem englischen Gesammtexport erobert, lähmend auch auf den Fortschritt der in organisirten Gewerben thätigen Arbeiterschaft zurück.

Hier in erster Reihe hätte die gesellschaftliche Kontrolle durch den Staat, die Methode der gesetzlichen Verfügung einzugreifen; nicht allein durch Verkürzung von Arbeitszeit und hygienische Vorschriften, sondern durch Anbahnung eines nationalen Lohnminimums, durch das Verbot, lebendige Arbeit unter einem gewissen, für die Nothdurft ausreichenden Preise anzuwenden. Auf diese Weise allein kann die parasitäre Industrie, die ihren (großentheils weiblichen) Arbeitern weniger als den Lebensunterhalt giebt und sie von Armen- oder Familienunterstützung oder von der Prostitution abhängig macht, mit der Wurzel ausgerottet und zugleich die Bahn für technischen Fortschritt freigelegt werden. Voraussetzung einer solchen auf die Hebung der Massen im großen Stil hinarbeitenden Reform wäre es natürlich, daß die Gesellschaft diejenigen, welche auch zu diesem Minimum eine Beschäftigung wegen körperlicher Untauglichkeit oder aus anderen Gründen nicht finden können, unterhält, resp. unter besonderen Arbeitsbedingungen, die aber nicht mehr einen Druck auf das „nationale Minimum" auszuüben vermögen, beschäftigt.

Die politische Demokratie der modernen Gesellschaft, in diesen Gedanken münden die überaus anregenden Betrachtungen, wird sich fortschreitend zur „industriellen Demokratie" ausgestalten, und in diesem Sozialisirungsprozesse des wirthschaftlichen Lebens werden der gewerkschaftlichen Organisation, die in sich reichste Keime einer wirklich industriellen Demokratie birgt, auch in Zukunft eine der führenden Rollen zufallen.

C. S.

Die Eröffnung

meines zweiten im großen Style der Neuzeit entsprechend eingerichteten Kaufhauses
am Vineta-Platz
findet **Heute, Sonnabend, Nachmittags 5 Uhr,** statt.

Julius Löwenheim.

Schuhwaaren
Ausnahme-Preise: Sonnabend, Sonntag, Montag.
Herren-Zug- und Schnür-Schuhe, früher 6—8.50
Knaben-Zug-Stiefel „ 6—8.50
gleichfalls kleine No. Damen-Zug-Stiefel } jetzt 3,50
C. Melnik, 8. Chausseestr. 8.

Zum Umzug!

Ausnahme-Preise
mit
5 pCt. Rabatt
für
Baar-
zahlung.

Versand-Waarenhaus Richard Stock
Wrangelstr. 23, Ecke Eisenbahnstraße, neben Markthalle 9.

Empfiehlt: **Gardinen, Congreßstoffe, Teppiche, Vorleger, Portièren, Tischdecken, Züchen, Inletts,** garantirt waschecht und federleicht. **Fertige Laken- und Bezüge. Hemdentuche, Dowlas, Shirting.**

Für die Frühjahrs-Saison:
Kleiderstoffe, Besätze, Gimpen, Spitzen, Knöpfe. — Sämmtliche Artikel zur **Herren- und Damenschneiderei.**
Landwolle, garantirt nicht einlaufend.

Begründung des Geschäfts 1878.

M. Schulmeister

Schneidermeister,
Dresdenerstr. 4, Kottbuser Thor. **Hauptstrasse 143,** Schöneberg.
empfiehlt zu außerordentlich billigen Preisen:

Telephon Amt IV 447.

Einsegnungs-Anzüge	in Satin-, Diagonal, Kammgarn u. Cheviot 1 u. 2reihig von Mk.	12—27
Frühjahrs- u. Sommerpaletots	in guten Diagon.-, Kammgarn-, Satin- und Cheviot-Stoffen	13,50—33
Jaquet-Anzüge	in guten, haltbaren Zwirnstoffen, 1- und 2reihig	16—24
Jaquet-Anzüge	in glatten Diagonal-, Kammgarn-, Satin- und Cheviot-Stoffen, 1- und 2reihig	18—35
Sacco-Anzüge	modernster Farben in Satin- u. Cheviot-Stoffen eleg. Ausführ.	20—36
Rock-Anzüge	i. guten, wollen., schwarz Kammg.- u. Satinstoffen, modern. Façons	25—38
Gehrock-Anzüge	von feinen Satin-, Tuch- u. Kammgarn-Stoffen, 2reihig	30—45
Sport- u. Radfahrer-Anzüge	in nur guten haltbaren Loden-, Cheviot- und Zwirnstoffen.	
Havelocks, Staub- u. Reisemäntel	zu den billigsten Preisen.	
Maschinisten-Anzüge	in allen Größen . . von	3 Mk. an.
Beinkleider	in dauerhaften, woll. Stoffen, verschiedenen Farben, Kammgarn und Cheviot, von Mk.	5—10
Knaben-Paletots, Knaben-Anzüge,	kleidsame Façons in großer Auswahl.	
Schul-Anzüge	in Cheviot, Velour- und dauerhaften Zwirn-Stoffen, 1- und 2reihig . von	5 Mk. an.

Bestellungen nach Maaß von englischen, französischen und deutschen Stoffen werden in eigener Werkstatt unter meiner persönlichen Leitung gut und billig ausgeführt.
Bitte genau auf Firma und Hausnummer zu achten.

Streng reelle Bedienung.

Kaufhaus für Hüte.

Reellste und wohlfeilste Bezugsquelle für diesen Artikel von

Hugo Feder.

1. Lager: **Brückenstrasse 5,** gegenüber von Baer Sohn.
2. „ **Spandauer Brücke 16,** Ecke Neue Friedrichstr.
3. „ **Burgstrasse 27a,** vis-à-vis dem Circus Busch.

Spezialität: **Mk. 2,50 Herren-Hüte,** unübertroffen in dieser Preislage. Einsegnungs-Hüte von 1,50 an. Als letzte Neuheit empfehle ich Façon „Gerhard": Weicher Hut mit steifer Krempe in schwarz und oliv: **Mk. 2,50** und **Mk. 3,50.**
Ferner halte meine grossen Lager in **Wäsche u. Cravatten** bestens empfohlen. Besonders offerire in Cravatten Façon „Feder" u. Façon „Edredon" in reiner Seide, auf Seide gearb. in d. neuest. entzückend. Must., per Stück **95** Pf.
Bitte genau auf meine Firma zu achten!

Kinderwagen,
Kranken-, Puppen-, Sport-, Kasten-, Leiter- und Ziegenbockwagen.
Kinder-Klappstühle, Kinder-Holzmöbel.
Sämmtliche Korbwaaren.
Theilzahlung nach Uebereinkunft.
Brunnenstr. 95, vis-à-vis Humboldthain, a. Nordbahnh. Gesundbr.
Teleph. III, 6177.

Carl Stier

Fabrik für

Herren- u. Knaben-Garderoben

Berlin SO., Oranienstrasse 168
Potsdam — Dresden
4415L*

empfiehlt zur **Frühjahrs-Saison:**

Einsegnungs-Anzüge
in Kammgarn, Cheviot, Diagonal, Satin etc.
alle Grössen 30, 27, 24, 22,50, 20, 18—12 Mk.

Herren-Anzüge, Jaquet- oder Rock-Façon,
in Kammgarn, Cheviot, Zwirnbuckskin etc.
50, 45, 42, 40, 36, 33, 30, 27, 22½—15 Mk.

Frühjahrs-Paletots in allen modernen
Farben . . 36, 33, 30, 27, 25, 22, 20—14 Mk.

Herren-Hosen, hochelegante Neuheiten,
16, 15, 14, 12, 11, 10½, 9, 8½, 7—5—3,50 Mk.

Ausserdem empfehle ich mein sehr grosses Lager in
Havelocks, Mänteln, Sport-Anzügen, Joppen, Knaben-Anzügen und Paletots zu sehr
mässigen Preisen.

In der Abtheilung für Maassanfertigung findet ein fortgesetzter Eingang von Neuheiten statt.

Carl H. Klippstein & Co.
Weberei und Versand-Geschäft
Mühlhausen
i. Thür. No. 11.

Grunbilde, Hauskleiderstoffe; Roland Cheviot, Herren-Anzug- u. Ueberzieherstoffe; unsere unverwüstlichen u. echtfarbigen Specialitäten sind, was vielfache Anerkennungen beweisen, **unerreicht.**

Unsere reichhaltige Collection von Damen- und Herrenstoffen, sowie Portieren steht auf Wunsch franco zur Verfügung.

Als billigster Lieferant des **Rabatt-Spar-Vereins Süd-Ost** empfehle ich **Kaffee, Butter** und **Kolonialwaaren.** [2557b
Johannes Schneider,
127 Reichenbergerstrasse 127. Ecke Grünauerstrasse.

Türkis- und Opalschmucks

zur Einsegnung
sowie alle Arten **Schmuck** in **Gold, Gold-doublé** und **Silber** mit **Korallen, Granaten** und **allen Farbsteinen** in den **geschmackvollsten Mustern,** ferner
Goldene und silberne
Herren- und Damen-Uhren
empfiehlt 4539L*
Max Busse,
Uhren- und Goldwaarenhandlung,
Berlin N., Brunnenstrasse 175.

Hüte, Schirme.

Gewähre den Genossen bei Vorzeigung dieser Annonce 5 pCt. 4659L*
Otto Gerholdt,
2 Dresdenerstr. 2, Ecke Skaligerstraße.

Umzugshalber Muschelmöbel spottbillig Rosenthalerstr. 4, III. l. [2526b

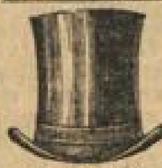
Möbel.
Passende Gelegenheit für Brautleute: Schützenstr. 2 sollen viele Wohnungs-Einrichtungen, gebrauchte und neue Möbel zu sehr billigen Preisen verkauft werden. Einrichtungen schon von 150 bis 300 M., hochherrschaftlich 500 bis 2000 M., Nußbaum- und Mahagoni-Kleiderspind, Vertikow 35, Bettstellen, Federboden, Keilkissen 25, Sophas 25, Tische 8, Stühle 3, Spiegel 10, Küchenspind 18, Paneelsophas 80, Trumeaux 50, Coulissentische, Buffets, Salongarnitur 75 an, Schreibtische, Garderobenspind, Chaiselongue. Niemand sollte versäumen, wer gut u. reell kaufen will, durch Besichtigung meiner Möbel von der Billigkeit sich zu überführen. Theilzahl. gestattet.

Wer im Sommer
vor **Wanzen** absolut sicher sein will, besprühe **jetzt** zur Brutzeit die Nester mit **„Concentr. Wanzen-Fluid".** Gesetzlich geschütztes Spezialmittel zur **sofortigen** und **gründlichen** Ausrottung d. Wanzen mitsammt der Brut und macht deren Wiederkehr unmöglich. **Unfehlbare, dauernde Wirkung,** völlig geruchlos, nicht feuergefährlich, hinterläßt nirgends Flecke. Dankschreiben aller Länder. Unter Garantie Fl. 50 Pfg., Mk. 1,00, 2,00, 3,00. Literfl. Mk. 5,00. Spritzapparat 50 Pfg. **Nur allein bei Otto Reichel, Eisenbahnstraße 4.** Amt IV, 3190. **Sonst nirgends!** Jede Bestellung frei Haus. Auswärts durch die Post. Warne vor Nachahmungen. 4585L*

Jede Uhr
repariren und reinigen kostet bei mir unter Garantie d. Gutgehens nur **1 Mark 50 Pf.** außer Bruch, kleine Reparaturen billiger. Großes Lager neuer und gebrauchter Taschenuhren, Regulatoren und Wecker, alle Arten Ketten, sowie Brillen u. Pincenez.
• **Carl Lax,** Uhrmacher.
35 Chaussee-Straße 35.
Bitte genau auf Nr. 35 zu achten.

Restaurant Linden-Garten.
Köpenick, Grünauerstr. 7.
Gr. Saal. Garten. Kaffeeküche.
Frühst.- Mitt.- u. Abendtisch. C. Seidel.

Gasthof zu den drei Linden.
Köpenick, Grünauerstr. 16
Garten. Kaffeeküche.
4664L* **Hermann Göricke.**



Stroh-, Filz- und Seiden-Hutlager
Einsegnungshüte von 1,50 M. an in großer Auswahl
P. Grund,
Etabl. 1872.
1. Geschäft: **Brunnenstraße 180.**
2. Geschäft: **Dresdenerstraße 134,**
4499L* am Kottbuser Thor.

!!Paletots!!
Anzüge, Beinkleider, vorjähr., hochfein, nach Maß bestellt nicht abgeholt, verk. Hälfte Kostenpr. Engel, Münzstr. 26, p.

Möbelverkauf! Günstig für Brautleute! Wegen Ueberfüllung meiner Tischler-Werkstatt, und meinen Zahlungen gerecht zu werden, müssen mehrere echte Nußbaum-Einrichtungen spottbillig verkauft werden. Händler verbeten. Admiralstr. 7, Tischlerei.

Künstliche Zähne.
F. Steffens, Rosenthalerstr. 61, 2 Tr.
*] Theilzahlung pr. Woche 1 M.

Möbel
verliehen gewesene und neue, staunend billig. Theilzahlung gestattet. Beamten ohne Anzahlung. 4055L*
Neue Königstr. 59 u. Gneisenaustr. 15.

Milchkübel,
Kannen, Satten, Buttermaschinen
445L* **Jordan.** Kl. Markusstr. 28.

Reell und billig
kauft man in der Norddeutschen Schuhfabrik von **W. Hitschke,** gegründet 1872, **Skalitzerstr. 13,** Ecke Admiralstraße, am Kottbuser Thor.*

Lohnende Fabrikationen.
Verlangen Sie **Gratis**zusendung des illustr. Kataloges durch den Verlag „Der Erwerb", Dresden-N. 7. 14/5*

Allen **Freunden u. Parteigenossen** empfehle mein neu eröffnetes
Cigarren- u. Tabak-Geschäft.
Franz Janetzky,
Richthofenstr. 27, am Weidenweg.

Restaurant, gutgeh., zu verk. Pr. 1400 M. Erfr. Koppenstr. 69, Hof I bei Lubloff. 2560b

Werkz. f. Tischler u. Zimmerl., gebr., verk. bill. Wwe. **Richnow,** Rixdorf, Steinmetzstr. 58. 2562b

Arbeitsmarkt.

Packer vl. Vergolderei Köpnickerstraße 109a, **Kretschmann.** 2553b

Anständ. **Knabe** (14—15 J.) m. guter Handschr. f. Gänge verl. **Schwahn,** Ritterstr. 108. Zu melden von 2—8.

Handknopfloch-Näherinnen
verlangt **Joh. Beerensson,** Wäschefabrik, Greifswalderstr. 13.

Glasschleifer, besonders f. Façongläser, sofort oder später, verlangen **Paul Haese & Hartz,**
25696 Neue Grünstr. 40.

Versilberer verlangt Andreasstr. 10.

Als rührige Agenten werden Herren aller Gesellschaftskreise von deutscher Feuerversicherungs-Gesellsch. bei außergewöhnlich hoher Provision gesucht. Offerten sub J. P. 8148 an die Exp. d. „Berl. Tagebl." SW.

Tapezirer-Lehrling sucht **Tischer,** Oranienstr. 74. 2551b

Farbigmacher u. Versilberer finden dauernde Beschäftigung. **H. Denecke, Goldleistenfabrik. Essen (Rhld.).** 4655L*

Tüchtige, zuverlässige [16/19*
Dreher
finden dauernde Beschäftigung bei
P. Suckow & Comp.,
Breslau, Lohestraße 11.
Dampfkessel-Armaturen-Fabrik.

Buchdrucker-Lehrling mit guter Schulbildung, Sohn anständiger Eltern, verlangt sofort 2572b
Wilh. Kohn, Neue Jakobstr. 6.

Verantwortlicher Redakteur: **August Jacobey** in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin.